

Wöchentlich 85 Pf., monatlich 3,60 Pf.
Im voraus zahlbar, Vorkriegs 4,32 Pf.,
einschließlich 60 Pf. Vorkriegs- und
72 Pf. Vorkriegsgebühren. Auslands-
abonnement 6.— Pf. pro Monat; für
Gelder mit ermäßigtem Druckdruck-
porto 5.— Pf.

Der „Vorwärts“ erscheint wochent-
lich zweimal, Sonntags und Montags
einmal, die Morgenausgabe für Berlin
und im Handel mit dem Titel „Der
Vorwärts“ illustrierte Beilage „Welt
und Zeit“ (früher „Frauentimm“,
„Lehmit“, „Bild in die Bäckerei“,
„Jugend-Vorwärts“ u. „Stadtblatte“)

Vorwärts

Berliner Volksblatt

Zentralorgan der Sozialdemokratischen Partei Deutschlands

Redaktion und Verlag: Berlin SW 68, Lindenstr. 3
Fernsprecher: Dönhofs 292-297 Telegramm-Adr.: Sozialdemokrat Berlin.

Vorwärts-Verlag G. m. b. H.

Postfachkonto: Berlin 37 536. — Bankkonto: Bank der Arbeiter, Angestellten und
Beamten, Lindenstr. 3, Dt. S. u. Disc.-Ges., Depositenk., Jerusalemstr. 65-66.

Groß-Berlin 15 Pf.
Auswärts 20 Pf.

Die einzeln. Kopiergebühr 50 Pf.
Reklameteile 5.— Pf. „Kleine An-
zeigen“ das fertige Blatt 25 Pf.
zusätzlich zwei fertige Blätter, jedes
weiter Blatt 12 Pf. Rabatt 4. Teil.
Sonderausgabe des „Vorwärts“ 15 Pf.,
jedes weitere Blatt 10 Pf. Werte über
15 Buchstaben zählen für zwei Blätter.
Arbeitsmarkt Seite 60 Pf. Familien-
anzeigen Seite 40 Pf. Anzeigenannahme
im Hauptgeschäft Lindenstraße 3, wochent-
täglich von 9^h bis 17 Uhr.
Der Verlag behält sich das Recht der
Wählung nicht genehmiger Anzeigen vor!

Brot noch teurer?

Ein trauriger Anfang der Schiele-Experimente.

Zur Verlauf von Verhandlungen, die Reichsernährungsminister Schiele am Sonnabend mit Vertretern des Berliner Zweigverbandes der Bäcker geführt hat, erklärten die Organisationsvertreter, daß ab Montag eine weitere Erhöhung des Brotpreises um 2 Pfennig eintreten werde.

Herr Schiele hat mit seinen Maßnahmen zur Senkung des in den letzten Tagen gestiegenen Brotpreises einen sehr merkwürdigen Erfolg. Er hat gestern mit Vertretern des Bäckerverbandes verhandelt, um von ihnen die Zusicherungen zu erhalten, daß auf Grund seiner Maßnahmen der Brotpreis wieder heruntergehen werde. Stellt dessen aber haben ihm die Vertreter des Berliner Zweigverbandes föhrl erklärt, daß ab Montag eine abermalige Erhöhung des Brotpreises um weitere 2 Pfennig eintreten wird. Diese Maßnahme werde erfolgen, sie zu verschieben sei unmöglich.

Herr Schiele hat, wie in einer amtlichen Veröffentlichung mitgeteilt wird, darob seinen lebhaften Bestreben Ausdruck gegeben. Er läßt erklären, daß das Verhalten der Berliner Bäcker unverständlich sei und die gebotene Rücksicht auf die soziale Lage der Bevölkerung vermissen lasse.

Der letzte Vorwurf ist gewiß richtig, aber er trifft Herrn Schiele ebenso wie die Berliner Bäcker! Herr Schiele läßt seinerseits erklären, daß die Regierung dieses Vorgehen nicht ruhig hinnehmen werde. Wir werden abwarten, was die Regierung unternehmen wird, ihre Entscheidungen der letzten Tage geben nicht viel Hoffnung, daß vernünftige nachsichtige und zweckvolle Maßnahmen getroffen werden. Denn der Sinn der Maßnahmen, mit denen Herr Schiele den Brotpreis wieder herunterbringen wollte, war der, daß sie in erster Linie der Verhinderung der nächstliegenden Maßnahmen dienen sollten. Statt der Senkung der Weizen- und Roggenzölle hat Herr Schiele eine umständliche und in ihrer Wirkung höchst unsichere Konstruktion im Kabinett durchgesetzt. Eine drastischere Antwort darauf als ihm die Berliner Bäcker mit der Ankündigung einer neuen Preissteigerung erteilt haben, war nicht gut denkbar. Eine abermalige Erhöhung des Brotpreises steht in vollendetem Widerspruch zu den Worten, mit denen die Reichsregierung die Bekanntgabe ihrer Agrarmaßnahmen ausschmückte.

In der amtlichen Mitteilung über die agrarpolitischen Beratungen des Reichskabinetts, die wir am Freitag wiedergaben, hieß es, daß der Reichsernährungsminister mit allen zur Verfügung stehenden Mitteln einer dem Verbraucherschutz nach dem Gesetz vom 28. März 1931 widersprechenden Preisentwicklung vorzubeugen gewillt ist. Gleichzeitig wurde durch eine rechtsstehende Korrespondenz erklärt, daß im Reichsernährungsministerium nach wie vor die Absicht bestehe, den Weizenzoll für ein bestimmtes Kontingent herabzusetzen, um so eine Ermäßigung der inländischen Weizenpreise zu ermöglichen. Von Maßnahmen, die zu einer Senkung der Roggen- und damit der Brotpreise führen sollten, war aber keine Rede.

Nach der neuesten Meldung soll aber nicht einmal der Weizenzoll gesenkt werden, sondern der Reichsernährungsminister will auf einem abholst überflüssigen und ganz unsicheren Umwege versuchen, einen Einfluß auf die Senkung der Weizenpreise zu gewinnen. Das Reichskabinett hat sich also auch hier dem Hochprotektionismus Schiele unterworfen.

Der Weizenzoll, der seit dem Herbst vorigen Jahres 250 Mark beträgt, treibt den Preis für jede zur Bedarfsdeckung eingeführte Tonne Weizen, die im Freihafen noch 110 Mark kostet, auf 360 Mark, während der Preis für inländischen Weizen auf rund 200 Mark steht. Selbst eine Senkung des Zolls von 70 Mark würde daher den Preis für inländischen Weizen wenig beeinflussen. Herr Schiele will aber nun einmal nicht von seinen Wollkenträgerzöllen herunter, selbst wenn die deutsche Landwirtschaft gar keinen Nutzen davon hat, da sie fast keine Vorräte mehr besitzt. Er ist ein Gefangener seines eigenen, stets auf Erhöhung der Zölle gerichteten Politik; er darf, um seine Anhänger auf dem Lande nicht ins Rasenlager zu treiben, keine Vernunft annehmen, sondern er muß bei seiner sturen Zollpolitik bleiben. Das können wir aus menschlichen Gründen verstehen. Nicht verstehen können wir aber, wie das Kabinett Brüning sich diesem von jeder Rücksicht auf die Verbraucher freien Reichsernährungsminister unterordnet. Wir haben an dieser Stelle schon seit Wochen darauf hingewiesen, daß eine Zollherabsetzung erfolgen muß, weil das Gesetz der Reichsregierung vorschreibt, den Zollfuß für Weizen so herab- und heraufzusetzen, daß ein Jahresdurchschnittspreis von 260 Mark je Tonne erzielt wird. Dieser Jahresdurchschnittspreis wird aber, wenn der Weizenpreis in den nächsten beiden Monaten nicht sinkt, überschritten. Die Regierung müßte also den Zollfuß herabsetzen.

Was tut sie aber? Sie beschließt, wie es in der neuesten Nachricht heißt, den ernährungspolitischen Erfordernissen unter voller Wahrung der Interessen der Landwirtschaft im Wege einer un-

direkten Einfuhrkontingentierung über die Mühlen mit Zollvergütung Rechnung zu tragen. Aus diesem Satz wird selbstverständlich kein Mensch schlau. Was dahinter steckt, ist auch so ver-schroben und umständlich, daß man staunen muß, wie in Köpfen, die einigermaßen wirtschaftlich denken können sollen, ein solcher Plan entstehen kann. Es soll nämlich bis zur neuen Ernte den Mühlen, die schon bisher auf die Vermahlung von Auslandsweizen angewiesen sind, und die bisher der Mühlenkontrolle unterworfen waren, für die Menge Weizen, die sie in der entsprechenden Zeit des Vorjahres vermahlen haben, eine noch festzusetzende Vergütung vom Reiche ausgezahlt werden, damit sie das Mehl billiger abgeben können. Man nimmt also aus den Zolleinnahmen, die von den Importmühlen an die Zollämter gezahlt worden sind, eine gewisse Summe und gibt diese den Mühlen zurück.

Anstatt den völlig überprohibitiven Zoll abzubauen, und damit eine Senkung des inländischen Preisniveaus herbeizuführen, soll ein umständlicher und in der Endwirkung, nämlich Verbilligung des Brotes, völlig ungewisser Weg eingeschlagen werden. Wenn die ganze Angelegenheit nicht so schwerwiegend für alle Kreise der Verbraucherschaft wäre, könnte man über diese Umstände, sich um eine Zollermäßigung herumzudrücken, lachen und dabei an den Mann erinnern, der sich mit der linken Hand am rechten Ohr kratzt. Aber so heiter ist die Sache nicht, und wenn von Montag ab in Berlin das Brot abermals um 2 Pfennige teurer wird, vergeht einem der Spas!

Wir müssen aber allen Ernstes feststellen, daß die Reichsregierung nicht den gesetzlichen Vorschriften entsprechend, durch eine Zollentlastung eine Ermäßigung der Weizenpreise herbeiführen will. Ferner erscheinen uns die von der Reichsregierung geplanten Maßnahmen nicht ausreichend, um eine Senkung der in der letzten Zeit gestiegenen Brotpreise herbeizuführen, die in den meisten Großstädten bereits über dem Durchschnittsbrotpreis der letzten Jahre liegen.

Die Folgerung, die wir hieraus ziehen: Wir müssen mit wachem Misstrauen die Maßnahmen der Regierung beobachten und, wenn wir feststellen, daß in kurzer Frist keine Senkung der Brotpreise eintritt, einen Druck auf die Regierung ausüben, um zu erreichen, daß den gesetzeswidrigen Preistreibern auf Kosten der Verbraucher ein Ende gemacht wird!

Inkrafttreten der neuen Agrarzölle.

Die Verordnungen über die von der Reichsregierung beschlossenen Zollveränderungen sind gestern verkündet worden. Die Zollserhöhungen für Hafer und Speiseerbsen treten am 3. Mai in Kraft, die übrigen am 10. Mai; die Aufhebung der Zwischenzölle für Speck und Schmalz wird jedoch besonders verfügt werden.

Für kürzere Arbeitszeit.

Der Wortlaut von Benesch's Erklärung.

In dem Exposé des tschechoslowakischen Außenministers Dr. Benesch über das österreichisch-deutsche Abkommen finden sich bei den Forderungen, die zur Überwindung der internationalen Wirtschaftskrise aufgestellt werden, einige Bemerkungen, die, unabhängig von der sonstigen Würdigung der handelspolitischen Auseinandersetzung, verdienen, hervorgehoben zu werden. Wir geben sie nachstehend wörtlich wieder:

„Es ist notwendig, daß sich die Industriestaaten einigen und mit Hilfe des internationalen Arbeitsamtes sofort eine Aktion zur Herabsetzung der Arbeitslosigkeit vor allem durch weitere Begrenzung der Arbeitszeit einleiten. Eine solche Aktion müßte freilich mit größerer Kontrolle und größerer Entschiedenheit durchgeführt werden als die bisherigen Aktionen für die achttündige Arbeitszeit, weil auch große Staaten, welche sich zum Achtstundentag verpflichtet haben, diese Verpflichtung einloch umgangen haben, trotzdem sie hierbei Millionen von Arbeitslosen ausgewiesen haben. Dabei haben sie durch ihre Konkurrenz selbst ähnliche Unternehmungen in den Nachbarstaaten ruiniert.“

Das Entscheidende ist hier, daß die Notwendigkeit, zur Verminderung der Arbeitslosigkeit eine Arbeitszeitverkürzung vorzunehmen, von einem europäischen Staatsmann rückhaltlos anerkannt wird. Wir erblicken darin ein erfreuliches Fortschreiten der Erkenntnis von der Richtigkeit der gewerkschaftlichen Forderung nach Arbeitszeitverkürzung. Wir sind mit Benesch in der Betonung der Notwendigkeit einer wirklich wirksamen internationalen Aktion auf diesem Gebiete einig. Unabhängig von dieser Aktion müssen allerdings die Notmaßnahmen zur Verringerung der Arbeitslosigkeit durch Arbeitszeitverkürzung im nationalen Rahmen mit größter Beschleunigung durchgeführt werden.

Wolfgang Heine.

Einem Siebzigjährigen.

Von Otto Landsberg.

Wolfgang Heine vollendet heute sein siebenzigstes Lebensjahr. Ich lege Wert darauf, unter den Vielen zu sein, die ihm ihre Glückwünsche aussprechen. Schließlich kenne ich ihn seit über 35 Jahren und habe von forensischen und politischen Kämpfen her, die wir Schulter an Schulter geführt haben, für ihn Empfindungen, die mir nicht gestatten, seinen Geburtstag unbeachtet zu lassen.

Wolfgang Heine entstammt einer streng konservativen Beamtenfamilie. Der schlesische und märkische Adel hätte seinem Vater, der Schulmann war, nicht die Erziehung seiner Söhne anvertraut, wenn dieser Mann nicht volle Gewähr für politische Zuverlässigkeit geboten hätte. Es kann nicht wundernehmen, daß der Sohn, solange er unter dem Einfluß des Vaters stand, auch seine Gesinnungen teilte. Aber noch während seines juristischen Vorbereitungsdienstes hat er sich von ihnen freigemacht. Volkswirtschaftliche Studien hatten ihn zum Bruch mit seinen bisherigen Anschauungen und zum Uebertritt in die Reihen der damals unter dem Ausnahmeseß stehenden Sozialdemokratie veranlaßt.

Sein bester Freund war in jener Zeit der junge Hermann Bahr, der damals gleichfalls Sozialdemokrat war und gegen Schäßle, den Verfasser der Schrift „Die Ausichtslosigkeit der Sozialdemokratie“, eine prächtige Entgegnung unter dem Titel „Die Einsichtslosigkeit des Herrn Schäßle“ veröffentlicht hatte. Beim Mittagessen, das die Freunde in einem Restaurant in der Karlsruher Straße einzunehmen pflegten, wetteiferten sie in möglichst scharfen Auseinandersetzungen, die ihrem republikanischen und sozialistischen Glaubensbekenntnis entsprangen. Daß ein neben ihnen sitzender Staatsanwalt, der Heine kannte, jedes Wort hören konnte, störte sie nicht. Zum Glück für Heine war dieser Nachbar ein anständiger Mensch, der von dem Erlauchten nichts verlauten ließ. Sonst hätte Heine seine juristische Laufbahn als Referendar abschließen können. Der Justizminister des angeblich überparteilichen Ordnungsstaates würde ihn schlangweg auf die Straße gesetzt haben, wenn er von der politischen Gesinnung seines jungen Untergebenen gewußt hätte.

Aber in vielleicht noch höherem Maße war es ein Glück für die Partei, daß Heine nicht durch einen Gewaltakt von der Erreichung seines Zieles abgehalten worden ist. Seine kann mit Stolz von sich sagen, daß in seinem Verhältnis zur Partei, soviel er ihr auch für geistige Anregungen und Erkenntnisse zu danken hat, sie überwiegend der empfangende Teil gewesen ist. Der Beginn seiner Tätigkeit als Rechtsanwalt fällt in die Zeit des Ablasses des Sozialistengesetzes und in die erste Periode nach der Wiederherstellung des gemeinen Rechtes. Das Sozialistengesetz war lediglich deshalb gefallen, weil seine Untauglichkeit zur Unterdrückung der Sozialdemokratie gar zu deutlich erwiesen worden war. Aber das Ziel der Vernichtung der verhassten Partei hatte der Staat darum nicht aufgegeben.

Der Justiz war die wenig ehrenvolle Aufgabe zugebracht, ihn dabei nach Kräften zu unterstützen. Majestätsbeleidigungs-, Aufreizungs-, Landfriedensbruchverfahren und Streikprozesse, die sich meist auf den während des Krieges gefallenen § 153 der Gewerbeordnung stützten, gehörten damals zum täglichen Brot der Rechtsprechung. Schikanierung und Schädigung der Sozialdemokratie war die Lösung; je schärfer ein Richter gegen sozialdemokratische Angeklagte auftrat, um so sicherer war seine Beförderung. Sehr beliebt war auch die Verfolgung von sozialdemokratischen Vereinen und Gewerkschaften, denen man das Lebenslicht auszublauen suchte, wenn sie mit einem anderen politischen Verein in Verbindung getreten waren. So wurden eines Tages in den neunziger Jahren des vorigen Jahrhunderts die sämtlichen Berliner sozialdemokratischen Vereine und die Parteileitung aufgelöst. In allen diesen Prozessen brauchten die juristisch ungeschulten Angeklagten Rechtsbeistand. Die Zahl der sich zur Partei zählenden Rechtsanwälte war gering. Der hervorragendster war unzweifelhaft Wolfgang Heine. Ich, der ich oft mich mit ihm in die Aufgabe der Verteidigung geteilt habe, stand dabei immer wieder im Banne seiner ungewöhnlichen, geradezu glänzenden Beredsamkeit, die mit reichem juristischem Wissen, größter Tapferkeit und Schlagfertigkeit gepaart war. Den Eigenschaften, die er in solchen Kämpfen offenbarte, dankte er die Freundschaft von Bollmar, Auer, Richard Fischer und anderen. Plädoyers wie das im Kölner Trintgeldprozess, im Beleidigungsprozess des Bergmanns Krämer, im Völbauer Landfriedensbruchprozess, in dem Prozeß wegen Beleidigung des

fächlichen Oberlandesgerichts gegen den „Vorwärts“, um nur einige zu nennen, werden stets zu den feinsten Blüten forensischer Redekunst gezählt werden.

Die Partei glaubte, anders als später, sie in im Parlament nicht entbehren zu können. Im Jahre 1898 entsandte ihn der dritte Berliner Wahlkreis in den Reichstag. Er vertrat ihn bis 1912. Bei den Wahlen dieses Jahres stellten ihn die Genossen des ersten anhaltischen Wahlkreises an Stelle des nach München übergesiedelten Kurt Eisner als Kandidaten auf. Er wurde nach hartem Kampfe mit Hugo Preuß und einem Nationalliberalen gewählt. Im Jahre 1919 übertrugen wir beide die Gemeinschaft, die wir so häufig im Gerichtsaal gebildet hatten, auf das politische Gebiet. Wir wurden als Spitzenkandidaten im Bezirk Magdeburg-Anhalt in die Nationalversammlung gewählt.

Seines Anteil im parlamentarischen Leben ist zu bedeutend, als daß er im Rahmen eines Zeitungsaufsatzes gewürdigt werden könnte. Er gehörte zu den besten Rednern des Reichstages und war einer der wenigen, die stets das Ohr des Hauses hatten. Aber seine Reden waren nicht nur in der Form vollendet, sondern sie stellten ein Stück Zeitgeschichte dar. Bei dem Abwehrkampf gegen die Legation stand der junge Parlamentarier in der vordersten Reihe, und ihm ist es nicht zuletzt zu danken, wenn damals Hans Delbrück ohne Freude, aber um die Pflicht zur Wahrheit zu erfüllen, feststellen mußte, daß Kunst und Wissenschaft sich unter die schützenden Fittiche der Sozialdemokratie hätten flüchten müssen. Und wie stand er seinen Mann bei den Debatten über das Reichsvereinsgesetz, bei der Angelegenheit des Interviews, das Wilhelm II. dem „Daily Telegraph“ gegeben hatte, und wie wertvoll waren seine Reden zum Justizetat!

Aber nicht bloß die Kritik liegt ihm. Als Preussischer Justiz- und gleichzeitiger Anhaltischer Minister sowie später als Preussischer Minister des Innern hat er bewiesen, daß er konstitutiv gerichtet und verantwortungsfreudig ist. Unvergessen soll bleiben, wie er in den Verfahren gegen die Mörder von Karl Liebknecht und Rosa Luxemburg den widerstrebenden Herrn Jörns zur Erfüllung seiner Pflicht zu treiben sich bemüht hat.

Die Tätigkeit Heines im Anwaltsberuf und im Reichstag füllte, so umfassend sie war, seine Zeit nicht aus. Er hat auch eine rege schriftstellerische und propagandistische Tätigkeit entfaltet. Namentlich wo es galt, die Kunst gegen die tölpelhaften Antastungen zu schützen, von denen sie in wilhelminischer Zeit so oft bedroht war, erschien Heine auf der Tribüne als einer der Wortführer des geistigen Deutschland. Um so mannigfaltigen Aufgaben gerecht werden zu können, war ein Geiz mit den Minuten nötig. Man bekommt Wolfgang Heine aber auch selten unbeschäftigt zu sehen. Während der Reichstagsverhandlungen saß er stets auf seinem Platz in der Nähe der zweiten Tür zum Vestibül links und schrieb unermüdetlich Schriftsätze oder Aufsätze. Er hat sich derartig erzogen, daß ihm während der Arbeit kein Wort des Redners entging. Auf seinen Eisenbahnreisen dienen ihm die Knie als Schreibpult.

Aber nicht bloß den Talenten, sondern auch den rein menschlichen Eigenschaften Heines drängt es mich, Referenz zu erweisen. Seine Freundschaft ist nicht leicht zu erwerben. Aber wer sie erobert hat, ist ihrer sicher. Gäste zu empfangen ist ihm eine der größten Freuden. Er ist ein an französische Art erinnernder Plauderer, dem bei seinen fein pointierten Erzählungen sein nie versagendes Gedächtnis zugute kommt. In anderer Beziehung hat er mehr von den Engländern. Ich meine seine Abneigung gegen die Uebertragung politischer Gegenstände auf das persönliche Gebiet. Es ist nun einmal so, daß sich die Trennung beider Sphären in Deutschland nicht von selbst versteht, sondern eine Ausnahmeerscheinung ist. Männer von der vornehmen Art Wolfgang Heines haben wir nicht in Uebermaß.

Dem wertvollen Menschen, dem scharfen Denker, dem tapferen Kämpfer spreche ich zum Beginn des achten Jahrzehnts seines Lebens die besten Glückwünsche aus, denen sich, wie ich weiß, Millionen Zeitgenossen anschließen werden. Möge es ihm vergönnt sein, noch viele Jahre zu wirken mit der Klugheit und der Tapferkeit, die ihm eigene ist! Und möge er versichert sein, daß er sich durch seine Leistungen in schwerer und schwerster Zeit ein Denkmal gesetzt hat, zu dem die Partei stets dankbar aufsehen wird!

Meineidsverfahren im Hitler-Prozess.

Schriftsteller Abel wegen Meineidsverdacht verhaftet.

München, 2. Mai.

Bekanntlich wurde die Berufungsverhandlung in der Klage Adolf Hitlers gegen Gräfe-Goldebe, Chefredakteur Osterhuber, Schriftleiter Jersch, Stadtrat Wimmer und Sekretär Dacht nach der Vernehmung des Hauptzeugen, Schriftsteller Werner Abel, ausgesetzt, um auf Grund dieser Zeugenaussage neuerliche Erhebungen zu pflegen. Der Zeuge hatte damals unter Eid behauptet, daß er selbst dabei gewesen sei, wie Adolf Hitler mit dem italienischen Attache Rigliorati konfessiert und von italienischer Seite Geld erhalten habe. Hitler erstattete gegen Werner Abel Anzeige wegen Meineides. Abel fuhr nach der Berufungsverhandlung nach Amerika, um den italienischen Attache ausfindig zu machen. Abel wurde nun in der letzten Woche in München wegen dringenden Verdachtes des Meineides verhaftet.

Abel wird ferner ein zweiter Meineid vorgeworfen. Dieser zweite angebliche Meineid hat folgende Vorgeschichte: In der „Weltbühne“ Nr. 41 vom 8. Oktober 1929 hat Abel einen Artikel veröffentlicht: „Der Werd an Karl Gareis“, in dem er u. a. behauptete, daß der frühere bayerische deutschnationale Justizminister, jetziger Generalstaatsanwalt Dr. Christian Roth, ihm anlässlich eines gemeinsamen Aufenthaltes in der Festungsanstalt Landsberg am 1. Mai im Jahre 1923 zugestanden habe, Mitwisser am Morde Gareis zu sein. Das hat Abel dann in dem Ermittlungsverfahren gegen Oberleutnant Otto Braun, der des Mordes angeklagt war, bestritten. Das letztere Verfahren konnte aber nie zum Abschluß gebracht werden, weil Braun süchtig ist und seit Jahren in Ungarn lebt. Abel behauptet, daß er nicht ein Wort an den von ihm bezichtigten Tatsachen in beiden Fällen zurückzunehmen habe.

Parteitag 1931.

Am 31. Mai in Leipzig.

Der Parteivorstand beruft hiermit den diesjährigen Parteitag zum 31. Mai und folgende Tage nach dem „Volkshaus“ in Leipzig ein. Als vorläufige Tagesordnung ist festgesetzt:

1. Kapitalistische Wirtschaftsanarchie und Arbeiterklasse. Referent: Fritz Tarnow.
2. Die Ueberwindung des Faschismus. Referent: Rudolf Breitscheid.
3. Partei und Jugend. Referent: Erich Muenhauer.
4. Bericht der Reichstagsfraktion. Berichterstatter: Wilhelm Sollmann.
5. Bericht des Parteivorstandes:
 - a) Allgemeines. Berichterstatter: Max Westphal.
 - b) Kasse. Berichterstatter: Konrad Ludwig.
6. Bericht der Kontrollkommission. Berichterstatter: Wilhelm Bod.
7. Wahl des Parteivorstandes und der Kontrollkommission.
8. Erledigung der Anträge, soweit sie durch die vorstehende Tagesordnung nicht erledigt sind.

Der Parteitag setzt sich zusammen aus den in den Bezirksverbänden gewählten Delegierten, der Vertretung der Reichstagsfraktion, den Mitgliedern des Parteivorstandes, des Parteiaussschusses und der Kontrollkommission.

Anträge für die Tagesordnung des Parteitages werden nur behandelt, wenn sie von Parteiorganisationen gestellt und spätestens bis zum 28. April beim Parteivorstand eingereicht sind, damit sie laut Organisationsstatut § 13 Absatz 2 spätestens am 3. Mai im „Vorwärts“ veröffentlicht werden können.

Zum Parteitag gestellte Anträge, müssen jeder für sich auf ein besonderes Blatt Papier, einseitig beschrieben und mit der Angabe, zu welchem Punkt der Tagesordnung gehörig, versehen sein.

Wegen Wohnungsbeschaffung müssen sich die Delegierten rechtzeitig beim Lokalkomitee melden.

Adresse: Karl Schrörs, Leipzig, Tauchaer Straße 19/21.

Gastkarten für den Parteitag werden von dem Lokalkomitee in Leipzig ausgegeben; Zutrittskarten für die Berichterstatter der Presse nur vom Parteivorstand, Berlin SW 68, Lindenstraße 3.

Der Parteivorstand.

Der Bewag-Vertrag.

Die neue „Berliner Licht- und Kraft A. G.“ — Die finanzielle Zwangslage.

Wie wir bereits mitteilten, hat der Berliner Magistrat in seiner gestrigen außerordentlichen Sitzung dem Bewag-Angebot, wie es jetzt nach schwierigen Verhandlungen der Stadt vom Konsortium vorgelegt worden ist, grundsätzlich zugestimmt. Am Dienstag wird der für das Bewag-Geschäft eingesetzte Stadtverordneten-ausschuß das Angebot prüfen und Stellung nehmen. Für Donnerstag ist eine außerordentliche Stadtverordneten-sitzung einberufen, die entscheidend wird. Vorher tagt der Aufsichtsrat der Bewag. Kame in der Stadtverordnetenversammlung eine Mehrheit für das Projekt nicht zustande, so läge die Entscheidung beim Oberpräsidenten.

Nach dem Angebot soll die neu zu errichtende gemischtwirtschaftliche Gesellschaft den Namen „Berliner Kraft- und Licht-Aktiengesellschaft“ tragen und ein Aktienkapital von 240 Millionen Mark besitzen. Dieses Kapital soll in 160 Millionen Mark Aktien Gruppe A (privat) und in 80 Millionen Mark Aktien Gruppe B (öffentlich) eingeteilt sein. Die B-Aktien sollen ein doppeltes Stimmrecht haben, so daß 160 000 privaten 160 000 öffentlichen Stimmen gegenüberstehen. Von den öffentlichen Aktien übernehmen die Reichs-Elektrowerke A. G. 25 Millionen, die preussischen Elektrizitätswerke A. G. weitere 25 Millionen und die restlichen 30 Millionen die Stadt Berlin.

Die Hälfte des Stimmrechts in der Gesellschaft bleibt also in der öffentlichen Hand.

Von den A-Aktien übernimmt das deutsche Bankenkonsortium 44 Millionen, einschließlich 10 Millionen für die Gesämel-Loewe A. G. Weitere 44 Millionen übernimmt die Sofina, 32 Millionen ein amerikanisches Konsortium, je 10 Millionen ein Schweizer und ein englisches Konsortium, je 7 Millionen eine holländische und eine skandinavische Gruppe, und schließlich 6 Millionen die Banca Commerciale Italiana. Die dem deutschen Konsortium verbleibenden 34 Millionen und die 7 Millionen der holländischen Tranche sollen nach Gründung der Gesellschaft zu 110 Proz. zur Zeichnung aufgelegt werden. Die Aktien sollen später an der Berliner und anderen wichtigen europäischen Börsen notiert werden.

Die Stadt Berlin würde bei Annahme des Angebots außer den 30 Millionen B-Aktien 210 Millionen bar erhalten

und außerdem von der Schuldverpflichtung gegenüber der Bewag in Höhe von rund 320 Millionen durch die neue Gesellschaft befreit werden. Die Stadt erhält eine Konzessionsabgabe aus den Ueberschüssen von 22,4 Millionen, während ursprünglich 16 Millionen vorgesehen waren. Die Konzessionsabgabe erhöht sich, wenn die Dividende über 10 Proz. steigt, auf 40 bis 50 Proz. des Mehrgewinns. Wie in dem ursprünglichen Plan, hat die Stadt ein Rückkaufsrecht nach 25 Jahren.

Der gesamte Kaufpreis beträgt also 560 Millionen Mark zuzüglich der Konzessionsabgabe von jährlich 22,4 Millionen.

Der Vertrag sieht eine gemeinwirtschaftliche Tarifpolitik vor, deren Grundlagen durch die Selbstkosten in erster Linie bestimmt werden. Der Oberbürgermeister von Berlin wird Vorsitzender des Aufsichtsrats. In allen Aufsichtsratsausschüssen muß die Stadt Berlin vertreten sein.

Weg zur Gesundung der städtischen Finanzen?

Bei einer Pressebesprechung nach der Magistrats-sitzung gab Oberbürgermeister Sahm eine Darstellung der finanziellen Lage. Das Vorhandensein einer schwebenden Schuld von über 500 Millionen Mark, wovon große Beträge bereits im Mai oder Juni fällig sind, hat die finanzielle Beweglichkeit der Stadt Berlin in der letzten Zeit stark gehemmt. Hinzu kommt, daß bei einer Ablehnung des Angebots der bereits gewährte Zwischentredit von 75 Millionen am 27. Mai zurückzahlen ist. Die Kassenlage der Stadt war in der letzten Zeit sehr angespannt. Das Jahr 1930 wird einen Fehlbetrag von 120 Millionen aufweisen. Das neue Etatjahr habe noch wachsende Kosten für die Wohlfahrtsverbände.

losen gebracht. Dazu kommt gleichzeitig ein starker Steuer-rückgang. Die Konsolidierung der schwebenden Schulden sei eine Aufgabe, die die Stadt Berlin jetzt unbedingt lösen müsse. Der Anleiheweg sei bei den gegenwärtigen Kapitalmarktverhältnissen versperrt. Der Magistrat sei nach eingehender Prüfung der Meinung, daß die vorgesehene Bewagtransaktion nur jetzt mit Erfolg durchgeführt werden könne. Erst nach Ueberwindung der jetzigen Zwangslage sei es möglich, an die so wichtige Reorganisation der Verwaltung heranzugehen; Berlin würde wieder die finanzielle Bewegungsfreiheit bekommen und stände gegenüber den Banken nicht mehr mit gebundenen Händen da.

Anschließend erläuterte Stadtkämmerer Uch die Einzelheiten des Planes, die wir oben mitteilten. Der Kämmerer betonte, daß die Bewag in ihrer neuen Form auch steuerlich stärker herangezogen werde als bisher. Als gemischtwirtschaftliches Unternehmen werde die Gesellschaft die Körperschaftsteuer, Umsatzsteuer und Vermögenssteuer zahlen müssen.

Das Angebot enthält gegenüber dem Plan eine ganz wesentliche Verbesserung: die jährliche Abgabe ist von 16 auf 22,4 Millionen erhöht worden. Das ist ein ausgesprochener Erfolg der Berliner Verhandlungsführer. Gegenüber dem Reich und Preußen, die die steuerlichen Risiken der Umwandlung in eine gemeinwirtschaftliche, also voll steuerpflichtige Gesellschaft sind, wird noch durchzugehen sein, daß Berlin die Steuerdifferenz wenigstens für einige Jahre zugesprochen wird.

Das Geschäft ist sicher so günstig, wie es unter der gegebenen Zwangslage, wo die Banken die Hand am Revolver haben, sein kann. Die Gutachten von Bloch und Wajercit haben mehr verlangt; die Bewag ist auch mehr wert, denn der Elektrowirtschaft gehört die Zukunft, und sie ist risikolos. Aber Berlin muß aus der unwürdigen Lage heraus, bei der Anleiheaufnahme immer wieder durch die schwebenden Schulden gehemmt zu sein.

Die öffentliche Wirtschaft und die Kommunalpolitik erleiden durch die Umwandlung der Bewag eine Schlappe. Die Feinde der öffentlichen Wirtschaft und einer fortschrittlichen Kommunalpolitik haben es geschafft. Die übernernen Regeln des Herrn Schacht, der jahrelang den öffentlichen Kredit heruntergeredet hat, die Kurzschichtigkeit der Banken, der Haß des Privatkapitals gegen die öffentliche Wirtschaft haben in der schwersten Wirtschaftskrise dem Privatkapital neuen Eingang in die öffentliche Wirtschaft verschafft.

Die Behauptung von der öffentlichen und sozialistischen Wirtschaft in Berlin ist eine bewußte politische Lüge. Die Bewag gehört zu den bestgeführten und rentabelsten Betrieben der Welt. Der Ausbau der B.G. wurde von sämtlichen bürgerlichen Parteien mitbeschlossen, weil der Ausbau notwendig war. Wir wollen den deutschnationalen Stadtverordneten sehen, der die 10 und 20 Minuten Arbeitsweg-lösung, die der Bau der Schnellbahnen gebracht hat, heute wieder abschaffen wollte.

Der überwiegende öffentliche Einfluß bleibt gesichert, dank der Beteiligung Preußens und des Reichs. Hier sind Wege, die Scharte auszuweichen. Das Rückkaufsrecht muß wahrgenommen werden; das muß schon heute fester Wille sein. Reich, Preußen und Berlin müssen für den Schutz der Kraftverbraucher zusammenwirken. So kann der Schaden, wenn der Plan beschloffen werden wird, auf enge Grenzen beschränkt werden.

In Tokio explodierte eine Bombe in der Wohnung des Finanzministers Jaume. Es wurden einige Fenster zertrümmert. Bombensplitter stiegen auch über die Straße in die Wohnung der Prinzessin Kuni, der Mutter der Kaiserin, ohne Schaden anzurichten. Der Täter ist unbekannt.

Rylov, der reuige Rechtsoppositionelle, soll demnächst 3. Bize-norsfänger der Sowjetregierung, Bucharin, der ebenso zu Kreuz getrocknet ist, in die Zeitung des Obersten Volkswirtschaftsrates be-rufen werden.

Der 1. Mai in Spanien.

Die Regierung für die Forderungen der Arbeiter.

Madrid, 2. Mai. (Eigenbericht.)

Der Ministerpräsident der provisorischen Regierung empfing anlässlich des 1. Mai eine Abordnung der spanischen Gewerkschaften, die ihm bestimmte programmatische Forderungen der spanischen Arbeitererschaft unterbreitete. Vom Balkon des Ministerpräsidentiums aus erklärte Präsident Zamora später gegenüber einer vieltausendköpfigen Menschenmenge, daß die provisorische Regierung bereits einen großen Teil der Forderungen der Arbeitererschaft erfüllt habe und andere noch erfüllen werde. An der Spitze der Maidemonstranten marschierten sämtliche sozialistische Minister und der Bürgermeister von Madrid.

Tote der Maifeier.

In Spanien und in Polen.

Madrid, 2. Mai. (Eigenbericht.)

In Spanien, wo der 1. Mai als gefeierter Feiertag begangen wurde, kam es in Bilbao und Barcelona zu blutigen Zusammenstößen. In Bilbao gerieten Demonstranten mit der Polizei zusammen; 23 Personen wurden zum Teil schwer verletzt. In Barcelona kam es zu Zusammenstößen zwischen radikalen Elementen, Syndikalistinnen und der Polizei. Hier waren drei Tote und acht Verletzte die Opfer.

Warschau, 2. Mai. (Eigenbericht.)

In Warschau hatte die Polizei zwei Panzerautos mit Maschinengewehren in Bereitschaft gestellt. Versuche der Kommunisten, die Demonstrationszüge der Sozialisten zu stören, wurden von den Ordnern überall bereits im Keime erstickt. Dagegen kam es zwischen Kommunisten und der Polizei wiederholt zu Schießereien, bei der ein Beamter verletzt wurde.

In drei kleineren Ortschaften Kongresspolens wurden bei Zusammenstößen zwischen der Polizei und Kommunisten vier Personen, Demonstranten und Polizisten, getötet.

Massenverhaftung in Paris.

Paris, 2. Mai. (Eigenbericht.)

Von den am 1. Mai verhafteten 1444 Personen wurden 21 in Haft behalten und werden sich verschiedener Vergehen, hauptsächlich Widerstandes gegen die Staatsgewalt und verbotenes Waffentragen zu verantworten haben. Von den verhafteten Ausländern sind 25 ausgewiesen worden.

In Belfort wurde die sozialistische Maifeier von Kommunisten gestört. Als die Kommunisten versuchten, mit Bierflaschen und Stühlen bewaffnet, die Tribüne zu stürmen, kam es zu einer heftigen Schlägerei. Ein Kommunist erlitt einen Beinbruch, zwei sozialistische Stadtratsmitglieder wurden am Kopf verletzt.

Prügelei in Bern.

Basel, 2. Mai.

Am Freitagabend kam es in Bern zu einer großen Schlägerei zwischen Hamburger Zimmerleuten und Kommunisten. Die Hamburger hielten in ihrem Lokal zusammen mit anderen Sozialisten eine besondere Maifeier ab. Einige Kommunisten drängten sich dazu, wurden aber vom Wirt aus dem Lokal gewiesen. Von der Stadt her kamen in diesem Augenblick noch andere Zimmerleute, die zur Feier wollten. Sie stießen auf die Kommunisten und es entwickelte sich eine Messeriererei, bei der ein Kommunist schwer verletzt wurde und eine Reihe anderer Teilnehmer mehr oder minder leichte Verletzungen davontrugen. Die Polizei nahm 13 Verhaftungen vor.

Ende der Madeira-Revolte.

Die Aufständischen haben sich kampflös ergeben.

Lissabon, 2. Mai.

Der Ministerpräsident hat von dem an Bord des Kreuzers „Carvalho Acaujo“ vor Madeira befindlichen Marine-Minister ein Telegramm erhalten, in dem bestätigt wird, daß sich die Aufständischen angesichts der überlegenen Stärke der Regierungstruppen und um ein Blutvergießen zu vermeiden, bei dem die Bevölkerung in Mitleidenschaft gezogen worden wäre, ergeben haben.

Der Marineminister erklärt in seinem Telegramm außerdem, er habe verlangt, daß sich die Aufständischen den Behörden unterwerfen, die vor dem Aufstandsoverlauf in Madeira zuständig waren. Er habe die Einstellung der Feindseligkeiten angeordnet und benötigte daher keine weiteren Truppen und auch kein weiteres Material.

Wie die Uebergabe erfolgte.

London, 2. Mai.

Zu der Uebergabe der Aufständischen in Madeira berichten die Londoner Blätter, daß es den Regierungstruppen am Sonnabend gelungen war, eine weitere Abteilung auf der Ostseite der Insel zu landen. Zwei Gruppen hatten sich bereits am Mittwoch auf der Westseite festgesetzt. Den gemeinschaftlichen Anstrengungen aller Abteilungen gelang es, einige beherrschende Höhenzüge zu nehmen und so die Aufständischen abzuschneiden, die sich dann ergaben. Eine amtliche Erklärung aus Lissabon besagt, daß nunmehr auch die Stadt Funchal von den Aufständischen den Regierungstruppen übergeben worden ist. 300 englische Seesoldaten und Matrosen bewachten während der militärischen Operationen die neutrale Zone, um das Leben der Ausländer zu schützen.

Englischer Flottenbesuch beschlossen.

Unter Führung eines Stöger-Räumpers.

London, 2. Mai. (Eigenbericht.)

Die britische Admiralität teilt amtlich mit, daß auf Einladung der deutschen Regierung die beiden Schlachtschiffe „Dorsetshire“ und „Norfolk“ vom 4. bis 11. Juli den deutschen Hafen Kiel besuchen werden. Die Schiffe werden zu der angegebenen Zeit aus der Ostsee zurückkehren, wo eine Sommerübung ihres Geschwaders stattfindet.

Die deutsche Einladung ist offiziell, der Besuch jedoch, wie die englische Admiralität betont, inoffiziell, so daß ein großer Empfang unterbleiben kann und auch ein Gegenbesuch nicht unbedingt notwendig sein wird. Die „Dorsetshire“ und „Norfolk“ sind 10.000-Tonnen-Schiffe neuesten Stils. Sie sind 1920 vom Stapel gelaufen. Der Kommandant der Kreuzer ist Admiral A. S. K. R. R. R., der sich nach den damaligen britischen Heeresverhältnissen in den Seejahren nach Island, Helgoland und an der Doggerbank besonders ausgezeichnet hat. Nach der Schlacht am Stöger wurde er wegen seiner Verdienste um die englische Flotte zum Kapitän ernannt.



Unter „Rauhen Kämpfern“.

„Fünf Jahre bist du nun schon in der SA. und hast immer noch keinen Posten?“ — „Ja, ich bin nicht vorbestraft genügend.“



Die große Enttäuschung.

Goebbels: „— hu — hu — und ich dachte, Hindenburg wollte mich mit der Kabinettsbildung beauftragen —“



Flaggenkandal in Meissen.

„Immer in den Dreck mit der Tricolore! — Die Regierung wird sie schon nachher reinigen müssen!“



Immer im Tricoli.

„Nanu, so fröhlich?!“ — „Wir feiern unsere großen Volksbegehrige in Lippe und in Preußen.“ — „Aber das waren doch gar keine Siege!“ — „Nun, wir können sie doch immerhin feiern!“

Zehn Jahre Akademie der Arbeit.

Festansprache von Minister Grimme.

Frankfurt a. M., 2. Mai.

Die Akademie der Arbeit in der Universität Frankfurt a. M. begeht am heutigen Tage das Fest ihres zehnjährigen Bestehens. Aus diesem Anlaß fand heute vormittag in der Aula der Universität eine akademische Feier statt, an der der preussische Kultusminister Dr. Grimme, Vertreter der Stadt Frankfurt und der in Frankfurt ansässigen Behörden, Vertreter des Allgemeinen Deutschen Gewerkschaftsbundes, sowie die Hörer und Professoren der Akademie teilnahmen.

Kultusminister Dr. Grimme führte in seiner Ansprache u. a. aus:

Aus dem beschiedenen einen Jahr, das zwischen dem preussischen Staat und den Spitzenverbänden der Arbeiter, Angestellten und Beamten als Probezeit eines Versuches bei der Gründung vereinbart wurde, sind deren zehn Jahre seitdem bestanden. Und es ist eine preussische, eine deutsche Hoffnung, daß diese erste zehnjährige Probezeit durch eine dreijährige abgelöst werden können.

Heute kann man mit Dank und Stolz aussprechen, daß die Akademie der Arbeit wegen ihrer Zielsetzung sich aus dem gesamten Bildungsleben unseres Volkes nicht mehr wegdenken läßt.

um so weniger, als diese Akademie über sich selbst hinaus weist, in den künftigen Zentralpunkt des Bildungswesens der werdenden deutschen Nation überhaupt. Dieses Große, dieses Bedeutungsvolle dieses in die Zukunft Vorstehende, das mit unserer Akademie in die Bildungswelt hineingestellt worden ist, liegt darin, daß hier endlich einmal und von der Wurzel aus Ernst gemacht wird mit der Einsicht, daß es ein bildungsferner und den Bildungsgeboten umgebender Zweck ist, wenn man die Bildung in den Dienst des Aufstiegs stellt. Also, fortan Verzicht auf die Parole des Aufstiegs? Gerade das Gegenteil ist richtig. Ganz sicher, Aufstieg! Nur tun wir gut, zweierlei zu unterscheiden.

Gerade um der Möglichkeit des Aufstiegs willen muß das Bildungswesen demokratisch durchgeformt sein.

das ist das eine. Und dann sollte es Gemeingut der Nation sein, daß es ein Nationalverbrechen ist, wenn man nicht alles tut, um Werte, wo immer sie auch heimhaft angelegt sein mögen, zur Ent-

faltung kommen zu lassen, und die Kräfte zur richtigen Anwendung gemäß ihrer inneren Berufung. Und trotz der Bejahung des Willens zum Aufstieg gilt nun dennoch auch das zweite: daß es, auf den Persönlichkeitswert hin gesehen, für den einzelnen nicht darauf ankommt, daß er aufsteigt, sondern daß er feststeht.

Den Wert des Menschen macht nicht, daß er ewig fluktuiert, sondern daß er einen Standort hat, einen gesicherten Standort im Raum der Wirtschaft, im Bereich der Ethik und in der Welt des Geistes.

Und daß es nicht sein Ein und Alles ist, über den Beruf, in dem er steht, hinauszubringen, sondern diesen mit seinem Menschsein zu durchdringen. Das ist ein Ziel, das hier erkannt ist und um das sich hier alle Bildungsarbeit gruppiert. Hier ist dem einzelnen, wenn er erfährt, worauf es ankommt, nicht Zweck der Arbeit, „was zu werden“ und auf der Stufenleiter der Berufe über andere sich emporzuschwingen. Hier heißt das Grundgesetz der Bildungsarbeit: „Sorg, daß nicht dich die Umwelt, sondern daß du die Umwelt hast.“ Und seiner Umwelt ist nur Herr, wer sie mit seinem Blick durchdringt und so den Schnittpunkt bewußt erfährt, auf den er sich in dieser Welt gestellt sieht. Dadurch, daß hier dieses Ziel, das aller Bildungsarbeit Lebensziel ist, erfährt wird, daß es gilt, in jedem Menschen die Begegnung herbeizuführen zwischen seinem eigenen Sein und den Befehlen der Wirklichkeit, die ihn umgibt, dadurch ist hier ein Stück der Bildungsarbeit deutscher Zukunft vorweg verwirklicht. Und so haben Sie hier, meine Damen und Herren, schloß der Minister, die Idee der Bildung nicht verkauft an das Berechtigungsdiplom.

Hier lernt man nicht, damit man „mehr“ wird, sondern damit man wesentlicher werde.

Und wenn durch mich der Freistaat Preußen Ihnen allen, die Sie zu diesem Werte stehen, für etwas Dank zu sagen hat, dann ist es für dies Ihr Handeln aus der Einsicht, daß Träger der Idee der Bildung nur der Mensch ist, der seine wie immer gearbeihten Funktionen in der Gesellschaft nicht nur ausübt, sondern sie erfährt in ihrer Bezogenheit auf das Gesamtgefüge der Wirklichkeiten um ihn, und der sich dadurch an seinem Ort verwurzelt und somit festsetzt in Beruf und Volk und Welt.

Bayern und das Reich.

Vergleichsverhandlungen über die Steuervereinfachung gescheitert.

Vor dem Staatsgerichtshof schwebt eine Klage Bayerns gegen das Deutsche Reich in der Angelegenheit des Steuervereinfachungsgesetzes, das in der Notverordnung vom 1. Dezember v. J. Ausnahme gefunden hat. Im Rahmen dieses Verfahrens vor dem Staatsgerichtshof fanden unter Vorsitz des Reichsgerichtspräsidenten Dr. Bunske Vergleichsverhandlungen zwischen Vertretern der Reichsregierung und der bayerischen Staatsregierung statt. Wie wir hören, haben diese Vergleichsverhandlungen zu keinem Ergebnis geführt. Dem ordentlichen Verfahren vor dem Staatsgerichtshof dürfte danach wohl Fortgang gegeben werden.

Polnische Nazijustiz.

Freiprechung von Terroristen.

Kattowitz, 2. Mai.

Der bejahrte Tischlermeister Hohelsel hatte sich zur Zeit des Mahlkampfes in einem Kattowitzer Lokal mit Bekannten über die Terrorfälle unterhalten. Daran nahmen Aufständische

Anstoß, fielen ungeachtet seines hohen Alters über ihn her und schlugen nach schweren Mißhandlungen im Lokal und nach auf der Straße auf ihn ein. Mit mehreren Rippenbrüchen wurde Hohelsel dann sich selbst überlassen. Sein Zustand verschlechterte sich noch durch eine dazukommende doppelseitige Lungenentzündung, die ihn bis Mitte Februar heftig erkrankte. Als Vater hatten sich drei Aufständische und als Anführer ein Reserveoffizier vor dem Landgericht zu verantworten. Der Staatsanwalt beantragte eine strenge Bestrafung. Der Verteidiger behauptete, dem Geschädigten sei schon dadurch geholfen, daß der Staatsanwalt sich seiner Sache angenommen habe! Es mußten auch die Uebergriffe gegenüber der polnischen Minderheit in Deutsch-Oberschlesien in Betracht gezogen werden. Hohelsel habe provoziert, und alle Beteiligten seien betrunken gewesen. Das Gericht schloß sich der Auffassung des Verteidigers an und sprach die vier Aufständischen frei, weil es der Ansicht war, daß Hohelsel durch sein Verhalten die Aufständischen provoziert hätte!

Sir Melville, Mitglied der Labour Party und des Unterhauses, ist im Alter von 46 Jahren gestorben. In der zweiten Arbeiterregierung war Melville ein Jahr lang Justizminister. Damals mußte er sein Amt wegen Krankheit niederlegen. Die Arbeiterpartei verlor in Melville einen großen Juristen und einen ihrer fähigsten Köpfe.

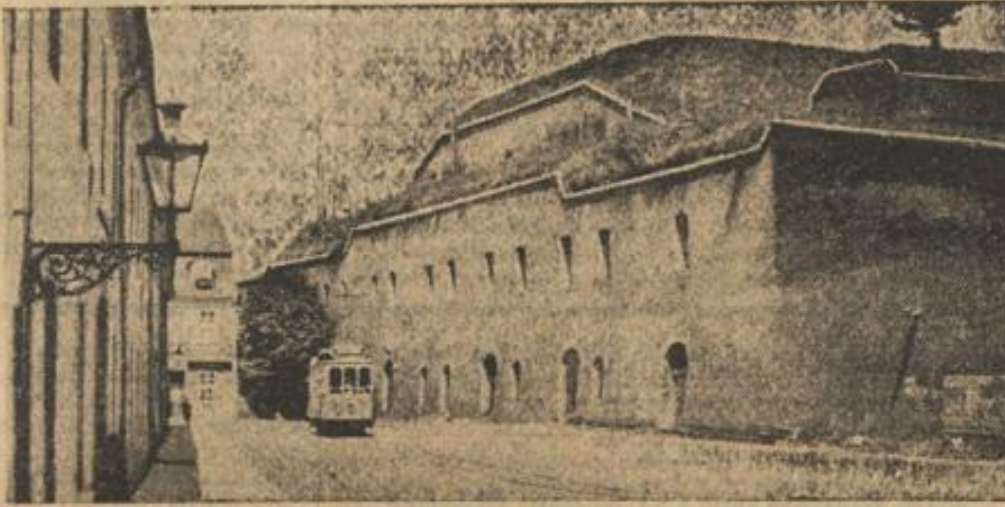
Die Stadt ohne Korsett

Festung Küstrin wird abgebaut — Das Ende des „Hohen Kavaliere“

Die Festung hat der Stadt Küstrin nicht zum Segen gereicht. Von der einstigen Residenz der Neumark ist ein bescheidenes Garnisonsstädtchen übrig geblieben. In Küstrin erzählt man sich folgende Anekdote: Einst hatte man in der Altstadt einen Möbelwagen gebaut, aber man konnte ihn nicht seiner Bestimmung übergeben, weil er nicht durch die engen Tore paßte. So war es auch, überall hinderten die Festungswälle die Ausdehnung der Stadt, wie ein Korsett den Körper einzwängt. 34 Jahre lang hat der Bau der Festung gedauert, nachdem man schon 1535 die ersten Wälle aufgeschüttet hatte; auf die Mauern wurden „Kavaliere“ gesetzt, nur waren diese Kavaliere keine Herren, sondern haushohe Bollwerke mit dunklen Kasematten, glotzüngigen Schießlöchern und trichterförmigen Luftschächten. Hinter diesen bärbeißigen Steinklötzen fühlte sich weder die hohe Gerichtsbarkeit noch die hohe Verwaltungsbürokratie wohl, sie zog beizeiten in das einladendere Frankfurt. Dabei hat bis auf die heutige Zeit diese Festung, deren Steinquadern morgen ein 30-cm-Mörser davonwirleln würde „wie dürre Blätter im Herbstwind“, ein merkwürdiges Schicksal gehabt: sie sah weniger Krieg als Aufruhr, denn als das preußische Mantua 1806 wirklich einmal die Wacht an der Oder halten sollte, übergab sie der Kommandant seinem napoleonischen Gegner. Aber als im Siebenjährigen Krieg in Küstrin 3000 bei Zornsdorf gefangene Russen saßen, rebellierten die eines Tages und 4000 gefangene Oesterreicher, die später dazu kamen, ermordeten die Wachen, richteten die Geschütze der Forts kurzerhand auf die Stadt und waren nur mit Mühe und Not zu überwältigen. Das war 160 Jahre später, in den trostlosen Oktobertagen des Jahres 1923, nicht viel besser, auf dem Renneplatz und in den Straßen der Altstadt, wo heute die Kinder spielen, floß das Blut, Maschinengewehre knatterten, Leuchtkugeln blitzten auf und auf dem „Hohen Kavaliere“, dessen Ende jetzt naht, wurden Geschütze aufgeföhren, um die 500 schwarzen Putschisten des Majors Buchrucker, die mit der Reichswehr um Küstrin kämpften und sich im Zeughaus verschanzt hatten, nötigenfalls in Grund und Boden zu schießen. Das ist heute alles vorbei, nur daß inzwischen die Neufaschisten dem Altfaschisten Buchrucker das Nasenbein eingeschlagen haben.

Preßluft bezwingt ein Fort.

Den Weg zur Altstadt versperrt der „Hohe Kavaliere“. Ihm gegenüber liegt das langgestreckte Proviantamt Nr. 1, das die ganze Straße mit dem herben Geruch frischgebackenen Kommissbrotens erfüllt. Seitdem der Erdhügel, der das Haupt des „Hohen Kavalliers“ bedeckt, von den Arbeitern in Klumpen auf die Straße geworfen wird, steht jene Frau mit ihrem Kinderwagen nicht mehr da, die auf diesem Gefährte Würstchen aus ff. Pferdefleisch feilbietet. Das Fort ist ein düsterer Koloss, hoch, wie eine vierstöckige Meißelmauer, und mit Mauern so dick, daß man oben auf ihnen Fußball spielen könnte, doch das geht nicht, denn erfahrungsgemäß ist das Umherklettern in den ehemaligen Festungsanlagen verboten und zweitens ist die Grasnarbe auf dem Dach des Forts so stark gewölbt, daß man hinunterpurzeln würde in den tiefen Graben, der die Mauer umspült. Nur ein paar windschiefe Schornsteinrohre mit spitzen Spitzen gucken von dort oben neugierig ins Land, aber kein Rauch quillt mehr hervor, an der großen eisernen Türe nagt der Rost und die schmutzigen Mauern sind stellenweise von einer grasgrünen Patina überzogen; Moos hat sich angesiedelt. Seitdem keine Planwagen mehr gemächlich über die Landstraßen rumpeln, sondern schwere Lastkraftzüge ihrem Ziel entgegen donnern, ist der alte Steinbau am Eingang zur Altstadt ein arges Verkehrs Hindernis geworden, die enge Schlucht zwischen dem „Hohen Kavaliere“ und dem Proviantamt, wo sich auch noch die Straßenbahn hindurchquetschen muß, nennen die Küstriner die Todeskurve, weil fortgesetzt an dieser Stelle jemand mit zerschundenen Knochen aufgefunden werden muß. Deshalb ist kürzlich trotz vieler Widerstände dem Fort das Todesurteil gesprochen worden; an den Wänden hocken jetzt Arbeiter und brechen dem „Hohen Kavaliere“ mit ihren Preßluftbohrern die Zähne aus. Hernach fährt eine Lokomotive mit einem Zug kleiner Loren vor und holt die Mauerbrocken ab. So ist jetzt ein Blick in die wohlbehüteten Geheimnisse des alten Forts möglich, durch die freigelegten Kasematten streift der Frühlingswind und seit niederhundert Jahren zum erstenmal scheint die Sonne in die düsteren Keller. So sehr den darbenenden Arbeitern Küstrins das



„Hoher Kavaliere“ auf Abbruch.

Beit dieser Notstandsarbeit zu gönnen ist, so bedauerlich sind die schweren Unfälle, die bei den schwierigen Sprengungen sich ereigneten, wenn man uns recht unterrichtet hat, sind bis jetzt 17 Arbeiter zu Schaden gekommen. So fordert noch in seiner Todesstunde der „Hohe Kavaliere“ seine Opfer.

Die Tragödie an der Schloßmauer.

Das historisch interessanteste Bauwerk Küstrins ist aber wohl das Schloß, in dem heute teils Kommandostellen der Reichswehr, teils das Amtsgericht untergebracht sind. An das renovierte

Bier Giftgasopfer.

Schweres Unglück in den Wilhelmsburger Zinnwerken.

Sarburg-Wilhelmsburg, 2. Mai.

Wie erst jetzt bekannt wird, ereignete sich in den Wilhelmsburger Zinnwerken am Donnerstagvormittag ein schweres Giftgasunglück, dem bisher vier Arbeiter zum Opfer gefallen sind. Die Arbeiter einer Belegschaft, die mit der Beförderung eines Zinnzwischenproduktes, der sogenannten Zinnträhle, beschäftigt waren, hatten das Material mit Wasser besprengt, um Staub zu vermeiden. Dadurch mußten sich auf bisher noch nicht geklärte Weise giftige Gase entwickeln. Bei neun Arbeitern traten schwere Vergiftungserscheinungen auf, die ihre sofortige Ueberführung ins Krankenhaus notwendig machten. Bis Sonnabendmittag sind vier Arbeiter gestorben, während die anderen zum Teil hoffnungslos daniederliegen. Am Freitagmittag wurden sechs weitere Arbeiter, bei denen anscheinend die gleiche Vergiftung vorliegt, ärztlicher Behandlung zugeführt. Alle übrigen Arbeiter der Belegschaft sind daraufhin ebenfalls zur Untersuchung und Beobachtung eingeliefert worden.

Die bisherige ärztliche Untersuchung hat ergeben, daß es sich höchstwahrscheinlich um Vergiftungen durch Arsenwasserstoff handelt. Dieses Gas ist eines der gefährlichsten Blutgifte, die die chemische Wissenschaft kennt. Es ist besonders gefährlich, da die sichtbaren Wirkungen sich erst nach geraumer Zeit einstellen. Die Chemiker sind gleichfalls der Ansicht, daß sich dieses Gas durch die Anfeuchtung der Zinnträhle gebildet haben kann. Die Untersuchungsbehörden sind eifrig tätig, um das schwere Unglück in allen seinen Einzelheiten aufzuklären.

Tor hat der Verein für die Geschichte Küstrins eine große Bronze-tafel anbringen lassen, auf der folgendes zu lesen steht:

In diesem Gebäude, ursprünglich das Haus der Neumärkischen Bögte, 1535—1571 das Schloß des Markgrafen Hans, wohnte der Große Kurfürst als Kronprinz und erhielt seinen Schulunterricht 1627—1633. Friedrich der Große machte hier die erste Schule des Lebens durch.

Sowie ist richtig: Friedrich II. war ganz nach seiner weißischen Mutter geartet, lieber wollte er Racines Athalie gedichtet, als den Siebenjährigen Krieg geführt haben. Sein Vater, Friedrich Wilhelm I., nannte ihn „einen effeminierten Kerl, der nicht reiten und schießen kann, der sich die Haare nicht schneiden läßt, sondern sich frisiert wie ein Narr, Grimassen schneidet, eine malpropre, äußere



Teilblick auf das Schloß.

Erscheinung, ein böser, eigensünniger Kopf, erfüllt mit Hoffahrt und Bauernstolz“. Es kam zu dem bekannten Fluchtversuch des Prinzen nach England; am 4. September 1730 wurde Friedrich als Gefangener nach Küstrin gebracht, am 25. Oktober trat das Gericht im Köpenicker Schloß zusammen und verurteilte die Leutnants von Ratte zu lebenslänglicher Festungshaft, von Keith in contumaciam zum Tode durch den Strang, von Spaen zu drei Jahren Festung wegen Mißwissens, von Ingersleben zu sechs Monaten wegen Beihilfe. Gegen Friedrich erklärte sich das Gericht für unzuständig; die Strafe wurde dem Ermessen seines königlichen Vaters überlassen. Damit war Friedrich Wilhelm schon einverstanden, aber nicht mit dem Urteil gegen Ratte; dreimal trat das Gericht zusammen, um erst beim letzten Male das Todesurteil gegen Ratte zu fällen, nachdem man ihn nicht nur der Desertation, sondern auch des Hochverrats angeklagt hatte. Der alte Ratte bot



Kattewall an der Oder.



-- aber jetzt raucht Berlin
Schwarz Weiss
 denn sie ist besser!
 Gold u. Dickrund o.M.
 PACKUNG 40 PFENNIG

um Gnade für seinen Sohn, aber der König schickte ihm „Sohn Sohn ist ein Schurke, meiner auch, also was können die Väter danach?“ und bestimmte, daß die Hinrichtung am 6. November vor dem Fenster des Kronprinzen stattfinden habe.

Halb ohnmächtig wurde Friedrich zum Fenster getragen, er stiehe, eine Stafette ins Buxtehuder Schloß zum König zu senden, verzichtete auf den Thron, um kates Leben zu retten, aber der hatte seinen letzten Weg von der Waage am Langen Dammtor bis zum Platz über der Mühlenporie schon abgegriffen, nach einer Abschiedsrede empfängt er den Todesstreich, während der Prinz ohnmächtig zusammenfällt. Nach dem grausamen Befehl des Königs mühten Kopf und Kumpf des Hingerichteten bis zur zweiten Mittagsstunde liegenbleiben. Doch wo bleibt das Urteil gegen Friedrich, wird man fragen, nun, die Welt bekam nie ein Urteil zu sehen. Am 9. November wird er begnadigt, zehn Tage später leistet er einen Eid, den Willen seines Vaters durchzuführen, erhält seinen Degen wieder, darf in die Stadt ziehen und wird in die Kgl. Kriegs- und Domänenkammer gesteckt, um die Landesverwaltung kennenzulernen. Und am 19. Dezember 1730 schreibt der Kammerdirektor Hille: „Seine Königliche Hoheit sind lustig wie ein Buchfint.“ Aber Kalle war tot.

Ueberschwemmtes Land.

Der zweite Tagesordnungspunkt der nächsten Küstriner Stadtverordnetenversammlung lautet: Ankauf des Brückengeld-erhebergeschäfts an der Oberbrücke. Mit diesem Tagesordnungspunkt endet jetzt also auch die Geschichte des alten Zollhauses an der Oberbrücke, dessen Fenster von Spinnweben überzogen sind. Inzwischen ist die alte Laie verschwunden, an die der Zöllner noch im vorigen Jahr geschrieben hatte, daß für einen Lastwagen, ob unbeladen oder beladen, 15 deutsche Reichspfennige, für Pferde, Kinder, Maultiere oder Maulesel 8, für Fohlen, Schweine, Schafe, Ziegen 5 und für jede angefangenen zehn Stück Federvieh ebenfalls 5 Pfennige Brückengeld zu zahlen sind. Dafür bläst der Wind immer noch aus vollen Waden von der Bartheniederung her, aus der wieder schlimme Kunde kommt, da ein Wasserstand von 1,34 schon genügt, um die Warthe über die Ufer treten zu lassen, und heuer ist der Wasserstand 2,15. So ist trotz des Frühlings nichts von grünen Wiesen zu sehen, sondern nur weithin überschwemmtes Land, auf dem die Fischer ihre Netze auslegen. Die einzigen Orientierungszeichen, wo Land sein mag, sind die Masten der Hochspannungsleitungen, die traurig in den wolkenverhangenen Himmel hinaufragen. Ansonsten ist Küstrin ein ruhiges Pfäster, der Verkehrsplatz, der an einer Strohkreuzung den Verkehr nach Berlin, Stettin, Landsberg und Frankfurt regelt, braucht keine Fahrzeugarawanen abzupfropfen, und ein Bierkutscher ruft seinem Kollegen über die Straße zu: „Doch, mein Jaul zieht wie'n Bulle, er braucht bloß noch'n Zentner Fleisch uff die Knochen. Wenn ich den erst wieder anjefutert habe, denn ist et wieder 'nen Jaul!“ Sein Chef im benachbarten Frankfurt hat ihm nämlich das Pferd noch Küstrin in Pflege gegeben, es soll sich dort einen dicken Wanf anfreffen.

Aber nun noch etwas. Wir wollen es ganz leise weiterfragen, damit es keiner hört: Die Küstriner Forts stehen unter Denkmalschutz!

Tragödie einer Verlassenen.

Mutter und Kind durch Gas vergiftet.

Nach dem juchibaten Muttermord der geisteskranken 39jährigen Charlotte Clegig in der Reinickendorfer Straße 69, der in der ganzen Umgebung größtes Aufsehen erregt hat, kommt aus derselben Straße abermals die Nachricht von der Schreckstat einer unglücklichen Mutter, die mit ihrem 4jährigen Kinde in den Tod ging.

Der Schauplatz dieser neuen Tragödie liegt nur wenige Schritte weiter, im Hause Reinickendorfer Straße 67. Im Hinterhaus wohnt dort die Familie des Arbeiters J. Am Freitagabend kam es zwischen J. und seiner Frau zu einem Streit, der damit endete, daß der Mann die Wohnung verließ und die Nacht über fortblieb. Die Abwesenheit ihres Mannes ließ in der unglücklichen Frau den Plan reifen, mit ihrem 4jährigen Töchterchen Ursula freiwillig aus dem Leben zu scheiden. Sie drehte

Die Postanweisung des Mörders

Wie können Geldbriefträger gegen Ueberfälle geschützt werden?

Der Raubmord an dem Geldbriefträger Gustav Schwan hat Veranlassung gegeben, bei der Oberpostdirektion Ermüdungen anzustellen, wie die Beamten gegen Ueberfälle geschützt werden können. In verschiedenen Bezirken sind die Geldbriefträger mit kleinen Gummiknäppeln, vereinzelt auch mit Revolvern ausgerüstet. Dieser Schutz reicht aber nicht aus, denn die Angriffe erfolgen so überraschend, daß der Beamte keine Zeit findet, nach der Waffe zu greifen. Zum Glück gehören die Kapitalverbrechen an Postbeamte zu den Seltenheiten. Das letzte größere Verbrechen dieser Art wurde schon vor dem Kriege an einen Geldbriefträger im Hotel Adlon verübt. Der Täter ist nicht ermittelt worden.

Der ermordete Gustav Schwan führte ebenfalls einen Totschläger bei sich. Wie schon erwähnt, war er zum erstenmal am 30. April morgens in der Gassestraße erschienen und hatte von Frau Möbbs erfahren, daß der neue Mieter noch nicht zugezogen sei. Am Abend sprach er noch einmal vor, wiederum vergeblich. Der Beamte muß als sicher angenommen haben, daß Frau Möbbs am 1. Mai in der Wohnung sein würde und deshalb wagte er, mit seiner gefüllten Tasche einzutreten. Er vertraute wohl auch darauf, daß er sich im schlimmsten Falle mit seinem Totschläger zur Wehre setzen könne. Der heimtückische Ueberfall und der wacklige Hieb mit dem Bleirohr lähmten aber seine Verteidigungskraft, so daß der unglückliche dem Mörder auf die Dauer nicht Widerstand leisten konnte. Im Zimmer des Mieters zwischen Waschlisch und Ofen wurde ein zerrissener Kragen gefunden. Das Knopfloch ist wahrscheinlich bei dem Kampf ausgerissen. Innen befindet sich ein Wölchgeißelchen, das allerdings schon stark verblichen ist. Man will versuchen, es mit chemischen Mitteln wieder deutlicher zu machen. Besondere Aufmerksamkeit hat man auch

der Postanweisung

geschenkt, weil die Ueber einstimmung mit dem Falle Kallische sie erforderte. Soweit die Schriftvergleichung bisher ergeben hat, sind die Schriften nicht von der gleichen Hand. Die wenigen Zeilen, die

jämliche Cashähne auf und die ausströmenden Gase müssen in kurzer Zeit den Tod von Mutter und Kind herbeigeführt haben. Die Vergewissungstat wurde von dem Mann entdeckt, als er gegen 17 Uhr in seine Wohnung heimkehrte.

Schadenersatzklage gegen Mörder.

Der Tod am Kindredirektor Schmoller vor Gericht.

Am Montag beginnt vor dem Landgericht III der auf drei Tage betrauerte Prozeß gegen den Artisten Karl Urban. Er ist angeklagt und geständig, am 20. Januar d. J. den Geschäftsführer des Kinopalastes „Mercedes“ in Neukölln Schmoller ermordet und beraubt zu haben.

Ende März erklärte plötzlich der Bruder des Verhafteten, der Chauffeur Herbert Urban, daß ihn die Schuld an Schmollers Tod treffe. Er habe am verhängnisvollen Abend seinen Bruder vor dem Mercedespalast gesehen, dieser habe ihm gesagt, er wolle Silbermann überfallen und berauben. Er, Herbert, habe seinen Bruder davon abhalten wollen; sie seien gemeinsam in das Büro hinaufgegangen. Hier sei es zwischen ihm und dem Bruder zu einem Ringkampf gekommen, bei welcher Gelegenheit die Schüsse losgegangen seien. Nur mit einer gewissen Mühe gelang es, diesen Selbstbezüglicher zur Rücknahme des falschen Bekenntnisses zu bringen. Die Witwe des getöteten Schmoller hatte nun gegen Urban eine Schadenersatzklage angestrengt. Vor wenigen Tagen richtete der Beschuldigte an Frau Schmoller einen Brief, der als Vorbereitung zu der bevorstehenden Ver-

handlung betrachtet werden kann. „Tief unglücklich und traurigen Auges“, heißt es da, „ergreife ich die Feder. Verzeihen Sie bitte, daß ich diesen Schritt wage, aber ich bereue aufs tiefste, was ich getan habe und leide furchtbare Seelenqualen unter der Last, die auf mir ruht. Ich flehe Sie an: Verzeihen Sie mir diese unglückselige Tat, verzeihen Sie mir, daß durch mein Verschulden Sie Ihres Gatten und Ihr Söhnchen des Vaters beraubt wurde.“ Urban erklärte sich ferner bereit, den Schadenersatzanspruch anzuerkennen, er vermehre sich aber dagegen, den Tod seines Opfers vorhergesehen, ja selbst beabsichtigt zu haben.

Wieder Raubüberfall.

Der Täter entkommen.

In den ersten Nachmittagsstunden des Sonnabend wurde ein Raubüberfall auf eine Hausbesitzerin verübt. Die 78 Jahre alte Frau Rosa Senft, die im dritten Stock des Hauses Schöneberger Straße 25 wohnt, war zum Kaffieren der Mieten in einem unweit gelegenen Hause, das ihr Eigentum ist, gewesen. Die 450 Mark, die eingegangen waren, trug sie in der Handtasche bei sich und ging, da sie nicht mehr gut zu Fuß ist, ganz langsam nach ihrer Wohnung. Vor ihrer Kordortür wurde sie plötzlich von einem jungen Burschen, der ihr heimlich gefolgt war, angefallen und hinterwärts niedergeschlagen. Als sie versuchte, Widerstand zu leisten, klemmte der Räuber ihren Kopf zwischen seine Arme und drückte ihr den Hals zu. Halb erstickt aus Luftmangel mußte Frau S. dulden, daß er ihr die Handtasche mit dem Gelde entließ und damit flüchtete. Ehe sie sich erholt hatte, war er schon aus dem Hause heraus. Verletzungen hat Frau S. nicht davongetragen.

Die Schadenersatzklage der unglücklichen Witwe stand am Freitag vor dem Zivilgericht zur Verhandlung an. Urban, aus der Untersuchungshaft vorgeführt, bestätigte den Inhalt seines Schreibens; er wolle, sobald er seine Freiheit wiedergewinnen und seiner Arbeit nachgehen sollte, für die Frau und das Kind aufs Beste sorgen. Ob es ihm damit ernst ist, wird die Gerichtsverhandlung zeigen.

Besserung im Befinden Dr. Lohmanns.

In dem Krankheitszustand des an einer schweren Blinddarmoperation daniederliegenden Presseches der Stadt Berlin Dr. Richard Lohmann ist erfreulicherweise eine Wendung zum Besseren eingetreten. Der Patient hat die kritischen Tage relativ gut überstanden und die Ärzte betrachten den Krankheitsverlauf als günstig. Die Temperatur des Erkrankten liegt nur wenig über der normalen Grenze. Bedäglich die Herzstätigkeit ist noch sehr schwach. Es ist jedoch zu hoffen, daß der Krankheitszustand Dr. Lohmanns sich weiter in den nächsten Tagen bessern wird.



So plauderten sie weiter. Ausnahmeweise jedoch sah auch mein Vater ein, daß er sich mit seiner tabellosen Aussprache nicht mit Mister Jads unterhaltbarer Wortakrobatik messen konnte. Daher ließ er hauptsächlich ihn weiterprechen, und zwar mit schlichem Vergnügen.

Mister Jads erzählte gerade den Beinbruch Mister Adams in Russland. Es klang grauig für unsere Ohren, sogar in seiner übermütigen Sprechweise, wie er das vortrug.

Wie sie alle beide vom Trapez herunterpurzelten. Mister Jads fiel glücklich auf einen Knäuel Teppiche am Eingang der Garderobe, Mister Adams hingegen auf einen Tisch, der voll Teller und Fackeln war und für die nächste Nummer gebraucht wurde.

„Ah! Zwei Wochen wieder ferngejand, der Schwager. Nie wir beide verdient so viel für ein Abend, gute Nummer, als damals wir stürzten, vom Himmel ins Publikum. Glück für uns, daß abgerissen Strid nicht eigene, sondern Gesellschaft Ritzer et Compagnie. Dem Ritzer et Compagnie große Angst, vor Prozeß und tausend Gulden geboten mir und Schwager. Und verehrtes Publikum sammelt noch tausend Gulden. Nur der russische Arzt war großer Esel. Schlechten Verband er in Schwagers Fuß wickelte. Deutscher Arzt noch einmal gebrochen Schwagers Fuß, jetzt er hinkt ein wenig, aber vorher er hinkt viel, viel stärker.“

Mister Jads brachte, wenigstens für diesen Nachmittag, wahren Segen in unser Haus. Er gab ihm den Frieden wieder, besser gesagt, er brachte den Frieden in das Haus, in dem dieser schöne Zustand selten zu finden war.

Der Wein und das Geschwätz des Komödianten brachten meines Vaters Stimmung aus dem gewohnten Geleise. Seine sonst finster blickenden, stehenden Augen sahen genau so müd und trübselig in die Welt wie die Augen Mister Jads.

Sogar meine Mutter wagte es, einmal ein Wort zu riskieren, wie sie es denn um Himmels willen erlauben könnten,

daß die Frau Direktor auf dem Trapez arbeitete in diesem Zustand!

„Ruh, Mister Jads — höre dir diese Komödiantenlogik an! — sagte dies: „Hja, Frau Gnädigste! Wenn Sie Ihr kleines Baby tragen, dann Sie locken, Sie nähren, Sie machen Ihr Arbeit. Und Ihr Baby lernt. Auch meiner Schwester ihr Baby lernt fliegen mit ihr, meiner Schwester ihr Handwerk. Na? Nicht wahr?“

Alles Traurige, alles Bittere erledigte er mit einem Uff. Meine arme Mutter lachte Tränen.

An diesem regnerischen Tag kam die Dämmerung früh, die Lampe war schon lange angezündet.

Freddy stand weiterhin Wache, wie ein Page, mit seinem gleichgültigen Gesicht hinter dem Dntel. Meine Mutter bot ihm einen Stuhl an, mein Vater Wein, aber er setzte sich weder, noch trant er weiterhin.

„Vielen Dank!“ sagte er wohlgezogen zu beiden.

Aber jetzt beugte er sich wieder zu seinem Dntel und ermahnte ihn, heimzugehen.

„Aber laß mich! Was willst du denn?“ rief Mister Jads und schwabbelte etwas in fremder Sprache, auf meine Schwester deutend. Dann erklärte er uns, was er von Freddy wollte. Er schön bitten, sage ich, geehrten Herrn und Frau Gnädige, darf bringen Dominoschachtel und hier spielen die Kinder. Er soll lernen auch ungarisch. Du Dummerjan! Also marsch, die Dominoschachtel!“

Freddy zeigte gewissen Widerstand, aber sichtlich mehr aus Schamgefühl, als aus Hochmut.

„Na, geh, geh!“ befahl sein Dntel.

Daraufhin ging Freddy wirklich. Dann lehrte er nach kurzer Zeit mit jener ungeheuren Dominoliste zurück, die wir schon öfter im Zimmer der Komödianten gesehen hatten.

Festliche Stimmung zog in unser Haus. Meine Mutter wartete Freddy den Kaffee auf, der für unser Abendprot bestimmt war. Mister Jads und mein Vater erhielten bei gedecktem Tisch geröstetes Brot und Paprikasped. Dann kam das Domino an die Reihe.

Da meine Schwester und ich nichts von diesem Spiel verstanden, meine Mutter hingegen es von früher kannte, setzte auch sie sich zu uns und wir begannen zu viert damit.

Für uns zwei war dieses Spiel etwas Großartiges. Zum Domino gehörte auch Raufschußgeld für den Gewinner, und das Gespräch, das wir mit Freddy führten, gab durch seine Mißverständnisse unentwegt Anlaß zu Gelächter.

Anscheinend mußte Freddy erst warm werden, da ver-

änderte sich der ganze Knabe. Er wurde freundlich und sprach sehr vernünftig. Er selbst half uns dabei, ihm Sprachunterricht zu erteilen. Der Reihe nach ergriff er alle Gegenstände, deutete mit dem Finger auf die Möbel und fragte nach ihrer ungarischen Bezeichnung.

Auch jetzt war es meine Schwester, die mit ihrer gewandten Zunge am besten von uns abschnitt.

Als wir zu spielen aufhörten, waren wir schon so pertraut, daß Freddy unsere Schulbücher durchsah, besonders die Erdkunde. Er zeigte uns die Städte, die er besucht hatte, denn er war durch halb Europa gekommen. Endlich versprach er, bald wieder mit uns zu spielen.

Ich kann ruhig sagen, daß die zwei Komödianten, als sie heimgingen, lange entbehrten Frieden in unserem Heim zurückließen.

Drittes Kapitel.

setzt die Ereignisse des ersten fort, denn des Guten ist nie zu viel.

Von jenem Tage an war auch die Freundschaft mit Freddy geschlossen. Aber es blieb noch genug Schüchternheit in mir seiner zurückhaltenden kleinen Person gegenüber.

Auch am nächsten Tag kam er durch unseren Hof nach dem Stall mit seinem Dntel, aber ich wagte ihn doch nur aus der Haustür zu grüßen. Obwohl er zu meiner Begrüßung hinter seinem Dntel stehen blieb, und er schien sich genau so unfrei zu fühlen wie ich, ob unsere Freundschaft nun endgültiger Natur sei?

Wieder war es meine Schwester und nicht ich, die diese Frage entließ.

Mit gen Schneidersleuten standen wir, wie unter armen Menschen üblich, in einem ständigen Leih- und Tauschverhältnis. Ein wenig Mehl, etwas Salz, auch kleinere Geldanleihen. Aber häufiger waren die Schneidersleute unsere Schuldner.

Am Nachmittag des dritten Tages ging meine Schwester auch gerade in die Nachbarschaft, etwas zurückzubitten.

Ich qualte mich mit den Dezimalbrüchen, gemohnheitsmäßig auf dem Sessel kniend und mit dem Oberkörper auf dem Tisch liegend.

Da kam meine Schwester zu mir ins Zimmer: „Joco!“ küßte sie, „mach schnell. Hast du noch viel? Dann lasse es, du kannst es am Abend erledigen. Freddy rief uns hinüber zum Dominospielen.“

„Aber läßt uns die Mutter fort?“ fragte ich ängstlich. „Sie muß nichts davon wissen! Du Schürzenheld! Kommst du oder nicht?“ (Fortsetzung folgt.)

Heute 14 Uhr: Maijugendtag! Volkspark Rehberge

Eröffnungsfeier im Stadion, 14 Uhr: Spiel, Sport, Volkstanz, Massenaufführung., Schlußkundgebung, 18 Uhr. Redner M. Westphal
Arbeitsgemeinschaft der Kinderfreunde. Freie Gewerkschaftsjugend. Freie Angestellten-Jugend. Jugendgruppen der Arbeitersportler. Sozialistische Arbeiter-Jugend.

Die Maifeier in Spandau.

Wichtige Demonstrationen der Spandauer Arbeiterschaft.

In der Arbeiterstadt Spandau wurde der Maifeiertag besonders würdig und eindrucksvoll begangen. Die Sozialdemokratie, die freien Gewerkschaften und die Arbeiterparteiverbände hatten zu zwei Kundgebungen aufgerufen, die zu riesigen, wichtigen Demonstrationen für die sozialistischen Ziele wurden. Am Vormittag bewegten sich große Massen durch die Stadt, die auf dem weiten Rathausvorplatz zusammentrafen. Hier sprach zu den Tausenden Genosse Karl Litzke. Rot, Glend und Knechtsteden feierten die Merkmale der Vorkriegszeit gewesen. Weder Koalitionsrecht noch die sonstigen, mit großen Opfern erkämpften sozialen Rechte, habe es gegeben. Die Krise, die Deutschland durchschüttelt, sei keine Krise der Staatsform. Wo ist, so fragte Litzke, die so viel gerühmte private Initiative der Kapitalisten? Überall, wohin wir schauen, sehen wir das Verlangen der Kapitalismus. Ein System, das nur noch durch ein ungeheures soziales Elend lebensfähig ist, habe das Recht auf Existenz verliert. Der Redner rief die Arbeiter und Angestellten auf, gemeinsam mit der Partei und den Gewerkschaften den Kampf aufzunehmen für die großen Ziele der Bewegung und für die Durchführung der 40-Stunden-Woche. Die eindrucksvolle Kundgebung wurde nach Schlußworten des Kreisvorsitzenden Guth mit dem gemeinsamen Gesang der Internationale geschlossen.

Am Nachmittag versammelten sich dann die Spandauer Arbeiter und Angestellten in dem besonders ausgeschmückten Spandauer Stadion, wo die Maifeier völlig neuartig, besonders würdig vor sich ging. Hunderte von Mitwirkenden bevölkerten den grünen Rasen. Ihre musterghiltigen Vorführungen wurden begleitet von Konzertdarbietungen, Sprechchoraufführungen und Massenschören. Besonders bei den Fahnenaufmärschen und Massenübungen bot das Stadion ein farbenfreudiges, lebendiges Bild. Die Rede hielt hier Genosse Franz Künzler. Auch er beschäftigte sich mit dem Verlangen des Monopolkapitalismus, der mit den Problemen unserer Zeit nicht mehr fertig werde. Daneben hatte er in den Mittelpunkt seiner Rede die Kritik an dem Stand der Abrüstungsfrage gestellt. Europa starre heute in Waffen, und wenn es gelingen würde, nur ein Drittel jener gewaltigen Milliardensummen, die alljährlich für Rüstungszwecke in Europa verthan würden, für kulturelle Zwecke dienstbar zu machen, wäre ein gewaltiger Schritt vorwärts getan. Der Vorsitzende der Berliner Parteiorganisation grüßte zum Schluß unsere unterdrückten Arbeitsgenossen in den Diktaturländern und beglückwünschte das spanische Proletariat zu seiner Befreiung. Die einzigartige Maifeier wurde beschlossen mit einer Ansprache des Kreisvorsitzenden Adolf Guth, in der er zur Einigkeit, Wachsamkeit und Entschlossenheit aufrief.

Die Arbeiter-Laienpieler in Lichtenberg.

In der Reihe der sozialdemokratischen Mänerveranstaltungen hatte die Feier der Lichtenberger Parteigenossen durch die Mitwirkung des erst seit sechs Wochen bestehenden Arbeiter-Laienpieler-Bandes eine besondere Note. Der Mitredner der Kinderfreunde und die Revue der Arbeiterjugend „Wo bleibt der zweite Mann“ sowie des Berliner Volkstheaters fanden reichen Beifall. Genossin Paula Kurgas sprach in ihrer Festrede über den Gedanken des 1. Mai und über seine heutige besondere Bedeutung für die Arbeiterschaft in der Zeit der schwersten Wirtschaftskrise. Dann ging das mit Spannung erwartete Raiffeisenspiel von Friedrich Wendel „Der Marsch der roten Fahnen“ als Erstaufführung über die Bühne. Wir haben über den Inhalt des Werkes bereits berichtet.

Der Arbeiter-Laienpieler-Band, der seine Arbeit durch die Mitwirkung der Sozialistischen Arbeiterjugend und der Gewerkschaftsjugend sowie des Reichsbanners und des Berliner Volkschors auf eine breite Basis gestellt hat, konnte mit dieser Erstaufführung einen schönen Erfolg buchen. Lanandaltender Beifall lohnte ihm dankend die aufgewendete Mühe. Leider konnten dieser Veranstaltung viele Lichtenberger Parteigenossen nicht beiwohnen. In dem Saal drängten sich bald an über 800 Genossen und durch seine polizeiliche Absperrung konnte einer großen Zahl kein Einlaß gewährt werden.

heute billiger Sonntag im Zoo. Der heutige Sonntag ist im Zoo billiger Sonntag. Der Eintritt kostet für Erwachsene nur 50 Pf., für Kinder unter 10 Jahren 25 Pf.; dieselbe Ermäßigung gilt für das Aquarium. Besondere Anziehungskraft üben jetzt die Fütterungen der Seelöwen, der Seehunde und der See-Elefanten in dem neuen prächtigen Becken, ferner zwei muntere kleine Braun-



Hordseebad
Borkum
Das schöne, grüne Eiland
Ozonreiches
Hochsee-Klima
Tageskurstauer, Kinder bis 12 Jahre frei
Pauschalkuren
Prospekte durch die Badeverwaltung

Am Zuchthaus vorbei.

Ein Student als Posthelfer vor Gericht.

Der 26jährige Student F. fand neulich vor dem Schöffengericht einen milden Staatsanwalt und unter dem Vorhild des Landgerichtsdirektors Krndt verständnisvolle Richter.

Der Sohn eines Obergeringieurs in einer mitteldeutschen Stadt soll gleich seinem Vater Ingenieur werden. Nach dem Gymnasium besuchte er die Technische Hochschule in Berlin und Braunschweig, betätigt sich äußerst aktiv in der Studentenschaft, führt auch ein stilles Studentenleben, macht Schulden und zieht den Zorn seines „alten Herrn“ auf sein Haupt. Der Monatswechsel wird ihm entzogen, mit dem Studium ist es vorläufig aus, der junge Mensch kehrt in das Elternhaus zurück. Der Vater versucht nun ein zweites Mal, wenn auch etwas verspätet, seine Erziehungskünste an dem miffralenen Sohn. Er bringt ihn als Arbeiter in einem großen Werk unter, nimmt ihm fast seinen ganzen Wochenlohn ab und macht darüber, daß er abends zeitig zu Hause ist. Daß dieses väterliche Regime dem jungen Menschen, der die Burschenfreiheit in vollen Zügen genossen hatte, im höchsten Maße mißfällt, ist weiter nicht verwunderlich. Der junge Mann schüttelt den Staub seiner Heimatstadt von seinen Füßen und begibt sich ohne einen Pfennig Geld nach Berlin. Er hat Glück. Es dauert nicht lange, da erhält er die Stellung eines Postaussehlers mit einem Monatslohn von 120 Mark. Der Postaussehler F. hat von der schönen Burschenherrlichkeit her Schulden. Es ist Ehrensache, sie müssen abgezahlt werden, die 120 Mark reichen nicht. „Wenn die anderen Stellen aßen, kurrte mir der Magen, ich schlich mich mitunter des Abends, vor Erschöpfung, unfähig, mich auf den Beinen zu halten, an der Mauer entlang nach Hause“, sagte der Angeklagte vor Gericht; oh das der Fall war, konnte nicht nachgeprüft werden. Wie dem auch sei, eines Tages entdeckt er in einem Briefe eine

Tafel Schokolade. Damit beginnt es. Er prüft seitdem systematisch den Inhalt der Briefumschläge, findet er Geld, so eignet er es sich an. Seine Vorgesetzten merken nichts von seinem Treiben. Im Gegenteil, sie sind mit seinem Dienstleister äußerst zufrieden; er reißt sich förmlich nach Arbeit. Als sein Kommissions, mit dem er zusammen wohnte, eines Tages gesprächsweise den Fall eines schwerbestraften Postbeamten erwähnte, meint er: „Der wird die Sache wohl sehr dumm angestellt haben. Wenn ich das machte, so täte ich es bestimmt geschickter.“ Der Kommissions ahnte damals nicht, wie F. es bereits seit Monaten mit den ihm anvertrauten Briefen trieb. Bald sollte er es aber erfahren. Ein von ihm lange erwarteter Brief wollte und wollte nicht eintreffen. Ob der F. ihn nicht vielleicht bei sich verbummelt hat? Er geht zu ihm auf die Bude, sucht in seinen Sachen und entdeckt zu seiner Bestürzung etwa 100 geöffnete und nicht abgelieferte Briefe. Der Staatsanwalt wollte in dem Briefschreiber ahnte damals nicht eine Vernichtung von Urkunden, sondern bloß ein Unterdrücken sehen und beantragte sechs Monate Gefängnis. Das Gericht fand einen anderen Ausweg. Es war der Ansicht, daß der Angeklagte als Postaussehler die Beamteneigenschaft nicht besessen habe, daß er keine Dienstgeschäfte wahrgenommen habe, und daß die Arbeit, die er geleistet, auch jeder gewöhnliche Angestellte zu leisten in der Lage gewesen wäre. So kam das Gericht zum Urteil: sechs Monate Gefängnis. Diese Auslegung des Schnell-schöffengerichts wird man nur begrüßen können. Mehr als einmal sind bereits Postaussehler unter den gleichen Umständen zu Zuchthaus verurteilt worden. Es hätte also auch da eine Möglichkeit gegeben, die Leute vor dem Zuchthaus zu bewahren. Man soll in Zukunft nicht sagen dürfen: diesmal handelte es sich aber doch um einen Studenten.

hären im Bärenzwinger aus. Schon für den Mai können die neuen verbilligten Monatskarten gekauft werden, deren Preis für Erwachsene 12 Mark und für Kinder bis 16 Jahren 6 Mark beträgt. Diese neuen Karten können an jedem Tage gelöst werden. Sie gelten dann vier Wochen lang und berechtigen zu jederzeitigem Eintritt. Für das sehenswerte Aquarium sind Jahresdauerkarten neu eingeführt, die 10 Mark für Erwachsene und 5 Mark für Kinder bis zum 16. Lebensjahr kosten. Die Völkerschau der Lippen-negerinnen vom Stamme der Sara-Koba ist auch am nächsten Sonntag von 10 bis 19 Uhr geöffnet. Stündlich finden Vorstellungen dieser grotesken Truppe mit erläuterndem Vortrag statt.

„Jäger“ und „Flora“ kommen. „Zentrum“ muß gehen.

Am heutigen Sonntag, 8 Uhr vormittags, werden die Vermittlungsstellen mit Selbstanschlußbetrieb Jäger und Flora in Betrieb genommen. Zum gleichen Zeitpunkt wird die Handvermittlungsstelle außer Betrieb gesetzt. Die neuen Vermittlungsstellen Zentrum außer Betrieb gesetzt. Die neuen Vermittlungsstellen übernehmen einen Teil der Anschlüsse der Vermittlungsstellen Hansa, Merkur und Roabit sowie alle Anschlüsse der Vermittlungsstelle Zentrum. Es empfiehlt sich, vor jedem Anruf eines Teilnehmeranschlusses der Vermittlungsstellen Hansa, Merkur und Roabit im Fernsprechbuch nachzusehen, ob der Teilnehmer etwa eine neue Anschlußbezeichnung erhalten hat. Das Einsehen des Fernsprechbuches ist diesmal zur Vermeidung von Betriebschwierigkeiten und sonstigen Unzuträglichkeiten für den Sprechverkehr besonders wichtig, weil von der Umschaltung zahlreiche Banken und andere Großbetriebe sowie viele Reichs- und Landesbehörden, Gesandtschaften usw. betroffen werden, die zum Teil über ausgedehnte Nebenstellenanlagen verfügen und auf glatten Gesprächsabschluß besonderen Wert legen.

Parteilgenossen, zum Sängerfest!

In der Woche vom 3. bis 10. Mai feiern die Berliner Arbeiter-sänger das 40jährige Bestehen ihrer Organisation. — Wir bitten alle Genossinnen und Genossen, sich an den Veranstaltungen des Bundes zu beteiligen. Am 10. Mai sollten alle Parteimitglieder das große Sängerfest im Neutöllner Stadion besuchen. Genosse Landtagspräsident Friedrich Bartels hält die Festansprache.

Sozialistische Schüler werben.

In der Aula des Oberlyzeums in Pankow veranstaltete die Gruppe Pankow der Sozialistischen Schülergemeinschaft eine Felerstunde zum Beginn des neuen Schuljahres. Ein irischer Junge sprach Begrüßungsworte zu den zahlreich erschienenen Alten und Jungen und forderte die Schüler auf, sich der Sozialistischen Schülergemeinschaft anzuschließen. Die Forderung der neuen Schule muß von der Gemeinschaft der sozialistischen Schüler gegen die „Pauker“ vertreten werden. Oberschulrat Dr. Garde begrüßte es freudig, daß die Jugend heute es als ihre Aufgabe betrachtet, mitzuwirken an der neuen Schule. Die Schule der Zukunft soll eine wirkliche Arbeitsstätte der jungen Menschen sein. Der Lehrer als Mittler und Führer zur Gesellschaft der Erwachsenen muß eine Atmosphäre des Vertrauens schaffen. Ehe wir das Gefühl der Rechtsunsicherheit nicht aus der Schule herausbringen, kann von einer demokratischen

Schule nicht die Rede sein. Und erst in der sozialistisch organisierten Gemeinschaft kann die Schule sich organisch in den Gesamtprozeß der Arbeit eingliedern. Der Sprechchor Karl Jahn trug einige Chöre vor, Regitationen und gemeinsame Gesänge rundeten das Programm des gelungenen Abends ab.

Ausstellung von Kinderzeichnungen. In der Zeit vom 8. bis 11. Mai 1931 veranstaltet das Jugendamt Prenzlauer Berg in der Aula des Verwaltungsgebäudes, Danziger Straße 64, eine Ausstellung von Kinderzeichnungen der städtischen Kinderheime. Die Ausstellung ist geöffnet an den Wochentagen von 10 bis 20 Uhr, am Sonntag, dem 10. Mai, von 10 bis 15 Uhr. Die Ausstellung ist ein Versuch, die Kinderzeichnungen als Hilfsmittel zur Erkenntnis des kindlichen Erlebnisses auszuwerten.

Seinen 90. Geburtstag beging dieser Tage der Arbeiter Wilhelm Woberlin, der in der Petristraße 15 wohnt. Der Greis, einer der ältesten Veteranen, der die Feldzüge 1864, 1866 und 1870 bis 1871 mitgemacht hat, lebt in recht dürftigen Verhältnissen.

Bitte besuchen Sie uns in der „NEUEN WOHNUNG“

Wir werden Sie mit dem grössten Vergnügen durch die Flucht der vorbildlich eingerichteten Räume führen. Wenn Sie Anregungen wünschen und wirklich neuartige

MÖBEL

sehen wollen, leisten Sie bitte dieser Einladung Folge und besuchen Sie die grosse Sonder-Ausstellung „DIE NEUE WOHNUNG“. Das Gesehene wird Sie in jeder Beziehung überraschen!

GLEISER

ALEXANDERPLATZ

Die Ausstellung ist bis 16. Mai kostenlos zu besichtigen. Pracht-Katalog Nr. 33 gratis.

Ein Fall, wie er jeden Tag vorkommt!

Bei der Fa. G. B. wurde eingebrochen. Schon am folgenden Tage meldeten sich die unruhig gewordenen Gläubiger. 10 Tage nach dem Einbruch wurde der Gesamtschaden von uns mit 20300 Mark bezahlt. Der Inhaber der Firma erklärte: „Wenn Sie nicht das Geld so schnell überwiesen hätten, so wäre ich ruiniert gewesen!“

Könnte etwas Ähnliches nicht auch Ihnen geschehen? Schützen Sie sich durch eine Einbruchdiebstahl-Versicherung bei uns!

ALLIANZ UND STUTTGARTER VEREIN

VERSICHERUNGS-AKTIEN-GESELLSCHAFT

Jein Tag zahlen wir 10 Mark Versicherungssumme 100.000 Mark.

Jein Monat - Tag und Nacht - zahlen wir nur 1 Mark.

Jein Jahr - zahlen wir nur 10 Mark.

Jein Tag zahlen wir 10 Mark Versicherungssumme 100.000 Mark.

Jein Monat - Tag und Nacht - zahlen wir nur 1 Mark.

Jein Jahr - zahlen wir nur 10 Mark.

Jein Tag zahlen wir 10 Mark Versicherungssumme 100.000 Mark.

Jein Monat - Tag und Nacht - zahlen wir nur 1 Mark.

Jein Jahr - zahlen wir nur 10 Mark.

WERTHEIM Billiger Verkauf

Leipziger Str. (Versand-Abt.) Königstr. Rosenthaler Str. Moritzplatz

Sommer-Kleidung u. Stoffe



7.90 Sporkleid Naféstoff, Pastellfarben	15.75 Jugendliches Kleid Trikot-Chermeuse	37 ^M Fleur de laine-Mantel ganz auf Kunstseide	22.50 Jugendlicher Mantel Diagonalstoff, ganz gefüt.
---	---	---	--

Einige Beispiele:

Baumwoll-Musselin	48 Pf.
bedruckt, ca. 80 cm breit, Meter	
Beiderwand	80 Pf.
Kunstseide mit Baumwolle, Indanthren, Mtr.	
Frisé-Schotten	95 Pf.
auf Pastellfarben, Meter	
Kunstseide	1.95
bedruckt, doppeltbreit, Meter	
Douppion	2.90
reine Seide, ca. 80 cm breit, Meter	

Sportbluse	Waschkunstseide	Damenstrümpfe
weiß und pastellfarbig, ohne Ärmel	4.25	künstliche Waschseide, Bemberg Gold
Kinder-Hänger		Damen-Schlüpfer
bunter Waschstoff, Länge 40 cm		Kunstseide, helle Farben
Jede weitere Größe bis 65 cm 25 Pf. mehr	1.95	Größe 42 bis 48 cm
Backfisch-Kleid		Hüftgürtel
Vollvoile bedruckt, Größe 38 bis 42	11.75	Jacquard, mit 4 Haltem
Kieler Anzug		Sport-Pullover
gestreifter Kadettstoff, für ca. 2 Jahre		für Damen und Herren, reine Wolle
Jede weibl. Größe bis 12 Jahre 40 Pf. mehr	3.70	
Herren-Sporthemd		Damen-Handtasche
gestr. Zephir, m. Kragen	3.90	Chagrineder, m. Moiré-futter, ca. 20 cm lang
		2.85

Eine Ueberraschung

nach der andern erlebt jede Dame, die uns besucht.

Nach dem Staunen über die riesenhafte Auswahl unserer Läger beginnt die Bewunderung der prächtigen Stoffe und Formen; die unübertrefflich billigen Preise erhöhen die Stimmung bis zur Kauflust. Daß auch starke Figuren Passendes finden, dafür bürgt unser

geschütztes Warenzeichen:

„Das Haus für große Weiten“



Unsere Modell-Abteilung zeigt Ihnen das Eleganteste an Modell-Kleidern und Mänteln, Schönheit des Stils und der Stoffe wetteifern, Ihre bewundernden Blicke auf sich zu ziehen; auch in dieser Abteilung werden die niedrigen Preise Sie angenehm überraschen.		Prächtiges Frühjahrskleid aus reinseidenem Duplon, in Sportform gearbeitet, mit aparter Faltenlage und Gürtel, zu jedem Kleid ein Extragürtel, in allen Größen 25.-	Bildschöne Frühjahrs-Kostüme aus feinen Kasimirstoffen, in Blau und Sportfarben, in vorzüglicher Verarbeitung für Jungmädchen 29.- für Damen 39.-	Mod. Klubjacken gestreift . . . nur 8.- einfarbig u. marine Tuch . . . nur 15.- Morgen-Komplet dreifällig, auch für Weekend geeignet, in japanischen Druckstil . . . nur 9.-
Vornehmes Chermeuse - Komplet mit aparter Topfensitkererei auf dem einwickelnden Bolero-Jäckchen, eleganter heller Weste und besonders schön gearbeitetem Faltenrock in allen Größen 39.-	Bildschönes Jäckchen-Komplet aus vorzüglichem Kunstseidenen Georgette in modernen Blau- und Blumenmustern, mit hochmodernen Ärmeln und langem Glockenrock, in vielen Mustern 59.-	Hochpartes Kleid aus Woll-Georgette mit Crêpe-Georgette-Kragen, rüschenartiger Garnierung der Revers u. der Ärmel, eigenartigem Faltenrock und Gürtel, in vielen Farben und allen Größen bis 54 29.-	Reinwollene Wiener Pullover nur 7.- Original Wiener Strickkleider in prächtigen Mustern, für Reise u. Sport nur 22.- Strick-Komplets dreiteilig, in neuesten Strickarten u. prächtigen Formen äußerst preiswert	mit kurz. Ärmeln nur 7.- Kleideröcke reizvolle, plüschig, in blau und schwarz . . . nur 8.- Bademäntel aus schönem Kunststoff, für Damen und Herren . . . nur 10.50 Schicke Badeanzüge von reiner Edelfaser, Trachtenmode in vielen Mustern . . . nur 9.75
Die Abteilung für Regen- und Wettermäntel enthält Gummimäntel, Trenchcoats, Ölhautmäntel, Allwettermäntel, Lodenmäntel in verschwenderischer Auswahl zu niedrigsten Preisen.		Mittwoch, 6. Mai unser Kindertag	Ständige Neuheit in Mädchenkleidern und Mänteln	Achten Sie auf unser Inserat am Donnerstag, den 7. Mai, in dieser Zeitung.

FOR GUTEN PREISWERTEN MÖBELKAUF!

AUCH TEILZAHLUNG — 24 MONATSRATEN

DRIHA MÖBEL

1. RATE JULI — ILLUSTR. PROSPEKT E. KOSTENLOS

ZENTRALE: ELSÄSSER STR. 37 AM ORANIENBURGER TOR

Anträge zum Parteitag.

Zur Tagesordnung.

Annaberg, Arnstadt, Bremen, Düsseldorf, Gera, Gohrlich, Leipzig, Löbau, Ludenwalde, Mühltröpp, Plauen, Ratzen, Riesa, Zwickau beantragen, daß einer von den neun Abgeordneten, die im Reichstag in der Panzerkreuzerfrage entgegen dem Fraktionsbeschlusse mit „Rein“ gestimmt haben, als Korreferent über diese Frage sprechen soll.

Breslau, Chemnitz, Hohndorf, Frankfurt a. M. beantragen, daß zu dem Referat über Wirtschafts-anarchie und Arbeiterklasse der Genosse Engelbert Graf als Korreferent bestimmt wird.

Gera beantragt, außer dem Genossen Graf auch Genossen Max Seydewitz als Korreferenten zu bestimmen.

Kirchhofscheid. Das Erwerbslosenproblem soll als besonderer Punkt auf die Tagesordnung des Parteitages gesetzt werden und, wenn angängig, soll auch ein sachkundiger erwerbsloser Genosse zum Wort kommen.

Kapitalistische Wirtschafts-anarchie und Arbeiterklasse.

Duisburg. Der Parteitag erkennt, daß die jetzige Krise des Kapitalismus keine zufällige, einem neuen Aufschwung des Kapitalismus vorangehende Erscheinung ist, sondern eine Krise des kapitalistischen Systems, dem die Arbeiterklasse schärfsten Kampf ansetzen muß. Fünf Millionen Erwerbslose in Deutschland, 20 Millionen in der Welt bezeugen, daß der Kapitalismus wankt, weil seine Basis, der Weltmarkt, sich verengt. Der Kapitalismus ist in seine entscheidende Phase der Entwicklung gelangt und sucht nach Auswegen, um die Situation zu meistern. Die große Lohnabbauoffensive ist nur das erste Wort in neuer Sprache.

Der Parteitag erkennt, daß die Krise des Kapitalismus mit kapitalistischen Mitteln nicht mehr gelöst werden kann, sondern nur durch den Sturz dieser kapitalistischen Gesellschaft, die diesen Zustand ermöglicht.

Aber die herrschende Klasse wird nicht freiwillig abtreten und die Arbeiterklasse aus eigenem Entschluß zum Nachlasserwalter einsehen. Der Weg, den die Sozialdemokratie in der gegenwärtigen Situation zu gehen hat, muß bestimmt werden von dem Ergebnis der gründlichen Analyse der ökonomischen Situation. Das Ergebnis dieser ist die Feststellung der grauenhaften Dauerkrise im Kapitalismus. Ausgehend von dieser tatsächlichen ökonomischen Grundlage muß die Partei die Krise des Kapitalismus auswerten zur Aktivierung und Mobilisierung der Massen zum Kampf für den Sturz und die Beseitigung dieser kapitalistischen Gesellschaftsordnung. Die Frage Sozialismus oder Kapitalismus ist zur Schicksalsfrage der Menschheit geworden.

Schmölla. Die Parteileitung muß im Einklang mit den Beschlüssen des Internationalen Gewerkschaftskongresses in Stockholm den wirtschaftsschädigenden Preisabbau, der durch die internationale Goldaufwertung bedingt ist, aufs schärfste bekämpfen.

Da die Währungs- und Kreditpolitik wegen ihrer engen Zusammenhänge mit dem Konjunkturverlauf von größter Wichtigkeit für die Arbeiterklasse ist, ist vom sozialistischen Standpunkte aus die Forderung aufzustellen, daß die nationalen Notenbanken zur Erhaltung der Beschäftigungsmöglichkeit das Preisniveau ohne Rücksicht auf die Wechselkurse zu stabilisieren haben.

Die Parteileitung wird beauftragt, für eine schnelle, vorbehaltlose Klärung dieser Fragen Sorge zu tragen.

Berlin. Die Millionenzahl der Arbeitslosen und die Verelendung der breiten Massen des Volkes machen einschneidende Hilfsmassnahmen nötig. Die dringende Forderung der Gegenwart ist die Wiedereinführung der Erwerbslosen in den Produktionsprozess durch ein Arbeitsbeschaffungsprogramm und der auf der Grundlage der Beschlüsse des Internationalen Gewerkschaftsbundes einzuführenden gesetzlichen 40-Stunden-Woche.

- Ferner fordert der Parteitag:
1. Die Beseitigung des Ueberstundenwesens.
 2. Zwangsweise Anmeldeung aller offenen Stellen.
 3. Gesetzliche Bestimmung zur Einschränkung des Doppelverdienens, der Schwarzarbeit und Zufahrtarbeit der in Beschäftigung stehenden Personen.
 4. Gesetzliche Festlegung der Arbeitszeit, der Sonntagsruhe und des Urlaubs der jugendlichen Arbeiter und Arbeiterinnen unter 18 Jahren.
 5. Die Einführung des neunten Pflichtschuljahres unter Gewährung von Wirtschaftsbeihilfen.

Zittau. Der Parteitag beauftragt den Parteivorstand, einen Agitationsplan für die Bedarfswirtschaft aufzustellen. Er soll darin bestehen, die Wirtschaftszweige festzustellen, bei denen die Entwicklung der Produktion bereits einen Grad der Bergesellschaftung angenommen hat, daß für die Ueberführung der Produktionsmittel in den Besitz der Volksgemeinschaft organisatorische Schwierigkeiten nicht mehr bestehen.

Des weiteren wird der Vorstand beauftragt, die wirtschaftlichen, finanziellen und betriebsorganisatorischen Erfordernisse derjenigen Wirtschaftszweige zu prüfen, die für eine Sozialisierung der Gütererzeugung reif sind.

Rudolstadt. Sämtliche stillgelegten Betriebe sind entschädigungslos in den Besitz des Reiches zu überführen.

Kürnberg. Die Sozialisierung der Wirtschaft ist in den Vordergrund unseres wirtschaftlichen Programmes zu stellen und stärker als bisher zu propagieren.

Es wird sofort eine Kommission eingesetzt mit dem Auftrage, den Begriff der Sozialisierung scharf zu umreißen, ihre Bedingungen zu erforschen und ihre Verwirklichung unter besonderer Berücksichtigung des Rationalisierungsprozesses und der internationalen Verflechtungen vorzubereiten.

Die Kommission soll dem Parteivorstand bis zum 31. Dezember 1931 einen Bericht vorzulegen.

Kürnberg. Die Partei und ihre parlamentarischen Vertretungen haben sich mit allen Mitteln für die gesetzliche Festlegung der 40-Stunden-Woche einzusetzen.

Hamburg. Die ungeheure Arbeitslosigkeit, eine Folge des kapitalistischen Wirtschaftssystems, stellt die Sozialdemokratie und alle ihr nahestehenden Organisationen vor die Aufgabe, die Interessen der arbeitenden Menschen mit denen der Arbeitslosen feier denn je zu verbinden.

Der Parteitag verpflichtet alle Organe der Partei, insbesondere die Reichstagsfraktion, unablässig und mit gesteigerter Energie für die Einführung der gesetzlichen 40-Stunden-Woche zu kämpfen, um so die Wiedereingliederung der Arbeitslosen in den Produktionsprozess zu ermöglichen.

Er fordert zugleich alle der Sozialdemokratie befreundete Organisationsgruppen eindringlich auf, die Partei und die freien Gewerkschaften in diesem Kampfe mit allen ihnen zu Gebote stehenden Mitteln zu unterstützen.

Delmenhorst. Der Parteitag wolle beschließen und die Reichstagsfraktion beauftragen, zur Vinderung der Wirtschaftskrise der Reichsregierung Vorschläge und Forderungen zu unterbreiten, die eine gesetzliche Herabsetzung der geltenden Zinssätze um 2 bis 3 Prozent ermöglichen.

Waldenburg i. Sa. Da infolge der großen wirtschaftlichen Krise eine allgemeine große Arbeitslosigkeit besteht und demzufolge die Lebenshaltung des Arbeiters in Verbindung mit der Teuerung eine immer schlechtere wird, wird beantragt, daß der Parteitag alle Mittel erwägen möge, die Erhaltung sowie den unbedingt notwendigen Ausbau der Arbeitslosenversicherung zu fördern und keine Kampfmittel, parlamentarische noch außerparlamentarische, zu scheuen, um den unversämlichen Forderungen der Reaktion die Spitze zu bieten.

Kedwih a. R. Die kapitalistische Wirtschaftsordnung ist veraltet, überholt, sie hat schmachliches Fiasko erlitten. Befunden kann die Wirtschaft, gehoben das Glend nur durch eine sozialistische Wirtschaftsordnung. Ihr zum Siege zu verhelfen, ist heute mehr denn je die erste Aufgabe der Sozialdemokratischen Partei. Dieses letzte Ziel ist bei allen politischen Entscheidungen unserer Reichs- und Landtagsfraktionen nicht außer acht zu lassen. Es möglichst rasch zu erreichen, sei unsere nächste Aufgabe, deshalb schärfsten Kampfen Parteien, die sich zur kapitalistischen Wirtschaftsordnung bekennen, deshalb keine Teilnahme und keine Unterstützung den Regierungen mehr, die die kapitalistische Wirtschaftsordnung schützen.

Hamburg. Der Parteitag beauftragt Reichstagsfraktion und Parteivorstand, den Problemen der europäischen Wirtschaftseinheit und der Vereinigten Staaten von Europa gesteigerte Aufmerksamkeit zuzuwenden und dem nächsten Parteitag einen Bericht über den Stand dieser Frage vorzulegen.

Die Ueberwindung des Faschismus.

Kiel. In Erwägung der Tatsache, daß die gegenwärtige Hauptaufgabe der Partei der Kampf gegen den Faschismus in Deutschland und für die Sicherung der demokratischen Freiheit zu sein hat und in der weiteren Erwägung, daß dieser Kampf nur erfolgreich bestanden werden kann, wenn die von jedem Funktionär geforderte unbedingte Disziplin auch von den Mitgliedern der Reichstagsfraktion geübt wird, beantragt die Hauptversammlung der Sozialdemokratischen Partei Groß-Kiel:

Der Parteitag der SPD. in Leipzig möge Maßnahmen beschließen, die eine Wiederholung des Disziplinbruchs wie den der neun Mitglieder der Reichstagsfraktion unmöglich machen.

Das Verhalten der neun ist durch den Parteitag zu verurteilen.

Berlin. Der Faschismus ist durch den energischen Abwehrkampf der Sozialdemokratischen Partei in die Defensive gedrängt. Diese Aktivität hat der Sozialdemokratie zahlreiche Mitglieder zugeführt.

Unter schwersten Opfern für die Arbeiterklasse und Partei wurde verhindert, daß Nationalsozialisten und Deutschnationale im Reich und in Preußen die Regierungsgewalt an sich rissen.

Es ist nunmehr die Aufgabe der Sozialdemokratischen Partei, insbesondere die notleidenden Wählermassen, die noch im feindlichen Lager stehen, durch eine energische, planvoll vorbereitete und vorausschauende soziale Politik zu gewinnen.

Die Sozialdemokratische Partei hat durch Mobilisierung und Aktivierung der breiten Massen der arbeitenden Bevölkerung für unsere politischen Gegenwartsforderungen und durch den Kampf um den Sozialismus die politische Durchschlagskraft der Reichstagsfraktion zu stärken.

Zur Durchführung dieses Kampfes ist Einheit und Geschlossenheit der Sozialdemokratischen Partei und ihrer Körperschaften notwendig.

Breslau. Der Parteitag beauftragt den Parteivorstand, eine sozialistische Wehrorganisation in der Art des österreichischen Schutzbundes zu schaffen, die geeignet ist, den Gefahren des Faschismus zu begegnen.

Rohlsn. Vom Parteivorstand und von der Reichstagsfraktion wird uneingeschränkte Fortsetzung des Kampfes gegen den Faschismus gefordert. Die Politik der Reichstagsfraktion, insbesondere die Erklärung, die der Parteivorstand bei der Abstimmung über den Wehretat abgegeben hat, wird gebilligt. Der Kampf um die soziale Republik ist in der Zeit wirtschaftlicher Destruktion besonders schwer. Er fordert strengste Disziplin und größtes Verantwortungs-bewußtsein aller Parteigenossen, insbesondere von den ersten Funktionären, den Abgeordneten. Zur Zeit schärfster Anspannung ist, unbeschadet um die Meinung im einzelnen, Geschlossenheit der Bewegung und ihrer Aktion erste Pflicht. Deshalb verurteilt die Konferenz die Haltung der 9 sozialdemokratischen Abgeordneten bei der Abstimmung über den Wehretat und erwartet vom Parteitag in Leipzig eine Entscheidung, die eine derartige Schädigung der Partei künftig unmöglich macht.

Partei und Jugend.

Bezirksverband Brandenburg. Durch Beschluß des Parteitages zu Kassel 1920 ist auf Antrag vom Parteivorstand die „Jungsozialistische Vereinigung“ gebildet worden. Der VB. wurden vornehmlich folgende Aufgaben gestellt:

1. den jüngeren Genossinnen und Genossen Gelegenheit zu geben, sich durch innere Einstellung auf die hohen Aufgaben, die der Sozialismus ihnen stellt, vorzubereiten;
2. sich politisch zu schulen;
3. sich für eine rege aktive Anteilnahme am Parteileben zu interessieren.

Agitatorische und organisatorische Kräfte sollten von der VB. ausstrahlen. Diese Aufgabe ist nicht erfüllt worden und wird auch bei der heutigen Gestaltung der Vereinigung nicht erfüllt werden können. Im Gebiete des Bezirkesverbandes Brandenburg sind zwei Ortsgruppen mit 14 Mitgliedern vorhanden. Diese Tatsache beweist, daß die VB. keine Daseinsberechtigung hat, und daß es ihr in den 10 Jahren ihres Bestehens nicht gelungen ist, die ersten Voraussetzungen für eine Aktivierung der Jugend zu erfüllen. Der Bezirksparteitag beantragt deshalb die Auflösung der Vereinigung im gesamten Reichsgebiet.

Es ist eine der wichtigsten Aufgaben der Partei, die jüngeren Parteimitglieder zu aktiver, verantwortlicher Mitarbeit heranzuziehen, ihre politische Erkenntnis zu schulen und ihre innere Verbundenheit mit der sozialistischen Gedankenwelt und der Partei zu vertiefen. Aus diesem Grunde beschließt der Parteitag:

Die Parteimitglieder bis zum 25. Lebensjahr sind nach Möglichkeit der örtlichen Verhältnisse in Arbeitergruppen zusammenzufassen, deren Richtlinien vom Parteivorstand festgesetzt werden. In organisatorischer Beziehung unterliegen die Arbeitsgruppen der Leitung der örtlichen Parteivereine.

Krefeld. In den verschiedensten Gebieten des Reiches machen sich die jungsozialistischen Gruppen eine Tätigkeit an, die ihnen bei der Gründung nicht zugebacht war und die nicht mit der Parteidisziplin in Einklang zu bringen ist. So ist besonders das Vorgehen jungsozialistischer Gruppen in bezug auf Heranziehung von Referenten und ihre Beschlüsse zu der Taktik der Gesamtpartei auf das schärfste zu verurteilen. Den Gegnern wird dadurch Material gegen die Partei geliefert und der Kampf der eigenen Partei gegen die Staatsfeinde unerhöht erschwert. Der Parteitag beschließt daher: Die

Jungsozialistische Vereinigung wird im gesamten Reichsgebiet aufgelöst.

Zwickau. Der Reichsausschuß der SAJ. hat bei seiner Tagung vom 11. Januar 1931 in Berlin Ausführungsbestimmungen zu den Verbandsstatuten der SAJ. beschlossen.

Diese Ausführungsbestimmungen geben der Partei die Möglichkeit, über 20 Jahre alte Funktionäre der SAJ., die das Vertrauen der Jugend genießen, aus der SAJ. auszuschließen, wenn sie zur Ausübung ihrer Funktion nicht die Zustimmung der zuständigen Parteioberorganisation haben.

Der Bezirksparteitag sieht in diesen Ausführungsbestimmungen, die nur vom Reichsausschuß und nicht von der Reichskonferenz der SAJ. beschlossen worden sind, eine ungeheuerliche Einschränkung des Selbstverwaltungsbereichs der Jugend.

Der Bezirksparteitag lehnt die Anwendung dieser Ausführungsbestimmungen ab und fordert die sofortige Aufhebung.

Vom Reichsparteitag fordert er die gleiche Stellungnahme.

Zum Ausschluß von SAJ.-Mitgliedern, die sich einer verbandsschädigenden Haltung schuldig machen, bieten die Beschlüsse der Leipziger Reichskonferenz von 1926 der SAJ. genügend Möglichkeiten.

Annaberg. Die Mitgliedschaft spricht sich gegen die Ausführungsbestimmungen zum Statut der SAJ. aus. Ferner steht sie zu den Beschlüssen der Jungsozialisten im Bezirk, die die volle Freiheit des Organisationslebens aufrecht erhalten wollen.

Hamburg. Der organische und organisatorische Weg der Heranbildung der Jugend zum sozialistischen Denken und Handeln und ihre Einziehung in die Partei geht von den Arbeitervereinen „Kinderfreunde“ über die sozialistische Arbeiterjugend. Beide Organisationen sind der Partei verantwortlich. Ihre über achtzehnjährigen Funktionäre müssen Mitglieder der Partei sein.

Die Organisation der Jungsozialisten hat sich in der bisherigen Form nicht bewährt. Sie ist dergestalt umzuwandeln, daß die Ortsgruppen als Arbeitsgemeinschaften der Jungmitglieder den Bildungsausschüssen der Ortsvereine unterstellt werden. In diesen haben sie mit einem Vertreter Sitz und Stimme. Ein besonderer organisatorischer Zusammenschluß über den Ortsverein hinaus findet nicht statt.

Die Ortsvereine der Partei, insbesondere ihre Bildungsausschüsse, müssen nach ihren Kräften, mehr als bisher, durch Förderung von Parteioberanstaltungen, in denen Gelegenheit zur Aussprache über die Probleme des Sozialismus, der Politik, Wirtschaft und Kultur gegeben wird, zum Zusammenwachsen der jüngeren mit der älteren Parteimitgliedschaft beitragen.

Die Erörterungen und Entschlüsse über parteiorganisatorische und parteitaktische Fragen erfolgen ausschließlich in den Mitgliederversammlungen usw. der Parteioberorganisationen.

Esleben. Der Parteitag wolle beschließen:

1. Die Organisationen der Partei werden aufgefordert, dem Betätigungsanspruch der jüngeren und aktiven Parteimitglieder weitest gehend Rechnung zu tragen, ihm Arbeitsmöglichkeiten einzuräumen und die jüngeren und aktiven Parteimitglieder in verantwortliche Funktionen einzubeziehen, um
 - a) die Aktivität der Jugend für die Partei nutzbar zu machen;
 - b) die Werbe- und Anziehungskraft der Partei auf die jüngere Generation Deutschlands zu steigern.
2. Unter Berücksichtigung örtlicher Verhältnisse ist eine lose Zusammenfassung aller jüngeren Parteimitglieder etwa bis zum 30. Lebensjahre vorzunehmen. Diese Zusammenfassungen sollen die Form von Arbeitskreisen haben, für die vom Parteivorstand unter Hinzuziehung geeigneter Mitarbeiter Arbeitsrichtlinien festzulegen sind. Der Aufbau dieser Arbeitskreise soll der lokalen und bewährten Zusammenfassung der Frauen in der Partei angelehnt werden. Alle organisatorischen Folgerungen für die Gesamtpartei und ihre Gliederungen regeln sich entsprechend.

3. Diese Arbeitskreise jüngerer Parteimitglieder sollen die Gruppen der aktiven Jugend in der Partei sein.

Magdeburg. Die Vorgänge auf der letzten Reichskonferenz der Jungsozialisten gestatten es dem Bezirksparteitag nicht, sich endgültig zur Jungsozialistenfrage zu äußern. Der Bezirksparteitag überläßt dem Reichsparteitag in Leipzig die Entscheidung.

Bericht der Reichstagsfraktion.

Altona, Bezirksverband Brandenburg, Bremen, Bremerhaven, Delmenhorst, Döbeln, Gohrlich, Hamburg, Hannover, Harburg, Hildesheim, Kiel, Koblenz, Köln a. Rh., Krefeld, Lüneburg, Magdeburg, Opatowitz, Sletina, Straßburg beantragen:

Die Abstimmung der neun Abgeordneten im Reichstage als Disziplinbruch zu verurteilen.

Es folgen hierzu die zwei größeren Anträge:

Hamburg. Mitten im schärfsten Abwehrkampf der Partei gegen den Versuch der faschistischen Gewaltorganisationen des Kapitalismus, die Staatsgewalt zu erobern, um mit ihrer Hilfe und unter ihrem Schutz die Grundlage der Arbeiterklasse, Demokratie und Republik, völlig zu vernichten, sind neun Mitglieder der Fraktion aus der gemeinsamen Front ausgebrochen. Sie haben in einer für die ganze Arbeiterklasse schicksalsschweren Entscheidung mit den Gegnern der Partei gegen die eigene Fraktion gestimmt und damit die Kampfkraft der Partei empfindlich geschwächt. Der Parteitag stellt fest, daß die sozialdemokratischen Abgeordneten im Rahmen ihrer verantwortungsmäßigen Verantwortung Organe der Gesamtpartei sind. Sie sind daher in erster Linie der Gesamtpartei und erst in zweiter Linie den Mitgliedern ihrer Wahlkreise und Bezirke verantwortlich. Der Parteitag betrachtet die Abstimmungsanweisung des Reichstagsvorstandes Chemnitz-Zwickau an seine Reichstagsabgeordneten als eine Anmaßung und spricht ihm und den neun Disziplinbrechern seine allerschärfste Mißbilligung aus.

Es begegnet in der Parteioberorganisation keinerlei Verständnis, daß die führenden Genossen anderen Gelehen unterworfen sein sollten als jedes andere Mitglied. Die Abgeordneten des Reiches, der Länder und der Gemeinden sind daher der Disziplin ihrer Fraktionen zu unterstellen. Die Reichstagsfraktion insbesondere wird verpflichtet, vor bedeutungsvollen politischen Entscheidungen Fraktionszwang zu beschließen. Zuwiderhandlungen gegen den Beschluß der Fraktionen gelten als parteischädigendes Verhalten.

Gohrlich. Bei den Abstimmungen zum Wehretat im Reichstage haben neun Mitglieder der sozialdemokratischen Reichstagsfraktion gegen die Fraktion gestimmt und damit einen bewußten Disziplinbruch begangen.

Die Sozialdemokratische Partei steht zur Zeit im schärfsten Kampfe gegen Faschisten und Kommunisten, zwei Parteien, die Anhänger der Diktatur und scharfe Gegner des demokratischen Selbstbestimmungsrechts ihrer Mitglieder sind. Unsere Partei kann diesen Kampf gegen die Feinde der Demokratie nur mit Erfolg führen, wenn wir in unseren Reihen streng auf Selbstzucht und Disziplin halten. Selbstzucht und Disziplin, die wir uns immer selbst auferlegten, haben die Partei groß und stark gemacht. Diese Selbstzucht und Disziplin, die wir von dem geringsten unserer Funktionäre fordern, müssen erst recht von den Abgeordneten der Partei geübt

werden. Das Verhalten der neun Disziplinbrecher der Reichstagsfraktion muß in so schärfer verurteilt werden, weil die Fraktion mit großer Mehrheit die Freigabe der Abstimmung abgelehnt hat und die Minderheit einträglich gewarnt wurde, am Plenum des Reichstags gegen die Fraktion zu stimmen.

Die Konferenz des Parteibeirats blickt vorwärts vom Parteitag in Leipzig strenge Maßnahmen gegen die Disziplinbrecher. Der Parteitag wird ferner ersucht, zu beschließen, daß genau so wie für die Landtagsfraktionen in Preußen auch für die Fraktionen der übrigen Parlamente ein einheitlicher Abstimmungsdruck gelten soll.

Anaberg, Arnstadt, Breslau, Bochum, Drebach, Düsseldorf, Eppendorf, Frankfurt a. M., Langewiesen, Lössau, Ludenwalde, Merzdorf, Neudorf, Pichlenwalde, Niederfriedersdorf, Ratingen, Remse, Salungen, Stolpmünde, Waldenburg, Weichlein beantragen: Die Abstimmung der neun Abgeordneten im Reichstag zu billigen.

Es folgen hierzu die zwei größeren Anträge: **Satzungen.** Bei der Abstimmung zur 2. Rate des Panzerkreuzers B haben sich neun Genossen der Reichstagsfraktion dem Beschluß, Stimmhaltung zu üben, nicht unterworfen. Notwendiger denn je ist die Einheit der Partei und die Einigung in den Gesamtfragen der Parteibewegung. Der Parteitag nimmt jedoch an, daß die neun Genossen eine Parteischädigung keineswegs beabsichtigt haben, sondern aus innerem Verantwortungsbewußtsein und Überzeugung gehandelt haben. Ueber etwaige Ausschlußanträge geht der Parteitag zur Tagesordnung über.

Waldenburg i. Sa. Der Kleinbezirk Waldenburg i. Sa. erklärt sich mit den neun Genossen, welche offen gegen die Bewilligung von Bordwaffen im Reichstag stimmten, solidarisch. Wir begrüßen ihre Rückkehr zu sozialdemokratischen Grundsätzen. Wir erwarten mit Bestimmtheit, daß die Fraktionsmehrheit ihre großen Fehler vor dem Parteitag bekennen möge, damit die Partei wieder aus der nun seit 1914 angetretenen Defensive herauskommt, um endlich zu dem schon längst nötigen Angriff gegenüber der immer frecher werdenden Reaktion zu rufen. Wir halten die Einheit der Partei als oberstes Gebot. Jedoch darf in einer Partei, wo unbeschränkte Meinungsfreiheit besteht, nicht im geringsten der Versuch unternommen werden, die Minderheit mundtot zu machen.

Berlin. Der Verlauf und die Dauer der Weltwirtschaftskrise lassen klar erkennen, daß es sich keineswegs um eine nur vorübergehende wirtschaftliche Depression handelt. Sie ist vielmehr eine jener Krisen, die verschärft und wichtiger wiederkehrend den sozialen und politischen Lebensraum der Arbeiterklasse aller Länder einengt und gänzlich zu vernichten droht. Diese Krisen und die Zustände, die sie hervorgerufen, sind im Rahmen der kapitalistischen Gesellschaftsordnung nicht zu beseitigen und werden von den herrschenden Klassen aller Industrieländer zum Ausbau ihrer Machtstellung benutzt.

Es kann nicht die Aufgabe der Sozialdemokratie sein, unter Hintansetzung der Partei- und Klasseninteressen den Klassencharakter dieses Staates zu verwischen. Der Kampf gegen Faschismus für Demokratie und Republik kann nur als Kampf um die politischen und materiellen Rechte der Arbeiterklasse national und international geführt werden.

Die Beschränkung auf rein parlamentarische Aktionen, auf das ständig wiederkehrende Prinzip des „kleineren Übels“ muß zur Preisgabe sozialistischer Grundsätze und Forderungen führen, ohne der faschistischen Gefahr Einhalt zu gebieten.

So entspricht die Stellung zu wichtigen politischen Fragen, insbesondere zur Wehrfrage (Panzerkreuzer) nicht dem Willen der Parteimitglieder und internationalen sozialistischen Erfordernissen. Abgeordnete, die diesem Willen entsprechend handeln, müssen in Konflikt kommen mit Fraktionsbeschlüssen.

Der Parteitag beschließt daher: Es sind die organisatorischen und politischen Voraussetzungen für eine stärkere Zusammenfassung der außerparlamentarischen Kräfte der Arbeiterklasse zu schaffen. Die Stellung der Fraktion zu wichtigen politischen Fragen muß unmittelbaren Beschlüssen der Parteimitglieder unterliegen.

Der formale Bruch der Fraktionsdisziplin durch die Abgeordneten, die gegen den Bau der Panzerkreuzer stimmten, erfordert feierliche Abhandlung durch irgendwelche organisatorischen Maßnahmen.

Berlin. Der Parteitag steht auf dem Standpunkt der Aufrechterhaltung der Disziplin in allen Körperschaften unter Wahrung der Gewissensfreiheit für parlamentarische Abstimmungen, wonach diejenigen, die einen Beschluß der Fraktion nicht vertreten können, ohne Aufsehen zu erregen, der Abstimmung fernbleiben können.

Der Parteitag mißbilligt die Erklärung des Genossen Schöpflin zur Frage des Panzerkreuzers B und fordert von der Reichstagsfraktion eine entschiedene, klare und zielbewußte Haltung. Erklärungen, wie die zur Panzerkreuzerfrage, sind nicht geeignet, die Parteibewegung zu stärken, sondern tragen vielmehr zu einer Schwächung der Wirksamkeit bei.

Berlin. Die Reichstagsfraktion wird beauftragt, beim nächsten Zusammentritt des Reichstags einen Gesetzentwurf einzubringen, der eine grundsätzliche Festsetzung aller Spitzengehälter der höheren Beamten in Reich, Ländern und Gemeinden sowie bei der Reichsbank und der Reichseisenbahn vorsieht. Richtungsgebend für die Abstufungen der nach unten fallenden Gehälter aller Beamten muß sein, daß die Gehälter des Reichsanwalters, des Reichsbankpräsidenten und des Reichseisenbahnpräsidenten nicht 40 000 Mark übersteigen darf.

Nienburg (Saale). Der Parteitag wolle beschließen, die Reichstagsfraktion zu ersuchen, auf eine Neuordnung der Reichsbesoldungsordnung hinzuwirken mit dem Ziele, die Riefengehälter und Pensionen erheblich zu kürzen. Sie stehen jetzt in keinem Verhältnis zu der Not und wirken erdrosselnd auf die notleidenden Massen.

Anaberg. Die Parteifaktionen sind verpflichtet, überall entschieden gegen die hohen Gehälter, Pensionen und Quittungsgebühren vorzugehen.

Zwickau. Von der Reichstagsfraktion wird ein entschlossenes Vorgehen gegen die hohen Gehälter und Pensionen verlangt. Gehälter über 12 000 Mark und Pensionen über 6000 Mark sollen nicht gezahlt werden.

Köln. Ein Abbau der Gehälter von 600 M. an aufwärts sowie der Pensionen von 400 M. an aufwärts soll vorgenommen werden. Insbesondere ist zu berücksichtigen, daß die ganz hohen Einkommen den heutigen Verhältnissen entsprechend belastet werden.

Heusen. Die Notverordnung des Reichspräsidenten vom 1. Dezember 1930 zur Sicherung von Wirtschaft und Finanzen bestimmt, daß die Höhe der Zuschläge der Gemeinden zu den Steuergrundbeträgen der Gemeindefreier bis zum Jahre 1933 in der für das Jahr 1930 gültigen Höhe zu belassen sind. Die Verordnung steht Abweichungen von dieser Bestimmung nicht vor. Eine solche ist jedoch in vieler Hinsicht geboten. Die strikte Innehaltung der Verordnung in manchen Gemeinden würde zu nicht rechtfertigbaren Härten gegenüber den Bürgersteuerverpflichtigten, vor allem den niedrigst besteuerten Familien führen.

Die Drisgruppe Heusen richtet deshalb an den zu Leipzig stattfindenden Parteitag folgenden Antrag:

Der Parteitag beauftragt die Reichstagsfraktion, unverzüglich Maßnahmen zu treffen, und die Reichsregierung zu veranlassen, in entsprechender Weise die Mißstände, die durch strikte Innehaltung der Notverordnung vom 1. Dezember 1930 eintreten können und auch eingetreten sind, zu beseitigen.

Berlin. Der Parteitag steht in der Methode der Reichsregierung, wichtige Gebiete des politischen und kulturellen Lebens auf dem Wege der Notverordnung zu regeln, eine schwere Gefahr für die demokratische Entwicklung.

Die Verordnung des Reichspräsidenten zur Bekämpfung politischer Ausbreitung, die kurz nach der Verlegung des Reichstags verfaßt wurde, muß wegen ihrer weitgehenden und vieldeutigen Bestimmungen, insbesondere auch wegen ihrer Bevorzugung der Religionsgesellschaften bei dem starken Ansteigen der kulturellen Reaktion zu Mißbräuchen führen und hat bereits heute zu schweren

politischen Mißgriffen und zu schändlicher Handhabung gegen wandernde Jugend geführt.

Der Parteitag fordert daher die Partei und Reichstagsfraktion auf, sich für die Aufhebung dieser Verordnung einzusetzen. Bis zur Aufhebung der Verordnung ist sofort darauf zu drängen, daß der Reichsminister des Innern durch eindeutige Bestimmungen den groben Mißgriffen entgegenwirkt, insbesondere, daß die Freiheitsbewegung und die wandernde Jugend nicht zum Opfer dieser Notverordnung wird.

Schwerin (Mecklenburg). Der Parteivorstand und die Reichstagsfraktion werden beauftragt, bei der Reichsregierung die Aufhebung der Ziffer 3 Abs. 2 des § 1 im ersten Abschnitt der neuen Notverordnung des Reichspräsidenten und der Reichsregierung vom 28. März 1931 mit aller Energie zu erstreben.

Ratzen. Der Parteivorstand wird aufgefordert, die Reichstagsfraktion zu veranlassen, unverzüglich die Einberufung des Reichstags zwecks Aufhebung der Notverordnung zu fordern.

Nachen. Der Parteitag bittet die Reichstagsfraktion, alles daranzusetzen, damit die Notverordnungen soviel wie möglich beschnitten werden zugunsten des schaffenden Volkes.

Rudolfsk. Alle durch die Notverordnungen herbeigeführten Verschlechterungen in der Sozialversicherung sind baldmöglichst wieder zu beseitigen.

Lappersdorf. Die Reichstagsfraktion wird beauftragt, sofort dahin zu wirken, daß die Notverordnung aufgehoben wird.

Duisburg. Die Reichstagsfraktion wird beauftragt, für die schnellste Schaffung eines Ausführgesetzes zum Artikel 48 der Reichsverfassung zu sorgen, um weitere Lebergriffe und Mißbräuche mit dem Artikel 48, besonders durch die jetzige Regierung, vorzubeugen.

Meißen. Es wird gefordert, alles daranzusetzen, daß die Bedrohung der Rechte, insbesondere der Rechte der Dissidenten durch Polizeimaßnahmen verhindert werden.

Die Erhaltung und der weitere Ausbau der Invaliden- und Altersversicherung sind zum Gegenstand besonderer parlamentarischer und außerparlamentarischer Kampfmaßnahmen zu machen. Ziel solcher Maßnahmen muß sein:

1. durch Reichszuschüsse etwa vorhandene Fehlbeträge der Versicherung zu decken, um die bisherigen Leistungen nicht zu gefährden;
2. eine Erweiterung der Leistungen zu ermöglichen, damit über 60 Jahre alten, erwerbslosen Versicherten nach dem Beispiel der Angestelltenversicherung Renten gewährt werden können;
3. eine Herabsetzung der jetzt geltenden Altersgrenze von 65 Jahren zwecks Entlastung des Arbeitsmarktes nachdrücklich zu propagieren.

Zwickau. Die Reichstagsfraktion möchte sich wieder dafür einsetzen, daß die Pensionierung und Inruhestandsetzung mit dem 60. Jahre erfolgt.

Stettin. Die Reichstagsfraktion wird ersucht, dahin zu wirken, daß die Altersgrenze der Invaliden-, Invaliden- und Angestelltenversicherung auf 60 Jahre herabgesetzt wird. Die Unterstützungssätze sind zu erhöhen auf mindestens 100 Mark und ebenfalls die Beiträge auf eine höhere Stufe zu setzen. Um die jüngeren Arbeitergenossen in den Produktionsprozess einzureihen, ist ein Paragraph einzufügen, daß Arbeiter mit dem 60. Lebensjahre aus dem Betriebe ausgeschieden müssen.

Lössau. Die unvermindert anhaltende Wirtschaftskrise und Massenverwerflichkeit macht es erforderlich, die Forderungen der Gewerkschaften und der Partei zur Behebung der Erwerbslosigkeit und des Massenelends mit allem Nachdruck sowohl innerhalb als auch außerhalb des Parlaments in verstärkter Weise zu erheben.

Im Mittelpunkt dieser Forderungen müssen stehen: Unverzügliche Herabsetzung der Altersgrenze für Altersrentner auf mindestens 60 Jahre.

Ausbau der Altersversicherung und der Invalidenversicherung, um diese Herabsetzung der Altersgrenze und die Gewährung ausreichender Rente so rasch als möglich durchzusetzen.

Unterstützung der gewerkschaftlichen Forderungen zur Arbeitsbeschaffung, insbesondere einer wesentlichen Verkürzung der Arbeitszeit für alle Betriebe.

Herabsetzung des Schulalters durch Verlängerung der Schulzeit in den Volksschulen.

Erhaltung und Ausbau der bestehenden sozialen Einrichtungen und der Sozialversicherung.

Dresden. Der Parteitag wolle beschließen, die Reichstagsfraktion zu beauftragen, für die Herabsetzung der Altersgrenze in der Invalidenversicherung von 65 auf 60 Jahre einzutreten.

Frankfurt a. Main. Um der ersichend großen Erwerbslosigkeit von jugendlichen Personen entgegenwirken zu können, wird die Reichstagsfraktion beauftragt, mit allem Nachdruck dafür einzutreten, daß die Altersrente mit dem 60. Lebensjahre gewährt wird und die Invalidenrente allen Personen nicht vorzuenthalten werden, bei denen eine 50prozentige Erwerbsfähigkeit festgestellt wurde.

Harburg. Der Parteitag beauftragt die Reichstagsfraktion zur Behebung der Arbeitslosigkeit mit allen Kräften dafür einzutreten, daß

1. die gesetzliche Arbeitszeit in Zukunft nur noch 40 Stunden in der Woche beträgt;
2. die Altersgrenze in der Invaliden- und Angestelltenversicherung herabgesetzt wird, die Leistungen und die Beiträge aber dementsprechend erhöht werden;
3. die Schulspflicht 9 Jahre beträgt und mit dem vollendeten 7. Lebensjahre beginnt. Die Lehrzeit wird allgemein auf 3 Jahre beschränkt.

Rudolfsk. a) Die Altersgrenze in der Invaliden- und Altersversicherung ist für die Gewährung von Altersrente von 65 auf 60 Jahre herabzusetzen. b) Den Rentneimplängern ist eine zeitgemäße auskömmliche Rente von ungefähr 100 M. monatlich zu gewähren. c) Renten- und Pensionsempfänger dürfen keine festen Arbeitsstellen mehr einnehmen.

Deckungsorschläge: a) Einführung neuer Beitragsklassen in der Invaliden- und Altersversicherung für Verdienste über 42 M. wöchentlich. b) Abbau sämtlicher hohen Gehälter und sonstigen Einkünfte auf höchstens 12 000 M. jährlich. c) Abbau der überhöhten Pensionen und arbeitslosen Einkünfte auf die Höchstgrenze von 5000 M. pro Jahr.

Heusen. Der Parteitag beauftragt die Reichstagsfraktion, dahin zu wirken, daß von den Unfallverletzten, namentlich der Bergarbeiter, die Gebühr für den Krankenschein und die Arznei nicht erhoben wird, ebenso daß die Karenzzeit nicht in Anrechnung gebracht wird.

Köln. Die Reichstagsfraktion wird beauftragt, den von der Regierung beabsichtigten Abbau der Alters-, Invaliden- und Knappschaftsversicherungsrenten auf das Schärfste entgegenzutreten.

Rudolfsk. Die Reichstagsfraktion hat zur Deckung von Küstungsausgaben eine entschädigungslose Abgabe von Aktienbesitz an das Reich zu beantragen. Die Höhe des Prozentsatzes wird der Fraktion überlassen.

Elsteden. Die Fraktionen der Partei im Reich und in den Ländern werden verpflichtet: 1. energisch in der Richtung einer radikalen Säuberung der Reichspost, Reichsfinanzverwaltung und der Justizverwaltungen von staatsfeindlich eingestellten Beamten und Angestellten zu wirken; 2. im Sinne eines entschieden republikanischen Kurses in der Personalpolitik wirksam zu sein, damit der Wille zur republikanischen Selbstbehauptung auch endlich in der Personalpolitik erkennbar werde; 3. mehr als bisher den zuverlässigen und energischen Beamten gegenüber reaktionären Quertreibern und Intriganten den erforderlichen Rückhalt zu bieten; 4. auf eine Ausdehnung der notwendigen Demokratisierung der Verwaltung auf die mittleren und unteren Funktionen staatlicher Verwaltungen hinzuwirken; 5. dem Bemühen entschiedenen Widerstand zu leisten, das in der staatlichen Verwaltung das Kuppelintertum ausschalten will.

Probstzella. Die Reichstagsfraktion wird verpflichtet, ungewöhnlich und energisch für die Bergesellschaftung der Produktionsmittel einzutreten.

Berlin. Die Wirtschaftskrise hat den Kampf des Unternehmertums gegen die Arbeiterklasse verschärft. Um den verbererenden Wirkungen dieser kapitalistischen Krise entgegenzuwirken, hat die

Sozialdemokratie die politische Aufgabe, sich für folgende Forderungen einzusetzen:

1. Sicherung der Arbeitslosenversicherung und energische Abwehr aller Abbaubestrebungen, Entlastung der Gemeinden und Sicherung der Wohlfahrtsunterstützten durch Zusammenfassung der Krisenfürsorge und der Fürsorge für Wohlfahrtsarbeiter.

2. Durchgreifenden Ausbau der Invalidenversicherung; Herabsetzung der Altersgrenze.

3. Wiederherstellung der durch die Notverordnung eingeschränkten Rechte der arbeitenden Klasse auf dem Gebiete der Krankenversicherung; insbesondere Vereinheitlichung der Krankenversicherung.

4. Sicherung und Erhöhung des Rentenanspruchs auf dem Gebiete der Unfallversicherung.

5. Ausbau des Arbeitsrechts.

Stettin. Die Reichstagsfraktion wird ersucht, mit aller Macht dahin zu wirken, daß so schnell wie möglich die Wohlfahrts- und Krisenunterstützung zusammengelegt wird.

Elsteden. 1. Die Reichstagsfraktion der Partei möge die Frage einer Verbesserung des geltenden Wahlsystems positiv und altio behandeln.

2. Das Problem der Wahlreform soll in den Organen der Partei (Zeitungen und Zeitschriften) und in den Mitgliederversammlungen zur freien Diskussion gestellt werden, damit die Partei in der Frage der Wahlreform, die für die Sicherung der Demokratie von großer Bedeutung ist, führend vorgehen kann.

Reuth b. Rastl. Der Reichstagsfraktion wird das volle Vertrauen ausgesprochen, insbesondere für die Staatsberatungen, die eine schlimmere Zukunft für die schaffende Bevölkerung (Kabinettssturz) vermeiden.

Nienburg (Saale). Die Reichstagsfraktion wird ersucht, eine Änderung der Fürsorgepflichtverordnung herbeizuführen. Der Ortsverein Nienburg (Saale) steht auf dem Standpunkt, daß die Fürsorgepflichtverordnung aus dem Jahre 1924 überholt ist. Sie ist reformbedürftig. Aus dem § 9 der Verordnung ergeben sich in der Praxis große Härten. Sie wirken erdrosselnd auf solche Arbeiterfamilien, die man zwingt, für die Leistungen der Bezirksverbände ihr kleines Häuschen zu verpfänden. Die Rückvergütung ist nur dort zu fordern, wo wirkliche Vermögenswerte vorhanden sind. Den Behörden muß unterlagert werden, für die Gewährung von Unterstützungen Sicherheitshypotheken auf solche Grundstücke eintragen zu lassen, die nur den reinen Wohnbedürfnissen der Arbeiterfamilie genügen. In solchen Fällen sind die Unterstützungen, wie bei Unterstützungsempfängern ohne jeden Vermögenswert, à fonds perdu zu leisten.

Lössau. Die Krisenfürsorge ist für die ländlichen Arbeitslosen zu erwirken.

Dremerhaven. Die Reichstagsfraktion wird beauftragt, mit der Regierung in Verbindung zu treten, um zu erreichen, daß die Absehbarkeit der Richter im Interesse des Ansehens der Republik zeitweilig durchzuführen, ermöglicht wird. Die Unabhängigkeit der Richter darf nicht dazu ausarten, das Ansehen der Republik und des Staates zu untergraben.

Frankfurt a. M. Dem Reichstag ist durch die Fraktion folgender Antrag zu unterbreiten:

Die Reichsregierung wird ersucht, gemäß dem Antrag der SPD, vom 27. Dezember 1930 umgehend den gewünschten Gesetzentwurf betr. Doppelverdiener dem Reichstag vorzulegen.

Frankfurt a. M. Da der Lohnabbau auf der ganzen Linie durchgeführt wird, der Preisabbau aber nur in ungenügender Maße erfolgt ist, wird von der Reichstagsfraktion erwartet, daß sie sich energisch dafür einsetzt, daß die für die Arbeiterklasse viel zu hohe gefällige Miete ebenfalls abgebaut wird. Daß nicht nur der Staat, sondern auch der Hausbesitzer von seinem Gewinn einen entsprechenden Anteil am Abbau tragen muß.

Frankfurt a. M. Die Reichstagsfraktion wird beauftragt, dafür einzutreten, daß sich die Sparmaßnahmen nicht auf die nicht-beamteten Angestellten auswirken, die vielfach restlos entlassen werden.

Berlin. Die Reichstagsfraktion muß auf die schnellste Ratifizierung des deutsch-polnischen Handelsvertrages drängen und auf die Niederbrechung der Zollmauern tatkraftig hinwirken.

Schmalldeden. Die Reichstagsfraktion wird aufgefordert, mit der Vorlegung eines entsprechenden Gesetzentwurfes eine Aktion für die längst fällige Reichsreform im Parlament durchzuführen.

Köln. Der Parteitag wolle die amtlichen Stellen und die Öffentlichkeit erneut mit aller Eindringlichkeit auf die unheilvollen Auswirkungen des maßlos übertriebenen „Beredigungswesens“ aufmerksam machen und die Parteifaktionen in Reich, Ländern und Gemeinden anhalten, daß sie durch Parlamentsbeschlüsse für die Einschränkung bzw. Abschaffung der Berechtigungen sorgen.

Breslau. Die parlamentarischen Fraktionen und im Amt befindlichen parteigenösslichen Minister der Länder werden ersucht, darauf hinzuwirken, daß die Prügelstrafe in den Volksschulen dort, wo sie noch zugelassen ist, abgeschafft wird. Bis zur Erreichung dieses Zieles ist in den Schulen und Schulverwaltungen die Anwendung der körperlichen Züchtigung von allen parteigenösslichen Lehrern und Beamten auszumerken.

Reuth. Die Reichstagsfraktion wird ersucht, im Reichstag den Antrag zu stellen, daß in Zukunft den Reichstagsabgeordneten, die aus unberechtigten Gründen die Sitzungen auf längere Zeit veräumen, die Diäten entzogen werden.

Röhlingshausen. Angesichts der wachsenden Unversitätsreaktion und der von unseren Abgeordneten immer wieder beanstandeten Einseitigkeit der Notgemeinschaft deutscher Wissenschaft begründet die SPD. eine bessere Notgemeinschaft sozialistischer Wissenschaft, die solchen Forschern Erforschungsmöglichkeiten verschaffen soll, die speziell für den sozialistischen Aufbau wichtige Arbeit leisten, für welche beim heutigen Staat noch kein Interesse vorhanden ist.

Stettin. In Preußen und in den anderen deutschen Ländern ist bei den zuständigen Kultusministern auf eine Erleichterung bei der Anstellung disziplinärer Lehrer hinzuwirken.

Duisburg. Der Parteitag unterstreicht in Ergänzung des Kieler Beschlusses die dort ausgesprochene Verpflichtung für die Mitglieder der Partei, die im schulpolitischen Kampf der Arbeiterklasse erlangenen weltlichen Schulen nach Kräften zu unterstützen und zu fördern.

Angesichts der fortschreitenden kulturpolitischen Reaktion, die bis heute eine gefehliche Sicherung der weltlichen Schulen verhindern konnte, angesichts der Tatsache, daß sich der konzentrierte Kampf der bürgerlichen Parteien gegen die Entwicklungsmöglichkeiten der weltlichen Schule richtet, und nicht zuletzt angesichts der von der kommunistischen Partei inzwischen eingenommenen offenen gegenständlichen Haltung gegen die weltlichen Schulen, erwächst den Mitgliedern der Partei die doppelte Verpflichtung, die weltlichen Schulen durch Einkulung ihrer Kinder in ihrer Entwicklung zu fördern und durch Zugehörigkeit zum Bunde der freien Schulgesellschaften Deutschlands den Kampf für die weltlichen Schulen altio zu fördern.

Harburg. Bei der heutigen schulpolitischen Lage in Preußen kann für die Sozialdemokratische Partei bei der Umwandlung der bestehenden Volksschulreformen nur die Form der weltlichen Schule in Frage kommen.

Heusen. Der Parteitag wird ersucht, zur Minderheitenfrage Stellung zu nehmen und geeignete Maßnahmen zu beschließen, bzw. dafür Aktlinien zu geben.

Berlin. Die Reichstagsfraktion wird beauftragt, sich mit allen ihr zu Gebote stehenden Mitteln für die Abschaffung des Paragraphen 218 einzusetzen.

Die Reichstagsfraktion wird aufgefordert, im Reichstag zu beantragen, den §§ 253, 254 des Strafgesetzbuchs folgende Fassung zu geben:

§ 253.

Eine Schwangere, die vorsätzlich ihre Frucht im Mutterleib oder durch Abtreibung tötet oder die Tötung durch einen anderen zuläßt, wird mit Gefängnis bis zu sechs Monaten bestraft. Bei mildernden Umständen ist an Stelle einer verurteilten Freiheitsstrafe auf Geldstrafe bis zu 3 Mark herab zu erkennen.

Ein anderer, der eine Frucht im Mutterleib oder durch Abtreibung tötet, wird mit Gefängnis bis zu einem Jahr bestraft.
Der Versuch ist strafbar. Kann ein Versuch schon wegen der Art des vom Täter gewählten Mittels oder wegen Nichtvorliegen der Schwangerschaft überhaupt nicht zur Vollendung führen, so ist er straflos.
In besonders leichten Fällen kann das Gericht von Strafe absehen.
Die Strafbarkeit der in Absatz 1 bis 3 mit Strafe bedrohten Handlungen verjährt in einem Jahr.
Wer die in Absatz 2 bezeichnete Tat ohne Einwilligung der Schwangeren oder gewerdmäßig begeht, wird mit Zuchthaus bestraft.
Die Handlungen bleiben straflos, wenn sie mit Einwilligung der Schwangeren von einem approbierten Arzt innerhalb der ersten drei Monate der Schwangerschaft vorgenommen worden sind.

§ 254.

Eine Abtreibung im Sinne dieses Gesetzes liegt nicht vor, wenn ein Arzt eine Schwangerschaft unterbricht, weil es nach den Regeln der ärztlichen Kunst zur Abwendung einer Gefahr für das Leben oder die Gesundheit der Mutter erforderlich ist, oder weil es nach den Regeln der ärztlichen Kunst notwendig ist, um die Geburt eines kranken oder geistig minderwertigen Kindes zu verhindern, oder weil es notwendig ist, um einen schweren wirtschaftlichen Notstand für das zu erwartende Kind oder für bereits vorhandene Kinder vorzubeugen, oder wenn die Schwangerschaft bei Verübung von Nötzucht, Schändung, Blutschande oder Unzucht mit Kindern eingetreten ist.
Eine Tötung im Sinne dieses Gesetzes liegt nicht vor, wenn ein Arzt aus gleichem Grunde ein in der Geburt begriffenes Kind tötet.

Niederlehme. Auf Grund des auf dem Parteitag in Heidelberg angenommenen Aktionsprogramms der Partei erwartet der heutige Parteitag in Leipzig die recht baldige Verabschiedung der Gesetze durch den Reichstag gemäß den Anträgen von Dr. Breitscheid und Genossen Nr. 492, 493, 494 über die Aenderung der Vorschriften des Bürgerlichen Gesetzbuchs über Ehescheidung, die Rechtstellung der Frau gemäß § 119 der Reichsverfassung, die Rechtstellung des außer-ehelichen Kindes und Aenderung des § 218 StGB.

Die vom Reichstag an den Rechtsausschuss überwiesenen Anträge (S. Seite 2003 des Berichts über die 51. Sitzung vom 25. März 1931) sind bereits vor Neuzusammentritt des Reichstags so rechtzeitig im Rechtsausschuss zu beraten, damit im Plenum eine schnelle Verabschiedung vorgenommen werden kann.

Duisburg. Der Parteitag beauftragt die Reichstagsfraktion, mit aller Macht die Befreiung des § 218 zu erstreben. Der Parteitag fordert von allen Organen der Sozialdemokratischen Partei den Kampf gegen diesen menschenunwürdigen Paragraphen durch weitest gehende Aufklärung und Propaganda zu unterstützen. Der Parteitag spricht allen Kämpfern gegen diesen Paragraphen seine vollste Sympathie aus.

Rudolstadt. Der § 218 des Reichsstrafgesetzbuchs ist in seiner jetzigen Fassung gänzlich zu beseitigen.

Breslau. Die Reichstagsfraktion wird ersucht, bei Zusammentritt des Reichstags einen Antrag, der die Amnestie für die Opfer des § 218 fordert, einzubringen.

Eine Schwangerschaftsunterbrechung, die von einem approbierten Arzt nach den Regeln der ärztlichen Kunst vorgenommen wird zur Abwendung eines körperlichen, seelischen oder sozialen Notstandes, wird nicht bestraft.

Hamburg. Die bestehende Wirtschaftskrise hat die Fragen der Bevölkerungs-, der Geburten-, der Sexualhygiene und der Frauenarbeit in den Brennpunkt des Interesses der Öffentlichkeit, vor allem aber der Arbeiterklasse, gestellt. Die bisherige gesetzliche Regelung dieser Fragen ist unhaltbar.

Parteiorgan und Reichstagsfraktion werden daher beauftragt, die Stellung der Partei zu den einschlägigen Bestimmungen des Strafgesetzbuchs baldmöglichst zu klären und im Reichstag und in der Öffentlichkeit einheitlich zu vertreten.

Breslau. Der Verbrauch alkoholischer Getränke ist in den letzten Jahren trotz ständiger Lebenshaltung breiter Massen nicht zurückgegangen. Die Alkoholindustrie ist nach wie vor in der Lage, unversättigte Diabenden auszuschlütten zu können. Der Kampf gegen Alkohol und Trinksitte ist eine wesentliche Aufgabe des Klassenkampfes der Arbeiterklasse, der die Parteiorganisation und die Presse ihre größte Aufmerksamkeit zu widmen haben.

Bodwa (Bez. Juidau). Ueber die bisherige Politik der Reichstagsfraktion ist eine Urabstimmung der Mitglieder durchzuführen.

Berlin. Der Bezirksparteitag ersucht die Abgeordneten des Reichstags, dahin zu wirken, daß der den Arbeitlosen usw. gewährte Erlaß der Krankenschein- und Arzneigebühr auch auf die Familienversicherung und Kurzarbeiter ausgedehnt wird.

Satzungen. In allen Orten, in denen Parteigruppen und Ortsauslässe des ADGB bestehen, sind Beratungsstellen für Erwerbslose einzurichten.

Magdeburg. Der Bezirksparteitag lenkt die Aufmerksamkeit der Reichstagsfraktion auf die Tatsache, daß in Magdeburg ebenso wie in einer Reihe von anderen Städten eine Verteuerung des Brotpreises eingetreten ist. Die Broterzeugung steht im schärfsten Widerspruch zu den politischen Versprechungen, die die Reichsregierung bei der Verabschiedung des letzten Zollgesetzes abgegeben hat. Sie steht auch im Widerspruch zu den klaren Bestimmungen des Gesetzes selber, nach dem die Regierung verpflichtet ist, eine Brotpreissteigerung mit allen ihr zur Verfügung stehenden Mitteln zu verhindern. Der Bezirksparteitag ersucht daher die Reichstagsfraktion, ihren ganzen Einfluß aufzubringen, damit die Erhöhung des Brotpreises umgehend wieder rückgängig gemacht wird und dem arbeitenden Volke eine Verteuerung ferngehalten wird, die angesichts der ungeheuren Arbeitslosigkeit und angesichts des umfangreichen Lohn- und Gehaltsabbaues völlig unerträglich ist.

Magdeburg. Der Parteitag wolle eine Kommission einsetzen, die einen Gesetzentwurf an den Reichstag vorzubereiten hat, in dem die Vereinheitlichung des gesamten Sozialversicherungswesens gefordert wird. Es wird ein Versicherungsträger geschaffen, der umfaßt die gesamte Kranken-, Knappschafts-, Alters- und Invalidenversicherung sowie Unfall-, Angestellten- und Arbeitslosenversicherung. Durch die Zusammenfassung wird eine Vereinfachung und Verbilligung der Verwaltung und der Rechtsprechung erzielt.

Magdeburg. Die Partei möge mit größerem Interesse als in letzter Zeit sich für die Befreiung des § 218 des Strafgesetzbuchs einsetzen.

Magdeburg. Der Bezirksparteitag nimmt Kenntnis davon, daß auf Grund einer Verordnung vom 28. März 1931 die Judenindustrie zu einer Zwangsorganisation zusammengefaßt wird. Er vermißt zunächst in der Verordnung die Voraussetzung zur Wahl einer Vertretung der Arbeiterschaft. Besonders aber wird vermißt die Vorschrift zur Entschädigung der durch Zusammenlegung von Betrieben brotlos gewordenen Arbeiterschaft, da für die Aktionäre der Betriebe gesorgt ist, dadurch, daß sie entweder ihre Lieferungsanteile übertragen, oder ihre Aktien austauschen können. Der Bezirksparteitag erwartet deshalb, daß dem vom Verband der Fabrikarbeiter Deutschlands gestellten Antrage, daß die zur Entlassung kommenden Arbeiter genau so wie in der Rüstungs- und Rüstungsindustrie entschädigt werden, entsprochen wird. Er erwartet, daß die Reichstagsfraktion einen entsprechenden Gesetzentwurf einbringt.

Bericht des Parteivorstandes.

Berlin. Der Parteitag ersucht den Parteivorstand, auf die Republikanisierung der Verwaltung und Justiz sein besonderes Augenmerk zu richten.

Berlin. Es ist mit allem Nachdruck an unsere besoldeten Vertreter in den Gemeinden — Staat — und Reichsämtern zu appellieren, in ihrer Tätigkeit eine konsequente Personalpolitik zu treiben, um den Kontakt nicht mit den ihnen unterstellten Arbeitern, Angestellten und Beamten sowie mit der Partei zu verlieren.

Solthausen. Im Interesse der Arbeiterschaft ist es wichtig, daß die Parteileitung die Diskussion über die bisher stark vernachlässigten

Fragen der Geldpolitik innerhalb der Partei auf breiter Grundlage ausrollt und baldmöglichst zu einer Klärung bringt, die im Interesse der Arbeiterklasse liegt.

Teiberg. Der Parteitag beauftragt die Parteileitung, die Frage der Geldpolitik durch vorbehaltlose Sachverständige so klären zu lassen, daß dem nächsten Parteitag Richtlinien für eine Geldpolitik vorgelegt werden können, die im Interesse der Arbeiterklasse liegt.
Kaiserslautern. Der Parteivorstand wird ersucht, sich mit der Währungs- und Kreditpolitik eingehend zu befassen. Dieses Problem wird heute international und auch in den Reihen unserer Parteigenossen lebhaft diskutiert. Es erscheint daher angebracht, daß die SPD. in dieser volkswirtschaftlich außerordentlich wichtigen Frage möglichst bald zu einer der Aktivität der Partei dienenden klaren und eindeutigen Stellungnahme kommt.

Schmöln. Die Parteileitung soll — im Einklang mit den Beschlüssen des Internationalen Gewerkschaftskongresses in Stockholm — den wirtschaftsschädigenden Preisabbau, der durch die internationale Goldauswertung bedingt ist, aufs schärfste bekämpfen. Da die Währungs- und Kreditpolitik wegen ihrer engen Zusammenhänge mit dem Konjunkturverlauf von größter Wichtigkeit für die Arbeiterklasse ist, ist vom sozialistischen Standpunkt aus die Forderung aufzustellen, daß die nationalen Notenbanken zur Erhaltung der Beschäftigungsmöglichkeit das Preisniveau ohne Rücksicht auf die Wechselkurse zu stabilisieren haben.

Gera. In Übereinstimmung mit der Praxis einer Reihe großer ausländischer Bruderparteien wird für die Kinderarbeit, entsprechend ihrer Stärke, das Recht der Vertretung in allen zentralen Parteikörperschaften gefordert.

Hamburg. Die Parteibildungsarbeit erfordert immer zwingender einen planvolleren Aufbau und eine klare Durchgliederung. Die bisherigen unterrichtlichen Einrichtungen des Reichsbildungsausschusses sind immer noch ungenügend.

Der Parteivorstand wird daher beauftragt, eine Reichsschule zu schaffen.

Delmenhorst. Die Parteizentralinstanzen bzw. der nächste Parteitag sollen dahin wirken, daß aus Parteimitte ein Bildungsfonds geschaffen wird, aus dem begabten Kindern und Jugendlichen minderbemittelter Parteimitglieder die Gelder zu einer akademischen Ausbildung gewährt werden kann.

Berlin. Im Aktionsprogramm der Partei ist unter dem Punkt „Sozialpolitik“ gefordert: Vereinheitlichung der sozialen Versicherung. Demzufolge ist die Forderung von Erkrankenrenten als eine Befähigung einer einheitlichen Krankenversicherung anzusehen. Die Propaganda für Erkrankenrenten ist in allen parteioffiziellen Zeitschriften usw. im Text oder als Reklame zu unterlassen.

Berlin. Genossen, die in hohen Verwaltungsstellen des Reichs, der deutschen Freistaaten und in den Gemeinden verantwortliche Posten bekleiden, sollen in der Regel nicht mit einem Mandat zum Reichstag oder Landtag beauftragt werden.

Die Durchführung dieses Beschlusses ist in der schwierigen politischen Situation zur Erhaltung und zum Ausbau der Demokratie sachlich notwendig. Doppelmandate (Reichs- und Landtag) sind nicht mehr zuzulassen.

Redwitz. Genossen über 60 Jahre dürfen bei Wahlen zu Reichs- und Landesparlamenten nicht mehr kandidieren.

Juidau-Plauen. Rechtsschutz kann nur bewilligt werden für Parteimitglieder, die in unmittelbarer Tätigkeit für die Partei und in derselben unerschuldet mit den Strafgesetzen in Konflikt kommen. Ist ein solcher Fall eingetreten, so ist er unverzüglich dem zuständigen Ortsvereinsvorstand und von diesem dem Bezirksvorstand zu melden, der dann über die erforderlichen Maßnahmen beschließt.

Die daraus entstehenden Aufwendungen werden vom Parteivorstand getragen.

Dresden. Der Reichsparteitag beauftragt den Parteivorstand, mit befreundeten Arbeiterorganisationen Stellung zu nehmen gegen die Ueberorganisation in der Arbeiterbewegung.

Frankfurt a. M. Die Entschädigung für Referenten, die sich in gehobenen Stellungen befinden, ist auf die persönlichen Ausgaben zu beschränken.

Berlin. Der Reichsparteitag wolle beschließen: Die Mitgliedschaft und Mitwirkung unserer Genossinnen in bürgerlichen (sogen. neutralen) Frauenorganisationen, die sich politisch betätigen, ist nicht gestattet. Als solche politischen Organisationen sind besonders anzusehen: der Staatsbürgerinnenverband und die Frauensliga für Frieden und Freiheit. Dagegen soll es Genossinnen freistehen, Organisationen, die sich Sonderaufgaben widmen und sofern ihr Wirken unseren sozialistischen Grundgedanken nicht entgegensteht, anzugehören, in ihrem Rahmen mitzuwirken oder bei Kundgebungen oder Veranlassungen den sozialistischen Standpunkt in einer Spezialfrage zu vertreten.

Berlin. Die Mitgliedschaft in bürgerlichen Turn- und Sportorganisationen ist unvereinbar mit der Mitgliedschaft in der Sozialdemokratischen Partei. Für die Mitglieder der SPD. kommen nur die der Zentralkommission für Arbeiterport- und Körperpflege angeschlossenen Organisationen in Frage. Die Parteigenossen werden aufgefordert, sich nur diesen Arbeiterportorganisationen anzuschließen und alle gegnerischen Sportvereine rücksichtslos zu bekämpfen.

Gera. Beim Parteivorstand wird eine Stelle errichtet, die die wissenschaftliche Arbeit über die Fragen des lebendigen Sozialismus planmäßig organisiert, damit sowohl die weitere Herausgabe der kleinen Werkschriften als auch vor allem die Klärung der theoretischen Streitfragen und der Wandlungen des Kapitalismus in größeren Arbeiten gefördert werden kann.

Salsfeld. Die Beilage zur Parteipresse „Der Arbeitslose“ soll nicht mehr mit der Parteivresse erscheinen, sondern regelmäßig und unentgeltlich denjenigen Ortsvereinen, in deren Ort eine Auswahlstelle für Erwerbslose besteht, zugestellt und unter die Arbeitslosen verteilt werden.

Chemnitz. Vor wichtigen Entscheidungen der Reichstagsfraktion, wie z. B. in der Bankerkrisefrage, ist der Parteivorstand verpflichtet, eine Urabstimmung durch die gesamte Mitgliedschaft vorzunehmen zu lassen.

Hamburg. Der schwebende Gang der Verhandlungen über den Wöhrbund und die Abrüstung rückt die Gefahr freierlicher Auseinandersetzungen wieder in bedrohliche Nähe. Deutschland hat ein Recht darauf, daß die Abrüstungen in allen Ländern gleichmäßig vorgenommen werden, um diese Gefahr zu bannen.

Der Parteitag ersucht daher den Parteivorstand und die Reichstagsfraktion, durch Verhandlungen mit der Sozialistischen Internationale und den interparlamentarischen Körperschaften die Abrüstungsverhandlungen 1932 so zu fördern, daß ein Erfolg erzielt wird.

Hamburg. Auf die Tagesordnung des nächsten Parteitages ist als besonderer Tagesordnungspunkt zu setzen: „Die deutsche Reichsreform“. Der Bericht der vom Kaiser Parteitags einselektierten Kommission ist baldmöglichst den Parteioptionen zugänglich zu machen.

Probstzella. Der Parteitag wolle beschließen: Der Parteivorstand wird beauftragt, kurzgehaltene Programmpunkte an die Wählermassen herauszugeben, in denen aufgesetzt wird, welche Maßnahmen die Sozialdemokratie — an die Macht gekommen — zur Bekämpfung der Not der breiten Massen ergreifen wird.

Weißfels. Sportvereine und Kulturvereine sind zunächst in zwei große Gruppen zusammenzufassen. Auch für Gemischten und Partei müßte sich eine Rationalisierung möglich machen lassen. Die vielen Auswärtigen sind in zwei große Gruppen (Sport- und Kulturvereine) zusammenzufassen.

Leipzig. Der Parteivorstand wird beauftragt, eine große illustrierte Zeitung, welche zum Massenvertrieb geeignet ist, herauszugeben.

Essen. Die von der Partei herausgegebenen Zeitschriften „Der Wahre Jacob“, „Die Frauenwelt“, „Kinderland“, „Volk und Zeit“ werden zu einer Tagesbeilage zusammengefaßt, welche alle acht Tage erscheint und nicht mehr wie 20 Pf. pro Exemplar kosten darf. Der Umfang soll 16 Seiten pro Nummer nicht übersteigen. Die Parteidruckerei, welche bisher „Volk und Zeit“ gedruckt haben, werden mit der Herstellung beauftragt. Format Großquart.

Bodum-Hödel. Alle Funktionäre sowie die Parteimitgliedschaft

selbst, welche Mitglieder eines bürgerlichen Sportvereins sind und Sport betreiben, können und dürfen keine Funktionen in der Partei ausüben, wenn sie nicht die Mitgliedschaft im Arbeiter-Turn- und Sportbund erwerben an dem Orte, an welchem sich ein Arbeiter-Sportverein befindet.

Teupermoor. Der Parteivorstand wird beauftragt, eine landwirtschaftliche Wochenzeitung herauszugeben; für die Parteipresse müßte eine landwirtschaftliche Beilage geschaffen werden.

Hlabenburg (Oberschl.). Der Parteitag verweist auf die schwierigen Grenz- und wirtschaftspolitischen Fragen an der deutschen Ostgrenze. Erörterungen der Grenzfragen, der noch nicht beendigte Zollkampf mit Polen, Streitigkeiten über den Minderheitenschutz beunruhigen fortgesetzt die Grenzbevölkerung. Der Parteitag beauftragt den Parteivorstand sowie die Reichstagsfraktion, den Ostfragen dauernde größte Aufmerksamkeit zu widmen und unter Hinzuziehung der preussischen Landtagsfraktion eine innerparteiliche Ostkommission zu bilden, welche die Ostfragen besonders zu bearbeiten hat.

Oppeln. Jedes Parteimitglied soll seine zuständige Parteizeitung abonnieren. Bei Neuaufnahmen ist das neue Mitglied zum Abonnement der Parteizeitung anzuhalten.

Oppeln. Der bereits international gewordene Gruß „Freundschaft“ ist zum offiziellen Gruß aller Parteimitglieder bei allen Gelegenheiten zu erheben.

Erfurt. Der von den Parteigeschäften an den Parteivorstand und an die Konzentration N.-O. abzuhührende Werbebeitrag in Höhe von 2 Proz. vom Umsatz kommt in Fortfall. Als Werbebeitrag werden künftig von den Parteigeschäften 20 Proz. des Reingewinns erhoben.

Schmalldeden. Der Werbebeitrag der Parteigeschäfte soll sich künftig nach deren Reingewinn richten.

Niederwinkeln bei Waldburg. Die den Parteigrundlagen zuwiderlaufenden Worte „Religion ist Privatsache“ sind aus dem Programm zu streichen und dafür der Satz einzufügen: Jeder in der Partei an führender Stelle stehender Genosse oder Genossin kann nicht Mitglied der Kirche oder einer Sekte sein. Kirchenaustritt ist Bedingung. Allen Mitgliedern der Partei wird empfohlen, der Kirche den Rücken zu kehren, denn ein Sozialist kann eben nicht Christ sein.

Altona. Bei der Aufstellung von parteigenössischen politischen Beamten zu Parlamentskandidaten haben Ortsvereine und Bezirke in jedem Falle besonders sorgsam zu prüfen, ob eine solche Kandidatur mit den amtlichen Aufgaben des betreffenden Genossen zu vereinbaren ist. Ob dies zutrifft, kann jedoch nur von Fall zu Fall nach den lokalen Verhältnissen entschieden werden.

Magdeburg. Um den Einheitsstaat Deutschland durchzuführen, haben unsere Genossen in den Einzelländern, in denen die Partei allein oder mit Zustimmung anderer Parteien die entscheidende Mehrheit hat, entsprechende Anträge zu stellen und zu beschließen. Als ein Weg zum Einheitsstaat wird der Anschluß der Länder an Preußen betrachtet, die territorial mit Preußen im Gemenge liegen und mit Preußen eine Einheitlichkeit darstellen würden. Als Beispiele: Anhalt, Braunschweig, Mecklenburg usw. Der Parteitag legt eine Kommission ein, die Richtlinien ausarbeitet. Diese Richtlinien sind für die beauftragten Parteigenossen bei ihren Entscheidungen bindend.

Magdeburg. Der Bezirksparteitag Magdeburg bitte den Parteivorstand, eine Bauernzeitung herauszugeben. Breite Kreise der Bauernschaft haben zum Reichslandbund das Vertrauen verloren, da die Politik dieses Verbandes offensichtlich vom Großgrundbesitz bestimmt wird. Die Partei ist verpflichtet, die Kleinbauern und kleinen Pächter mit den Zielen der Partei bekanntzumachen und die „Laten“ des Reichslandbundes aufzuzeigen. Unsere Parteipresse kommt an diese Schichten nicht heran; es muß ein Blatt sein, welches auf die Verhältnisse dieser bäuerlichen Menschen eingehen kann.

Waldburg i. S. Der Reichsparteitag wird ersucht, bei der Wahl des Parteivorstandes auf Grund der Mitgliederzahl in Sachen prozentual auch sächsische Genossen in den Reichsparteivorstand zu wählen.

Gohwilk. Die Parteileitung soll eine ihrer Stärke entsprechende Vertretung in den zentralen Parteinstanzen, vor allem im Parteivorstand, bekommen.

Zum Organisationsstatut.

Hamburg. Das Organisationsstatut (Parteiämter) wird wie folgt geändert:

§ 5 Abs. 2: Zu einem Vertrauensamt der Ortsvereine und Unterbezirksverbände darf nur gewählt werden, wer nach § 2 des Statuts seit mindestens zwei Jahren endgültig Mitglied der Partei ist.

Hannover. Die Absätze 2 und 3 des § 5 unseres Organisationsstatuts erhalten folgende Fassung:

Zu einem Vertrauensamt der Ortsvereine und Unterbezirksverbände darf nur gewählt werden, wer nach § 2 seit mindestens 2 Jahren endgültig Mitglied der Partei ist.

Zu Mitgliedern des Bezirks- und Parteivorstandes sowie der Kontrollkommission und als Kandidaten zu den Gemeinde-, Bezirks- oder Provinzialvertretungen für Landtag und Reichstag kann nur vorgeschlagen werden, wer mindestens 4 Jahre der Partei angehört. Das gleiche gilt für die Delegationen zu den Bezirks-tagungen, dem Parteitag und internationalen Kongressen.

Frankfurt am Main. Das Statut zu ändern: § 6 Abs. 3 soll lauten: Die Wahlvorschlüge für Reichs- und Landtag werden von den Mitgliedern der Unterbezirksorganisationen durch Urwahl festgestellt, von der Bezirksleitung zusammengefaßt und vom Bezirksparteitag beschlossen.

Barmen. § 8 Abs. 1 des Statuts ist dahin zu ändern: Die Höhe der Wochenbeiträge wird für jeden Bezirk vom Bezirksparteitag nach Maßgabe der wirtschaftlichen Verhältnisse für die einzelnen Unterbezirke und Ortsvereine festgesetzt.

Frankfurt am Main. Abs. 2 und 3 des § 8 des Statuts sind zu streichen.

Frankfurt am Main. Abs. 4 des § 8 des Statuts soll lauten: Mitgliedern der Jugendorganisationen, inmalen und erwerbslosen Mitgliedern kann auf Antrag durch den Ortsverein Beitragsermäßigung gewährt werden.

Frankfurt am Main. Das Statut zu ändern: § 34 Abs. 3 soll lauten: Eine Abweichung von der letzten Bestimmung ist nur dann zulässig, wenn mindestens drei Viertel der anwesenden stimmberechtigten Vertreter auf einem Parteitag sich für die Abweichung entscheiden.

Frankfurt am Main. Der im § 28 Abs. 8 des Organisationsstatuts enthaltene letzte Satz:

Rur der Parteitag kann auf Antrag des Ausschlossenen diesen Beschluß aufheben, wird aufgehoben. Der § 28 Abs. 8 wird in der Form ergänzt, daß auch für die hier angeführten Ausschlußgründe einem partiellisch zusammengesetzten Parteischiedsgericht die Entscheidung überlassen bleibt.

Frankfurt am Main und Wiesbaden. Der § 8 Abs. 1 erhält folgende Fassung:

Die Höhe der Wochenbeiträge wird für jeden Bezirk von dem Bezirksparteitag (Bezirkskonferenz) festgesetzt. Die Bezirksleitung (Bezirksparlament) hat das Recht, für einzelne Ortsvereine die Beiträge je nach Maßgabe der wirtschaftlichen Verhältnisse zu regeln usw. (Fassung wie bisher).

Schmöln. Angesichts der schwierigen wirtschaftlichen Lage beantragt der Ortsverein Schmöln eine Herabsetzung der Parteibeiträge.

KAFFEE HAG

letzt nur noch RM 0.81 das kleine Paket
RM 1.62 das große Paket
RM 1.71 die Vakuumdose

Bremen. Anhalt der bisherigen Wochenbeiträge wird künftig ein Halbmonatsbeitrag festgesetzt, der den Beitrag für die Internationale einschließt.

Delmenhorst. Frauen von Parteigenossen mit einem geringen Monatsbeitrag (monatlich 20 Pf.) können als Mitglieder aufgenommen werden.

Amberg. Der Parteitag wolle beschließen, daß die Mindestbeiträge für männliche Mitglieder auf 10 Pf. und für Frauen auf 5 Pf. pro Woche herabgesetzt werden.

Barthshausen. Neben den gültigen Wochenmarken sind Invalidenmarken zum Werte von 10 Pf. einzuführen.

Lüneburg. Die Ehefrauen eingeschriebener Mitglieder der Sozialdemokratischen Partei sind auf Antrag, ohne Kürzung ihrer Rechte, von den Pflichtbeiträgen zu befreien.

Dömitz (Meckl.). Der Parteivorstand wird ersucht, ohne Beitragserhöhung eine Sierbeunterstützung von 25 M. bis 40 M. einzuführen, die beim Ableben eines Mitgliedes, das 3 Jahre der Partei angehört hat, zu zahlen ist.

Dömitz (Meckl.). Die Sonderbeiträge werden nicht mehr durch den Bezirk, sondern durch die Ortsvereine eincolliert.

Stettin. Die Genossen, die ein Einkommen von 300 M. monatlich und mehr haben, haben den Verdienst vom 1. Mai an die Ortsparteiliste abzuführen.

Kleindemba. Alle Genossen die durch die Partei in hohe Stellungen aufgeführt sind, haben den überschüssigen Betrag ihres Gehaltes von 2000 M. an die Partei abzugeben.

München. Der Parteivorstand wird beauftragt:

1. Verhandlungen einzuleiten, um die zwischen dem Parteivorstand und dem Bundesvorstand des ADGB. getroffene Vereinbarung vom Oktober 1930 über die Unterstützung der ausgesetzten arbeitslosen Gewerkschaftsmitglieder durch Erhebung eines Sonderbeitrages der Angestellten der Arbeiterbewegung sinngemäß auch durch den A.F.-Bund und ADGB. zur Anwendung zu bringen.
2. In eine Prüfung mit den freigewerkschaftlichen Spitzenorganisationen einzutreten, um eine angemessene Erhöhung der Sonderbeiträge gegenüber den bestehenden Sätzen zu vereinbaren und eine möglichst umfassende Durchführung der Vereinbarung im einzelnen zu sichern.
3. Vierteljährlich eine Gesamtabrechnung über die geleisteten Sonderbeiträge mit den freigewerkschaftlichen Spitzenverbänden zu vereinbaren und zu veröffentlichen.

Chemnitz. Die bisher erhobenen Jahresbeiträge sind wie folgt festzusetzen:

bis 600 M.	25 M.
bis 700 M.	50 M.
bis 800 M.	75 M.
bis 900 M.	100 M.
bis 1000 M.	150 M.

Berdienste über 1000 M. sind restlos an die Partei abzuführen. Die aus dieser Maßnahme hereinkommenden Mittel sollen in einem besonderen Fonds angeammelt werden, um aus ihm die Agitation der leistungsschwachen Ländersgruppen zu finanzieren.

Hamburg-Stade. In Abänderung der auf dem Magdeburger Parteitag geschaffenen bezirklichen Regelungen, die zu Unzutraglichkeiten geführt haben, werden für das Reich einheitlich als besondere Kampfbeiträge erhoben bei einem monatlichen Bruttoeinkommen von:

500 bis 600 M.	1/2 Proz. = 2,50 bis 3,— M.
601 bis 800	1 — = 6,— 8,—
801 bis 1000	1 1/2 — = 12,— 15,—
1001 bis 1200	2 — = 20,— 24,—
1201 bis 1400	3 — = 36,— 42,—
1401 bis 1600	4 — = 56,— 64,—
1601 bis 1800	5 — = 80,— 90,—
1801 und darüber	6 — = 108,— und darüber.

Diese Beiträge sind Pflichtbeiträge.

Delmenhorst. Der Parteitag beauftragt den Parteivorstand, ein Reglement auszuarbeiten, monach festgelegt wird, daß alle

Parteigenossen und Genossinnen, welche in festen Lohn und Gehalt stehen, die Rebenemnahmen, welche sie für ihre Tätigkeit als Funktionär der Partei erhalten, prozentual an die Parteikasse abzuführen müssen.

Berlin. Der Magdeburger Parteitag hat für Mitglieder mit großem Einkommen einen Extrabeitrag beschlossen. Der Beschluß hat eine Lücke, weil er keine Maßnahmen gegen die Parteimitglieder vorsieht, die sich der erhöhten Beitragszahlungspflicht entziehen. Der Parteitag möge daher beschließen, daß die erhöhten Beiträge für alle in Frage kommenden Mitglieder statutarisch als Pflichtbeitrag festgelegt werden.

Kernstadt. Die Bezüge der Parteigestellten sind nach Tarifgruppen geordnet fortlaufend im Geschäftsbericht des Parteivorstandes zu veröffentlichen.

Wanne-Röhlingshausen. Der Parteivorstand wird aufgefordert, den Parteitag delegierten einen Bericht vorzulegen über die Ergebnisse des „Notopfers für die Arbeitslosen“, das von November 1930 bis April 1931 eingezogen werden sollte, und zwar

- a) einen Bericht über die Einnahmen, gegliedert nach den von Partei- und Gewerkschaftsangehörigen einbehaltenen und den von sonstigen Parteigenossen eingezahlten Beträgen;
- b) einen Bericht über deren Verwendung.

Der Parteivorstand wird aufgefordert, den Parteitag delegierten einen Bericht vorzulegen über die bisher in den verschiedenen Bezirken aus dem in Magdeburg beschlossenen Recht zur Erhebung von Sonderbeiträgen (§ 8 des Parteistatuts) gezogenen Konsequenzen, ebenfalls unter Gliederung in Einnahmen von Funktionären, solche von anderen Genossen und Verwendungsnachweise.

Gera. Der Parteivorstand wird beauftragt, einen Bericht zu geben

1. über die im Reich erhobenen Sonderbeiträge nach § 8 des Parteistatuts;
2. über das Ergebnis des „Notopfers der Arbeitslosen“, das vom November 1930 ab auf sechs Monate eingezogen werden sollte.

Es wird ein Ausschuss eingesetzt, der Richtlinien für die Bemessung der Pflichtbeiträge für die Parteimitglieder mit höherem Einkommen aufstellt. Der Parteivorstand wolle Richtlinien aufstellen.

Stettin. Die Entschlebung Aufhäuser-Steinkopf, angenommen auf dem Parteitag 1927 in Kiel zur Beamtengewerkschaftsfrage wird erneut den Parteimitgliedern zur Kenntnis gebracht. Die Deklaration des Parteivorstandes, die mit Zustimmung des Parteiausschusses dem Kieler Parteitag 1927 unterbreitet wurde und Annahme fand, ist durch die Annahme der Entschlebung Aufhäuser-Steinkopf und ihre erneute Bestätigung durch den Parteitag 1931 als erledigt anzusehen.

Berlin, Bremen, Breslau, Chemnitz, Delmenhorst, Dittersbach, Dalsburg, Halle a. d. S., Harburg, Köln a. Rh., München, Singen, Weimar, Wiesbaden, Zwickau beantragen:

Mitglieder der Sozialdemokratischen Partei, für deren Berufe freie Gewerkschaften bestehen, sind verpflichtet, sich freigewerkschaftlich zu organisieren.

Kandidaten für Reich, Länder und Gemeinden müssen freigewerkschaftlich organisiert sein, soweit eine solche Organisation für sie vorhanden ist.

Chemnitz. Auf dem Parteitag haben nur die gewählten Delegierten und die Mitglieder des Parteivorstandes Stimmrecht.

Braunschweig. Der § 10 des Organisationsstatuts ist folgendermaßen zu ändern: Stimmrecht ist zu allen Anträgen, die auf dem Reichsparteitag zur Abstimmung kommen:

1. die von den Bezirksverbänden gewählten Delegierten,
2. ein Mitglied des Parteivorstandes,
3. ein Mitglied der Reichstagsfraktion,
4. ein Mitglied des Parteiausschusses,
5. ein Mitglied der Kontrollkommission.

Alle anderen Vertreter des Parteivorstandes, der Reichstagsfraktion, des Parteiausschusses und der Kontrollkommission haben nur beratende Stimme.

Stettin. Die Unterbezirkskonferenz ersucht den Parteitag, die Zahl der vom Parteivorstand, von der Reichstagsfraktion usw. entsandten Delegierten auf ein gesundes Maß zurückzuschrauben. Das

heutige Verhältnis der in den Organisationen gewählten Delegierten, die auf Grund statutarischer Bestimmungen entsandt werden, entspricht nicht den Grundgedanken der Demokratie.

Frankfurt am Main. § 10 Abs. 1 des Statuts zu ändern: In der ersten Zeile nach dem Wort „Bezirksverbänden“ einfügen: durch „Urwahl“.

Frankfurt am Main. Abs. 5 des § 10 des Statuts zu streichen, dafür zu setzen: Stimmrecht ist für nur die durch Urwahl in den Bezirksverbänden gewählten Delegierten.

Annaberg, Arnstadt, Bremen, Duisburg, Düsseldorf, Kleindemba, Cobau, Salungen, Schmölln, Spilfunnersdorf beantragen: Im Organisationsstatut ist der § 10 Ziffer 2, 3 und 4 dahin zu ändern, daß die dort benannten Vertreter nur beratende Stimme haben, auch wenn sie delegiert sind.

Arnstadt. Um der Partei in der gegenwärtigen wirtschaftlichen Notlage die unbeschränkte Durchführung aller notwendigen Kampfmaßnahmen zu ermöglichen, werden die vom Magdeburger Parteitag beschlossenen Kampfbudgetbeiträge um 50 Proz. erhöht.

Als Zeichen der Solidarität gegenüber den Opfern der Wirtschaftskrise wird das vom Parteiausschuss beschlossene Notopfer weiterhin beibehalten. Die Abzüge für die höheren Einkommen sind zu erhöhen. Das Notopfer ist an die Arbeitermohlfahrt abzuführen.

Breslau. Das Organisationsstatut soll folgenden Wortlaut haben: § 10. Der Parteitag bildet die oberste Vertretung der Partei. Er setzt sich aus den in den Bezirksverbänden gewählten Delegierten, deren Gesamtzahl 300 nicht übersteigen soll, zusammen. Die Verteilung der Delegierten auf die einzelnen Bezirke erfolgt nach der Mitgliederzahl, für die im vorausgehenden Geschäftsjahr Pflichtbeiträge an den Parteivorstand abgeführt worden sind. Außerdem nehmen mit beratender Stimme am Parteitag teil: Die Mitglieder des Parteivorstandes, des Parteiausschusses, der Kontrollkommission, der Reichstagsfraktion und die vom Parteivorstand berufenen Referenten.

Dem § 22 des Organisationsstatuts wird folgender Satz angefügt: Bezirkssekretäre können nicht Mitglieder des Parteiausschusses sein.

Constige Anträge.

Berlin. Der Parteitag wendet sich entschieden gegen die Entrechtung und dauernde Benachteiligung der diffidentischen Staatsbürger. Im besonderen fordert der Parteitag die sofortige Einstellung der diffidentischen Lehrer und Lehrerinnen und verpflichtet die Genossen der preussischen Landtagsfraktion und des preussischen Staatsministeriums, sich mit aller Energie für die Durchführung dieser Forderung einzusetzen.

Jülich, Güstrow, Halle (Saale), München. Die Sozialdemokratische Partei Deutschlands empfiehlt allen ihren Mitgliedern die Förderung der Esperantobewegung und die Erlernung des Esperanto in allen Volksschulen als ein Mittel der Völkerverjöhnung und Völkerverständigung.

Die SPD. beantragt bei der II. Internationale die Anerkennung des Esperanto als gleichberechtigte Sprache neben den nationalen Sprachen für die internationalen Beziehungen zwischen den angeschlossenen Parteien und für die internationalen sozialistischen Kongresse.

Coburg. Der Parteitag beschließt, daß die Sozialdemokratische Partei Deutschlands Esperanto überall fördern und als die Weltsprache der II. Internationale zur Annahme empfehle.

Der Parteitag beschließt, daß von den an die sozialdemokratischen Zeitungen zur Verhinderung kommenden Matern wöchentlich einmal ein genügend Teil für Esperantoturse zur Verfügung gestellt wird. Jede Parteizeitung hat die Pflicht, dieses einzurücken. Betreffs Bearbeitung wendet man sich an den „Sozialistischen Esperanto-Bund“.

Leichlingen (Rhld.). Der nächste Reichsparteitag soll im Bezirk Niederrhein, in Düsseldorf, abgehalten werden.

Köln. Die Kölner Delegierten zum Leipziger Parteitag werden beauftragt, den nächsten Parteitag nach Köln einzuladen.

Mainz. Der nächste Reichsparteitag findet in Mainz statt.

Altona. Der nächste Parteitag soll in Altona (Elbe) stattfinden.

SOMMER-STOFFE

<p>Waschkunstseide ca. 70 cm breit Meter 1.65 1.30 0.90</p> <p>Wollmusseline ca. 75/80 cm br. Meter 2.50 1.95 1.75</p> <p>Schotten ca. 80 cm breit Meter 2.50 1.75 1.25</p> <p>Schotten ca. 90/95 cm breit Meter 5.25 3.50 2.95</p> <p>Tweed ca. 90 cm breit Meter 4.25 3.50 2.85</p> <p>Tweed ca. 130 cm breit Meter 7.25 6.95</p> <p>Toile de sole reine Seide, bestickt Meter</p>	<p>Marocaine Kunstseide, unl. ca. 100 cm breit Meter</p> <p>Marocaine Kunstseide, bedruckt, wunderbare Muster Meter</p> <p>Doupion ca. 80 cm breit, das neue Gewebe für Sportkleider Meter</p> <p>Doupion Faconné, sehr modern für Jäckchen Meter</p> <p>Georgette Kunstseide, bedruckt, ca. 95 cm breit Meter</p> <p>Crep filigrane ca. 100 cm breit, eleganter Artikel für Complots Meter</p>
---	---

Königliche Warenhäuser

S.: Oranienstraße 164-65 :: Charlottenburg: Rosinenstraße 4
N.: Reinickendorfer Straße 21 :: O.: Frankfurter Allee 60

Ich war fast gelähmt

und wegen meines Gicht- und Rheumatismusleidens schon ganz verzagt, da sich das Leiden hauptsächlich im rechten Arm und in der rechten Hand fühlbar machte. Ich habe alles versucht, aber nichts hat mir geholfen. Von einem Bekannten wurde mir Zinsser-Rheumatismus-Tee empfohlen, den ich sofort gebrachte. Ich kann nun in dankbarer Freude von Herzen gern bezeugen, daß die Schmerzen, sowie die Geschwulst nachgelassen haben. Ich kann wieder schlafen und habe auch sonst keine Beschwerden mehr. Ihre Heilkräfte werde ich allen Leidenden bestens empfehlen.

K. Schreiber,
Garnsdorf b. Marienwerder.
36 030

36 578 Leidende
haben in 7 Jahren freiwillig anerkannt, daß ihre Krankheiten durch Zinsser-Hausmittel gebessert und geheilt wurden. Auch Ihnen wird der Zinsser-Tee helfen. Hier sind die Tees, die 36 578 Menschen wieder gesund und lebensfroh machten:

<p>Alföhre-Tee (1)</p> <p>Asthma-Tee (2)</p> <p>Ausschlag- u. Flechten-Tee (3)</p> <p>Nierenleiden-Tee (4)</p> <p>Blutreinigung-Tee (5)</p> <p>Diabetiker-Tee für Zuckerkranke (10)</p> <p>Marienhader Entsetzungs-Tee (11)</p> <p>Gicht- und Leisten-Tee (17)</p>	<p>Hämorrhoidal-Tee (20)</p> <p>Tee bei Herzbeschwerden (21)</p> <p>Gallenstein- und Leber-Tee (26)</p> <p>Magenleiden-Tee (29)</p> <p>Nervenleiden-Tee (33)</p> <p>Rheumatismus-Tee (35)</p> <p>Tee bei Arterienverhärtung (40)</p> <p>Tee bei Schlaflosigkeit (42)</p>
--	--

Paket vorstärkt M. 2.50, einfach M. 1.80.

Ebenso gut sind Zinsser-Tabletten, besonders für diejenigen, die Tee nicht trinken können oder wollen. Sie brauchen bei Bedarf nur die Tee-Nummer anzugeben.

In vielen Apotheken zu haben, sonst direkt. (Versandapotheke.)

Dr. Zinsser & Co. G.m.b.H.
Leipzig 75

36 578 Anerkennungen in 7 Jahren.

Erfinder - Vorwärtsstrebende

10 000 Mk. Belohnung

Näheres kostenlos durch
F. Erdmann & Co., Ber. in SW 11.

Spritzpumpe
von Selbstentleeren
Filterung,
Schleusen mit
Krüger
& Lathan
Pneumatik
Hans Prindlichstr. 106/107
12 Min. v. Hof. Jettawitzstraße

Blumenspenden
jeder Art
Sofort preiswert

Paul Gollatz
vertraut Robert Meyer
Mariannenstr. 3
F 6, Oberbaum 1303

sehr preiswert sofort zu verkaufen. Anf. unter K. 72 a. d. Hauptex. d. Vorwärts.

Buchbinderei

Holz-Tafelpavillon

75 qm mit 4 Rädern, M. 1980.—, bahnhof Berlin Geeignet für Sport-, Wohlfahrts-, Wohnzwecke u. als Verkaufspavillon
Kämpfer & Seeborg, Potsdamer Str. 31, Lützow 9632

Die einzige Ersatzkasse für sämtliche Berufszweige ist die

Kranken- und Sterbekasse für das Deutsche Reich

im Jahre 1884 gegründet (Länderfelder Ersatzkasse) im Jahre 1884 gegründet

die Versicherungspflichtigen und Nichtversicherungspflichtigen ausreichenden Krankenversicherungsschutz bietet

Hauptverwaltung: Berlin N 24, Oranienburger Str. 67 und 300 Verwaltungsstellen im Reich

Leuerung gegen den Index.

Lebenshaltungsindezes im April. — Senkung nur nominell.

Das Statistische Reichsamt teilt mit: „Die Reichsindezes für Lebenshaltungskosten (Ernährung, Wohnung, Heizung, Beleuchtung, Bekleidung und sonstiger Bedarf) beläuft sich nach den Feststellungen des Statistischen Reichsamtes für den Durchschnitt des Monats April auf 137,2 gegen 137,7 im Vormonat. Der Rückgang beträgt somit 0,4 Proz. Es sind zurückgegangen die Indeziffern für Ernährung um 0,3 Proz. auf 129,2, für Wohnung um 0,2 Proz. auf 131,6, für Heizung und Beleuchtung um 0,7 Proz. auf 149,3, für Bekleidung um 0,6 Proz. auf 141,6, für sonstigen Bedarf um 0,2 Proz. auf 185,1. In der Gruppe Ernährung sind die Preisrückgänge für Eier, Milch und Butter sowie für Fleischwaren durch das Angehen der Preise für Gemüse, Kartoffeln und Brot zum Teil ausgeglichen worden. Die Wohnungsmiete hat infolge von Veränderungen in den Zuschlägen zur Grundvermögenssteuer in einzelnen Gemeinden im Reichsdurchschnitt etwas nachgegeben. In der Indeziffer für Heizung und Beleuchtung haben sich die Sommerabatte für Heizstoffe ausgewirkt.“

Die vom Reichsstatistischen Amt für den Monat April herausgerechnete Ermäßigung des Leuerungsindezes bedeutet keine Verbilligung der Lebenshaltung. Darüber muß man sich gerade jetzt klar werden, wo es um die Verbilligung des Brotpreises geht und das Reichsernährungsministerium der Deffektivität die Verteuerung von Hülsenfrüchten, Schmalz, Speck usw. durch eine unnötige Zollmehrheit zumutet.

Der Lebenshaltungsindezes ist rechnermäßig allerdings im Monat April um 0,4 Proz. gefallen. Vergleicht man die Ermäßigung des Indez mit den Vormonaten, dann müssen wir feststellen, daß sich der Rückgang von Monat zu Monat vertieft. Die Ermäßigung machte im März gegenüber dem

Februar noch 0,8 Proz. aus. Sie ist im April gegenüber März auf 0,4 Proz. gesunken.

Bedenklicher erscheint die Zukunft und die Auswirkung der ganzen Preisensaktion, wenn man den wichtigen Ernährungsindezes näher ins Auge faßt. Der Ernährungsindezes hat sich im März gegenüber dem Februar nicht weniger als um 1,1 Proz. (von 131 auf 129,6) gesenkt; die Senkung im April gegenüber März beträgt nur 0,3 Proz. Hier tritt die Verlangsamung des ganzen Prozesses noch deutlicher in Erscheinung. In der Praxis dürften die Dinge so liegen, daß die Verteuerungen die Verbilligungen schon überwiegen. Die gegenwärtige Jahreszeit bedingt eine Verbilligung für Butter, Milch und Eier. Soweit diese Verbilligung nicht durch Preisabmachungen (wie bei der Milch) gehemmt wird und in Erscheinung getreten ist, wird sie durch Verteuerung der Preise für Gemüse, Kartoffeln und Brot ausgeglichen.

Auch der Bekleidungsindezes dürfte steigende Tendenz zeigen, wenn die Manie der Textilfabrikanten, die sich eben zeigenden Preisbewegungen in der Textilindustrie zu Preisverhöhungen auszunutzen, um sich greift. Andererseits ist dieses Mal der ganze Indez durch den Heizungs- und Beleuchtungsindezes beeinflusst worden, der um 0,7 Proz. von 150,3 auf 149,3 zurückgegangen ist. Hier wirken sich die billigeren Sommerpreise für Heizstoffe aus. Immerhin beträgt hier die Senkung 0,7 Proz. gegenüber einer Senkung von 0,4 Proz. im Gesamtindezes. Die billigeren Heizstoffe kann man aber nur im Sommer (Sommerabatte) kaufen. Mit dem beginnenden Winter treten die höheren Kohlenpreise wieder in Kraft, woraus zu folgern ist, daß die vom Reichsstatistischen Amt errechnete Senkung des Gesamtindezes vielfach keine echte Senkung ist.

Man kann heute schon sagen, die Experimente des Ernährungsindezes und die unentschlossene und zögernde Haltung der Regierung in der Brotverbilligungsfrage haben die Ermäßigung des Lebenshaltungsindezes gestoppt.

1221 Millionen Mark Zölle.

Die Lebensmittelzölle betragen 25 Prozent des Einfuhrwerts!

Die deutschen Zollerträge erreichten im Jahre 1930 den Rekordbetrag von 1221 Millionen Mark, obwohl sich die Wareneinfuhr um mehr als 3 Milliarden Mark vermindert hatte. Wenn im Jahre 1929 der Anteil der Zollerträge an Wert der Wareneinfuhr nur erst 8 Proz. betragen hatte, so waren es im vergangenen Jahre nicht weniger als 12 Proz.

Am stärksten sind Lebensmittel und Getränke mit Zöllen belastet gewesen: hier betrug der Anteil der Zollerträge am Einfuhrwert in den Jahren 1927 und 1928 je 17 Proz., im Jahre 1929 bereits 18 Proz. und im vergangenen Jahre nicht weniger als 25 Proz.

Unverändert geblieben ist dem prozentualen Anteil nach lediglich die Zollbelastung industrieller Erzeugnisse. Der Rückgang des hier eingetragenen Zollertrages entspricht ziemlich genau der Verminderung der Einfuhrwerte, so daß die Zölle wie in den vorhergehenden Jahren bei dieser Gruppe im Durchschnitt 8 Proz. des Einfuhrwertes ausmachten.

In welchem Umfang die Zölle im Vergleich zur Vorkriegszeit in ihrer Bedeutung für die Reichsfinanzen gemachsen sind, zeigt die nachfolgende Uebersicht. Es ergibt sich aus ihr, daß die Zollbelastung je Kopf der Bevölkerung heute etwa doppelt so groß ist wie in den letzten Vorkriegsjahren, und selbst wenn man berücksichtigt, daß gegenwärtig 1 Reichsmark nicht den Wert der Vorkriegsmark hat, so bleibt doch eine sehr erhebliche Mehrbelastung gegenüber früher übrig.

Jahr	Zollerträge des deutschen Zollgebietes	Einnahmen je Kopf der Bevölkerung
1900	492,9 Mill. M.	8,74 M.
1905	643,5	10,60
1910	715,7	11,01
1913	723,7	10,73
1923	549,8	8,79
1926	816,8	13,09
1927	1218,6	19,27
1928	1140,6	17,94
1929	1047,7	16,40
1930	1220,9	18,81

Fast zwei Drittel der gesamten Zolleinnahmen des vergangenen Jahres (62 Proz.) entfallen auf Lebensmittel, Getränke und lebende Tiere. Auf Lebensmittel und Getränke allein entfällt ein Betrag von fast 781 Millionen Mark. Hiervon wiederum kommen rund 275 Millionen Mark auf Kaffee, Tee, Kakao. Es ist interessant, die Zollerträge der Jahre 1929 und 1930 gerade für diese Einfuhrgruppe zu vergleichen:

Ware	Wert der vorerzeugten Waren		Zollerträge	
	1929	1930	1929	1930
Weizen	460,5	232,9	120,9	131,0
Gerste	301,6	202,9	40,8	79,6
Haar	118,5	89,9	17,9	16,5
Gemüse usw.	142,5	114,8	18,5	16,6
Obst	204,1	197,7	23,3	24,0
Süßfrüchte	175,3	183,0	12,9	16,0
Kaffee	367,4	294,3	187,2	200,2
Tee	23,4	20,7	12,7	18,7
Kakao	85,7	71,5	27,0	26,7
Fleisch, Speck, Würste	106,4	98,3	21,9	31,2
Butter	457,7	376,1	39,0	39,6
Eier	106,3	88,4	13,0	11,9
Eier	280,1	227,0	12,0	11,9
Wein und Most	61,0	36,9	32,5	24,4

Die Gegenüberstellung zeigt j. B., daß die Weizeneinfuhr wertmäßig um etwa die Hälfte zusammengeschrumpft ist, die Zollerträge aus der zurückgegangenen Einfuhr aber um fast 10 Proz. gestiegen sind. Die Zollerträge aus der Gersteinfuhr haben sich fast verdoppelt, obwohl die Einfuhr von Gerste um rund ein Drittel zurückgegangen ist. Auch bei Kaffee und Tee sind die Zollerträge außerordentlich stark gestiegen, obwohl der Einfuhrwert um rund ein Viertel zurückgegangen ist.

Diese gewaltigen Erhöhungen der Zollbelastung ist natürlich in der Hauptsache eine Folge der in Kraft getretenen Erhöhung der Zölle, insbesondere bei Weizen, Gerste und Kaffee.

Eine ähnliche Steigerung zeigt sich bei der Gruppe der Rohstoffe für Benzin infolge der Benzinollerhöhung. Die Zölle aus der Mineralöleinfuhr erbrachten im vergangenen Jahre fast 196 Millionen Mark, das ist fast ein Fünftel der gesamten deutschen Zollerträge überhaupt.

Fast der gesamte Mehrertrag belastet die breiten Massen. Die Belastung erfolgt in schwersten Krisenzeiten bei sinkender Einfuhr und Beschäftigung. Sie erfolgte teils als Steuermäßnahme zur Entlastung des Besitzes, teils direkt zugunsten der Landwirtschaft. Und trotzdem werden noch Zölle erhöht!

12 Prozent Farbendividende.

Die Hoffnungen der Börse erfüllt.

Der Aufsichtsrat des deutschen Chemiekonzerns der IG. Farbenindustrie A.-G. in Frankfurt a. M. hat in seiner am 2. Mai abgehaltenen Sitzung beschlossen, der Generalversammlung für 1930 wieder eine Dividende in Höhe von 12 Proz. vorzuschlagen. Nähere Einzelheiten über den Jahresabschluss liegen noch nicht vor.

Es läßt sich jedoch aus den vom Aufsichtsrat abgegebenen Erklärungen bereits ersehen, daß die Verwaltung des Konzerns wichtige Kapitalkapitalaktionen im vergangenen Jahre vorgenommen hat. So ist das dividendenberechtigte Aktienkapital gegenüber 1929 um 85,6 Millionen Mark zurückgegangen und stellt sich zur Zeit auf insgesamt 713,7 Millionen Mark. Diese außerordentliche Verminderung des umlaufenden Kapitals hängt zum Teil damit zusammen, daß die Verwaltung sich an den Stützungskonten der Großbanken zur Haltung der Börsenkurse beteiligt hat und starke Aktienpakete zu niedrigen Kursen erwarb. Wir kommen nach Veröffentlichung des Jahresabschlusses und des Geschäftsberichts auf diese Kapitalkapitalaktionen noch näher zurück. — Infolge der Verringerung des umlaufenden Aktienkapitals spart die IG. Farbenindustrie bei der Ausschüttung der gleich hohen Dividende rund 10,3 Millionen Mark gegenüber dem vorigen Jahre.

Englisches Urteil über die deutsche Wirtschaft.

Professor J. H. Jones, der Leiter der nationalökonomischen Abteilung der Universität Leeds, der vor kurzem eine Studienreise nach den deutschen Industriebezirken unternommen hat, erklärte in einer Ansprache vor den Mitgliedern eines Londoner Frauenklubs, daß die industrielle Depression in Deutschland noch schlimmer sei als in England. Wir reden davon, so sagte Professor Jones u. a., daß der englische Geschäftsmann trübe in die Zukunft blickt, aber er ist noch der reine Optimist, verglichen mit den deutschen Geschäftsleuten, denen ich begegnet bin.

Kleines Reichsbankgeschäft Ende April.

Voraussetzung für Kreditverbilligung wieder verbessert.

Der Aprilkollaps bedeutete für die Reichsbank nur eine verhältnismäßig geringe Beanspruchung. Nach dem Ausweis vom 30. April sind die Wechselbestände um 359,4 auf 1815,6, die Lombarddarlehen um 150,5 auf 287,3 Millionen gestiegen, und an Reichsschatzwechseln stießen 44,8 Millionen zur Reichsbank zurück. Die fremden Gelder auf Girokonto nahmen um 97,8 auf 355,3 Mill. ab. Ansprüche aus der Wirtschaft oder vom Geldmarkt lagen also relativ wenig vor; für die Wirtschaftslage kein gutes Zeichen, für den Geldmarkt aber ein Zeichen ausreichender Flüssigkeit.

Der Notenumlauf vermehrte sich um 655,3 auf 4340,2 Millionen; derjenige an Rentenbankscheinen nahm um 47,6 auf 433,0 Millionen zu. Die Zahlungsmitteldeckung erfuhr eine erhebliche Verbesserung. Die Goldbestände vermehrten

sich weiter um 20,9 auf 2368,4 Mill., die Bestände an bedienungsfähigen Devisen um 25,2 auf 157,3 Millionen. Die Deckung der umlaufenden Noten durch Gold- und Devisenbestände verringerte sich nach der Aprilbeanspruchung von 67,3 Proz. in der Vorwoche auf 58,2 Proz.

Die Voraussetzungen für eine Distanzierung sind durch den niedrigen Stand der Kreditgewährung gegeben, durch die Vermehrung der Gold- und Devisenbestände erheblich verbessert. Die Kreditanspruchnahme liegt um rund 120 Mill. Mark niedriger als vor einem Monat, der Notenumlauf ist um 115 Mill. niedriger, die Gold- und Devisendeckung ist nicht unerheblich gestiegen. Man sollte demnach erwarten, daß nach der Entlastung der ersten Maiwoche eine Distanzierung durchgeführt wird.

Deutsche Anleihe-Erfolge.

Sehr günstige Preag-Anleihe.

Die Preussische Elektrizitäts-A.-G. hat in der Schweiz eine Anleihe abschließen können, deren Bedingungen sehr günstig zu nennen sind. Es handelt sich um eine 25-Millionen-Schweizer-Franken-Anleihe auf 15 Jahre, die mit 6 Proz. nominell verzinst ist und zu dem günstigen Kurs von 99 Proz. von dem Bankkonsortium der Continental Elektro-Union-Basel (Tochtergesellschaft der Preag) voll übernommen worden ist. Die Continentale Elektro-Union-Basel gibt den Erlös an die Preag weiter, für die sich eine Effektivverzinsung von 6 1/2 Proz. ergibt. Der Erlös dient der Umwandlung kurzfristiger in langfristige Kredite.

Der Freistaat Württemberg hat einen Teil seiner Auslandsanleihe (3 Millionen Schweizer Franken) für Elektrizitätsausbauten in Holland aufgeben lassen. Die 6 1/2-prozentige Obligationen-Anleihe ist jetzt in Holland stark überzeichnet worden.

Die Reichselektrowerke haben in Deutschland 12 Mill. Mark 7-prozentiger Noten mit fünfjähriger Laufzeit zu 96 1/2 Proz. zur Zeichnung aufgeben lassen. Man erwartet, daß die Anleihe voll untergebracht wird.

Beschnittene Linoleumdividende.

Senkung von 15 auf 5 Prozent.

Nicht überraschend kommt nach den vielfach diskutierten Vorgängen bei dem Linoleumkonzern (Internationale Petroleum-Union) die scharfe Dividendenkürzung von 15 auf 5 Proz., die die Konzernleitung jetzt bekannt gibt. Nähere Einzelheiten über die Gründe dieses Dividendenchnitts müssen bis zur Veröffentlichung des Geschäftsberichts abgewartet werden.

Sowohl steht aber fest, daß die planlose Expansionspolitik des Linoleumkonzerns hauptsächlich zu der verschlechterten Rentabilität beigetragen hat. Besonders die Kalküle der französischen Fabrik Sarlino und des holländischen Werks Krommenie sind dem Linoleumkonzern teuer zu stehen gekommen, da es sich hier um keineswegs gesunde Betriebe — wie etwa bei den Deutschen Werken — handelte. Offenbar sind auf diese schlechten Beteiligungen Abschreibungen in Millionenhöhe notwendig gewesen.

Günstiges Geschäft bei Sarotti.

7 Proz. Dividende auf erhöhtes Kapital.

Die Sarotti A.-G., eine der führenden Schokoladenfabriken Deutschlands, die seit zwei Jahren an den Schweizer Nestle-Konzern angeschlossen ist, ist von dem allgemeinen Konsumrückgang im letzten Jahre wenig betroffen worden.

Wenn die Dividende von 10 auf 7 Proz. herabgesetzt wird, so hängt dies weniger mit einem entsprechenden Gewinnrückgang zusammen, als mit dem von 11 auf 14,5 Millionen erhöhten Kapital, das diesmal voll zu verzinsen ist. Der Rohertrag des Unternehmens stieg sogar noch von 10,5 auf 11,4 Millionen, während der Reinertrag einen leichten Rückgang von 1,3 auf 1,13 Millionen Mark aufweist. Der Rückgang des Reingewinns ist mithin durch beträchtliche Unkosten, die hauptsächlich zu Lasten des Hattersheimer Werkes, das im letzten Jahre nicht wirtschaftlich arbeiten konnte, zurückzuführen. Dieses Hattersheimer Werk hat Sarotti im Zusammenhang mit der Angleidung an den Nestle-Konzern von dieser Gruppe übernommen.

Der Umsatz, der nach den Schätzungen des Konjunkturinstituts in der deutschen Schokoladenindustrie einen Rückgang von 20 bis 25 Proz. für 1930 aufweist, konnte bei dem Unternehmen mengenmäßig auf der Höhe des Vorjahres gehalten werden, während er wertmäßig entsprechend den verschiedenen Preissenkungen zurückgegangen ist.

Bekleidungsgehandel gegen Gehaltsabbau.

Die Mitgliederversammlung des Detailistenverbandes der Bekleidungsindustrie Groß-Berlins hat nach einem Referat des Verbandpräsidenten Baer folgende Protestresolution zu Händen des neuen Berliner Oberbürgermeisters und des Oberpräsidenten von Brandenburg beschlossen:

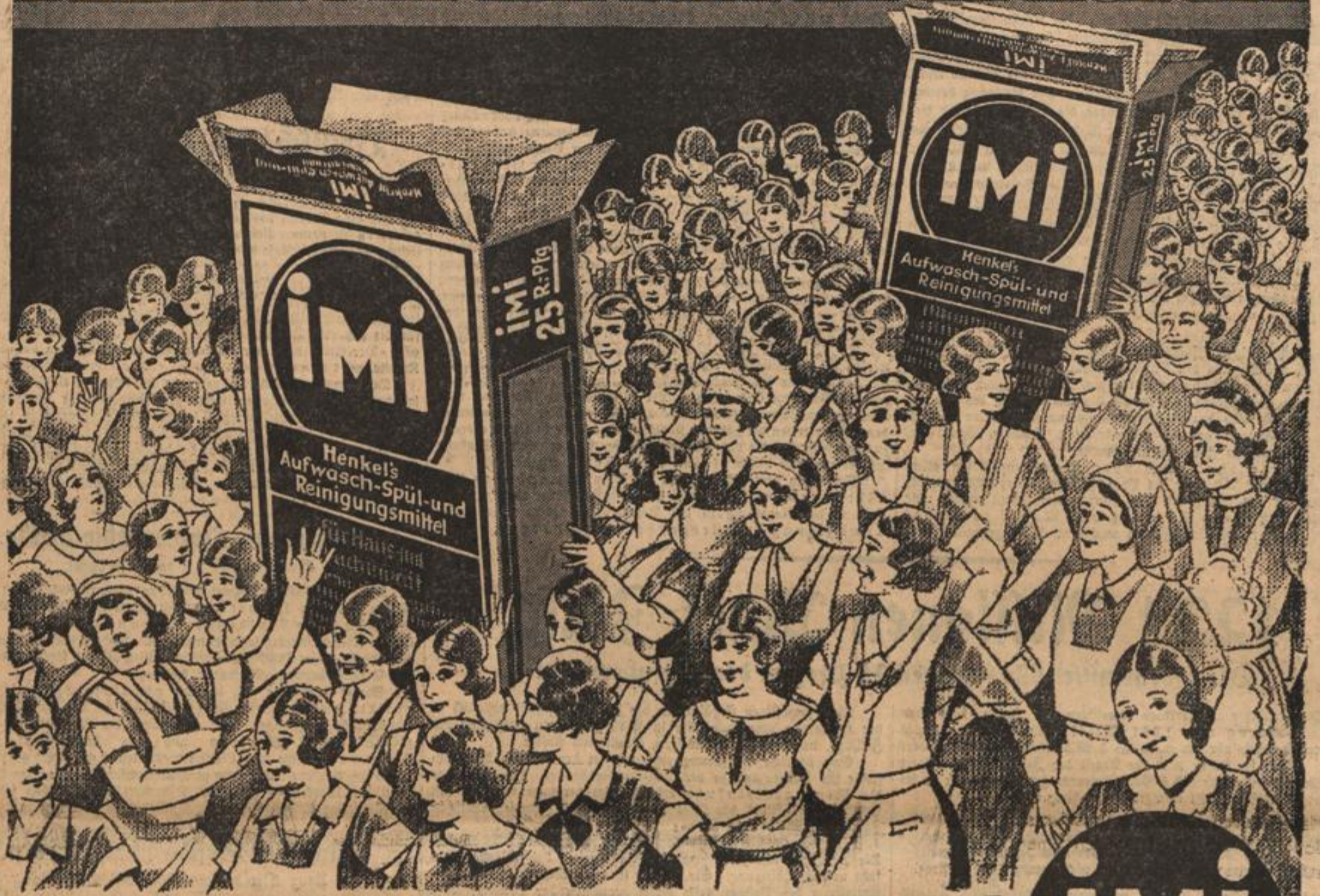
„Seit langer Zeit hat die Wirtschaftskrise einen Umfang angenommen, der den Einzelhandel in seinem Fortbestand arg bedroht. Durch Lohn- und Gehaltsabbau ist die Kaufkraft der breiten Massen lähmgelegt und der Einzelhandel dadurch derart geschwächt worden, daß er sich kaum wieder aufrufen vermag. Die von den Behörden in Aussicht genommene Gehaltskürzung der Kommunalbeamten und Angestellten der Stadt Berlin würde in ihrer Auswirkung dem Einzelhandel eine weitere schwere Schädigung zufügen, gegen die der Detailistenverband der Bekleidungsindustrie Groß-Berlin mit aller Entschiedenheit protestiert.“

Die Reichsbahneinnahmen betragen im März insgesamt 329,4 Millionen Mark. Die Ausgaben errelaten den Betrag von 348,4 Millionen, davon 18,5 Millionen für Erneuerung der Reichsbahnanlagen. Gegenüber Februar waren die Einnahmen um rund 48 Millionen Mark höher, gegenüber März v. J. ergab sich beim Personenverkehr aber ein Rückgang um 9,8 Proz., beim Güterverkehr um 17,6 Proz. Ende März waren insgesamt 623 146 Personen beschäftigt gegen 614 197 Ende Februar.

Großhandelsindex weiter leicht rückgängig. Die vom Statistischen Reichsamt für den 29. April berechnete Indeziffer der Großhandelspreise ist mit 113,5 gegenüber der Vorwoche um 0,2 Proz. zurückgegangen.

Weniger Konkurse im April. Nach Mitteilung des Statistischen Reichsamtes wurden im April 1931 durch den Reichsanzeiger 972 neue Konkurse und 655 eröffnete Vergleichsverfahren bekanntgegeben. Die entsprechenden Zahlen für März 1931 betragen 1240 und 662.

Millionen Hausfrauen



verlassen sich ganz auf



und sie tun gut daran! Als **iMi** erschien, haben sie es zunächst erprobt. Sie erkannten, daß **iMi** beim Geschirreinigen nicht nur gut, sondern daß es in all seinen Vorzügen unvergleichlich war und – dann studierten sie **iMi** in seinen hunderterlei Verwendungsarten! Bei der häuslichen Reinigung gibt es einfach keine Beschränkung für die **iMi**-Anwendung, je schwieriger die Aufgabe, umso besser für **iMi**! Sei es in Ihrem Baderaum – Badewanne, Bürsten, Käbme, Waschbecken, Nachtgeschirr – sei es in der Küche mit Töpfen, Flaschen, Gläsern, Geschirr und Gegenständen aller Art, sei es, wo es sei – immer bewährt sich **iMi**, immer bringt es für wenige Pfennige und ohne Mühe Sauberkeit und lachende, blitzende Frische!

Henkel's **iMi** zum Geschirraufwaschen und Spülen und für jede Reinigungsarbeit in Haus und Betrieb. Hergestellt in den Persilwerken.



BERLIN
HAMBURG
ALTONA
KÖLN
ESSEN
DÜSSELDORF
HANNOVER

Die C&A Seite

DORTMUND
DUISBURG
MAGDEBURG
FRANKFURT
WUPPERTAL
BREMEN

Jahrgang 1931

Gewidmet allen Freunden unseres Hauses
und denen, die es werden wollen.

Nummer 68

Copyright by Kurt Lisser Reklame 1931

Nachdruck von Wort und Bild verboten!

Wie haben Ihnen unsere Zeitungs-
Beilagen gefallen, besonders die
letzte: „Er und Sie im Wonnemond!“

Es würde uns sehr interessieren,
einmal Ihre Meinung darüber zu
hören, vor allen Dingen sind wir
immer begierig, zu lernen, was besser
gemacht werden kann.

Besten Dank im voraus.



Es geht nirgends so ulkig zu,
wie auf dieser Welt.

Täglich bezahlen Leute 10 Mark
und mehr für Dinge, die sie an-
derswo für 8 Mark genau so gut
kaufen könnten; aber wenn an ei-
ner Straßenecke ein Mann (viel-
leicht in Ausrag einer Wette)
echte 10 Mark Scheine anbote für
8 Mark, so würde wohl jeder
lächelnd vorbeigehen, aus dem
Gefühl heraus: „So was gibt's
nicht!“

Aber wie — wenn es einem ge-
fänge, durch besondere Tüchtig-
keit, durch konsequenten Einkauf
in einem bisher kaum gekannten
Maße, durch die Macht des „cash
down on the table!“ durch einen
aufs sparsamste rationalisierten
Herstellungsbetrieb, und — last
not least — durch einen sehr be-
scheidenen Aufschlag auf die Selbst-
kosten — wenn es also einem
dadurch gefänge

Kleidung tatsächlich viel
billiger verkaufen zu können,
als dies möglich wäre, wenn auch
nur eine der Voraussetzungen
fehlte?!

Hieße es nicht achtlos an einem
Zehnmarkschein für 8 Mark vorbeigehen,
wollte man nicht wenigstens
dessen Angebote einmal prüfen,
nur weil man glaubt „so was
gibt's nicht“!?

„Was Ford für die Automobile,
das haben Sie für Kleidung getan!“
so schrieb uns einmal ein be-
geisteter Kunde, und in diesen
kuriosen Zeiten gibt's tatsächlich
vieles, was es früher nicht ge-
geben hat.

Lauft nicht an den schönsten
Angeboten achtlos vorbei, Herr-
schaften!

Prüft und vergleicht!

Von da ist es nur ein Schritt
bis zur Erkenntnis, wie klug die
sind, die dem Rate folgen:

GEHEN SIE ZU

Die obigen Angebote stehen Ihnen ab Montag zur Verfügung! - Schriftliche Bestellungen können nicht berücksichtigt werden!

ES REGNET

Der Winter ist vorüber, kalendarisch und
auch so — endlich — hoffentlich. Nicht viel
trennt uns mehr von dem lieblichen Pfingstfest.

Wunderschön! — Aber trotz und allem
ziehen dunkel und drohend schwarze Wolken
über den bligblauen Himmel unserer Erwar-
tung! Regeldichte Regenwolken! Und bald
gießt es mit solch ungehemmter Gradlinig-
keit und Genauigkeit, daß auch nicht ein Ed-
chen unserer Kleidung davon verschont bleibt.

Regenschirm? Schon schön und gut, aber
nicht lange, dann steht er irgendwo in einer
Ecke, ganz abgesehen davon, daß man als
Mann nicht gern mit diesem vorfintat-
lichen Verkehrshindernis herumläuft. Was
bleibt da übrig?



Einzig und allein der
Wettermantel. Sehen
Sie, wenn Sie sich end-
lich zu dieser Erkenntnis
aufgeschwungen haben,
ist das Aergste schon
überwunden.

Dann kommen Sie
einfach zu uns, sehen
sich unsere Wettermäntel
und Trenchcoats an —
blau und hell in jeder
Preislage, mit prach-
tvollem Sitz und Schnitt.
Ich bitte Sie, zwei sieh-
engelassene Regenschirme
ergeben einen Wetter-
mantel.

Samol. Wenn bei uns
gibt's einen sehr schönen,
flotten, unharbenen Gum-
mimantel schon für **6.50**

und Wettermäntel aus
kräftigem, imprägniertem
Strichgarn, in guter Ver-
arbeitung und tabelloser
Bohform, schon für **12.50**

Diesen praktischen Wetter-Mantel — ein sehr
flotter Trenchcoat — in Blau und Rot, aus
imprägniertem Stoff mit wasserdichter Deltuch-
Einlage und hübschem Plaidfutter, in dreihö-
riger Reglanform mit Ringgürtel und in guter
Bohform, bekommen Sie bei uns für nur **15.75**



Ununterbrochen
Seit vollen 6 Wochen
Zählt Lissy ihr Geld
Und rechnet.

Der vorjährige Hut gefällt
Ihr nicht mehr,
Doch wo bekommt sie 'nen neuen her?!

Und die Sorge schleppt sie mit sich herum.
Zu dumm,
Ihr Gehalt ist so klein,
Und es reicht tatsächlich nicht. Nein!
Sie ärgert sich mächtig.

Lissy, sieh mal, ist der
Hier nicht prächtig?
Eine fesche Glocke,
Mit Band besetzt,
Und dann der Preis!!!
Lissy, jetzt
Lachst Du wieder, ja?
Nun hol' ihn Dir
Schleunigst von C & A.



Sieh — diese elegante, geschwungene Glocke aus
weißem Phantasiegesticht — Weiß ist die kommende
Mode — ist mit zartfarbenerm Ripoband
höflich garniert und — kostet nur **2.90**



Hoch elegantes Nach-
mittagskleid aus hauch-
dünnem Kunstseiden-
Georgette mit prach-
voll - farbenfrühigem
Druckmuster. Der weite
Bausärmel, die reiche
Volantverzierung sind
lecker Schmuck. Auf Crepe
de Chine-Un- **24.00**
terkleid — nur

Im dem hochmodernen
Mantel aus Diagonal-
herrenstoff ist der breite
Directorie-Ruffschlag, der
flotte Kermel und die
sparte Rückenpartie mit
Blenden effektvoll be-
tonnt. Ganz auf gu-
tem Futter — bis
Größe 52 **32.50**
— für nur

Ein Zukunftsbild!

Welch herrliche Aus-
sicht, wenn erst die Er-
findung des Fernsehens
(an der beinahe sehr
intensiv gearbeitet wird)
so vervollkommen sein wird, daß sie für die
Allgemeinheit praktisch verwendbar ist.

Eine herrliche Aussicht für uns — eine
noch herrlichere Aussicht für Sie!

Denn Sie können dann sehr behaglich
zu Haus in Ihrem bequemen Sessel sitzen,
und wir haben die Möglichkeit, Ihnen all
die schöne, moderne Kleidung vor Augen
zu führen, die es bei uns gibt.

Aber leider, bis dieser schöne Gedanke ver-
wirklicht ist, wird noch allerhand Wasser ins
Meer fließen. Bis dahin ist's noch nötig,
zu uns ins Geschäft zu kommen. Und das —
glauben Sie nur — liegt auch in Ihrem
Interesse, denn wer möchte gerade in diesen
Zeiten nicht sparen und — bei uns können
Sie's doch so gut!

Gleich bei Ihrem neuen Frühjahrmantel können
Sie anfangen. So ein herrlicher Fantasie-Mantel
in den beliebtesten Diagonal- und Fisch-
grät-Mustern kostet bei uns . . . nur **14.75**

Sollten Sie aber einen Herrenstoff-Mantel vor-
ziehen, in ganz vorzüglicher Qualität, modern,
trotz verarbeitet und natürlich ganz
gefüttert, — den bekommen Sie schon für **24.75**

Unsere vielgerühmte, preiswerte
Herren - Kleidung
bekommen Sie jetzt auch
in unserem Geschäft:
Oranienstraße 40

Wie man Männer fesselt



Ist das alte Thema, das wohl nie ganz zu
Ende erörtert werden wird. Auch das be-
kannte Sprichwort: „Die Liebe geht durch
den Magen“ reicht nicht dazu aus.

Doch aber ist zweifellos die Kleidung, die
Sie im Hause tragen, zur Erreichung dieses
Zieles von unerhörter Bedeutung.

Sie gehören doch sicher nicht zu den Frauen,
die sich nur nett anziehen, wenn sie in Ge-
sellschaft gehen. Auch im Hause müssen Sie
adrett und reizend aussehen. Sie tun's in
einem unserer ganz allerliebsten Hauskleider, die
nicht nur sehr fesch und modern sind, sondern
auch, wie alles bei uns, fabelhaft billig.

Gerade für Hauskleider sind Sie bei uns
an der richtigen Quelle. Wenn Sie zu uns
kommen, werden Sie überrascht sein von der
Vielfältigkeit und Schönheit. — Und Preise?

Genusterte Kleider aus Waschkaufseide be-
kommen Sie, auch in großen Weiten, bei
uns schon für **4.90**

und bildschöne Goussardine-Kleider mit aperten
Druckmustern und in sehr kleidbaren For-
men, auch große Weiten, schon für **3.50**



Wettermantel: Im-
prägniert Boden; Kapuze
abknöpfen. Für ca. 2
bis 3 Jahre **6.25**
(andere Größen entsprechend)

Entzückendes Volant-
kleid aus Wolleffelin-
Flanell. Größe 50
bis 90. In **5.75**
Größe 50 nur
(andere Größen entsprechend)

Mittwoch ist
Kinderstag

Kennen Sie den?

Hade wird dick und dicker. So geht's nicht
mehr.

„Heiten!“ befiehlt der Arzt.

Hade reitet jeden Morgen zwei Stunden.

Nach einiger Zeit fragt der Arzt: „Nun,
wie ist's mit dem Gewichtsverlust?“

„35 Pfund“ strahlt Hade.

„Was“ fragt der Arzt, „was, 35 Pfund
haben Sie abgenommen?“

„Wieso ich,“ sagt Hade, „der Gau!“

C&A
BRENNINKMEYER
Oranienstr. 40
Am Oranienplatz
Chausseestr. 113 Königstraße 33
Beim Stettiner Bahnhof Am Bahnhof Alexanderplatz

50 JAHRE KARSTADT JUBILAUMS-VERKAUF

JUBILAUMS-VERKAUF 50 JAHRE KARSTADT

JUBILAUMS-VERKAUF 50 JAHRE KARSTADT



Häkelkappe
sehr fesch und kleidsam
die große Mode M.

3⁵⁰



Hochsummerhut
aus fein. Fantasie-Geflecht
in hellen Farben M.

5⁷⁵



Spangenschuh
für Damen, braun Boxcalf
mit Trotteur-Absatz 6.90
dts. in Lackleder M.

5⁹⁰



Halbschuh
für Herren, braun u. schwarz
Boxcalf, oder Lackleder,
Original Good. Welt . . M.

8⁹⁰



Piastron
Georgette mit
Lochstickerel und
doppelter Blende
weiß, champ, rosa

Kleider-Passe
künstseiden Ma-
racain mit ele-
gant. Stickereien
Champ. coralle

3⁹⁰

1⁴⁵

Wir feiern Jubiläum - Alle Käufer feiern mit!



14⁷⁵

18⁷⁵

- Crêpe de chine** 1.95
elegante reinseid. Kleiderqualität, gute Farben, ca. 100 cm, enorm billig, Mtr.
- Crêpe Marocain-** 3.75
Schotten, reine Kunstsd., modernste Farbstellg., ca. 100 cm breit, Mtr. M.
- Honan-Druck** 3.95
echt asiatische Ware, neueste Dessins in guten Pastelfarben Mtr. M.
- Tweed-Flamengo** 6.88
moderne Dessins, riesige Auswahl Jubiläumspreis Meter Pf.
- Wollcrêpe de chine** 1.95
das weichst. Gewebe, gr. Farbausw., reine Wolle, dopp.-br. Jubiläumspr. Mtr.
- Seiden-Flamengo** 3.75
m. Jacquard-Effekt, r. Wolle m. Kunstseide, ca. 100 breit, Jubiläumspr. Mtr.
- Waschmusseline** 3.99
moderne Muster, große Auswahl Jubiläumspreis Meter Pf.
- Crêpella** 7.75
aparte franz. Drucks in unerhörter Auswahl, Jubiläumspreis Mtr. . . . Pf.
- Woll-Musseline** 9.95
hübsche Sommerneuheiten in enorm. Auswahl, Jubiläumspreis Mtr. . . . Pf.
- Hemdhosen** 1.95
aus farbigem Batist, reich mit Valenciennes-Spitzen garniert M.
- Damen Pyjama** 2.50
aus farbigem Batist mit langem Arm zum Durchknöpfen M.
- Nachthemden** 4.50
für Damen, aus feiner Kunstseide mit aparter großer Spitzenpasse M.
- Strumpfhalter - Gürtel** 1.75
aus kunstseidenem Atlas, 2 Gummiteile, seitlich gehakt, mit 4 Haltern M.
- Corselet** 2.50
aus gut Broché kunstseid Trikotbrust, seitlich gehakt Rückenschn., 4 Halter
- Damen-Strümpfe** 8.88
künstl. Waschseide, feinmaschig, mit Ballenverstärk. u. Spitzhochferse, Pf.
- Damen-Schlüpfer** 1.45
Charmeuse, doppelmasch. zarte Farb. od. Herr.-Trikothemd., Louisiana-Qual.
- Sport-Pullover** 1.95
ohne Ärmel, für Herren, in schönen Melangen, für Damen weiß u. farbig M.

- Kinderkleidchen** 8.85
aus Waschstoff, schöne Schotten- und Streifenmuster Gr. 40-55 Pf.
- Knaben-Rollblusen** 8.85
aus uni u. gestreift Zephir mit Klappmanschetten Gr. 0 (Steig. Pf. 25) Pf.
- Mädchenkleid** 1.90
einf. Zephir m. Falt. u. mod. Stick auf Krag u. Tasch. Gr. 60 (Steig. Pf. 30) M.
- Gummimäntel** 5.75
für Kinder in hübschen Schotten, Gr. 65-90 M. 7.75, Gr. 50-60 M.
- Berufskittel** 1.95
auch fürs Haus, weiß Creton mit Blende, ohne Arm, amerik. Form M.
- Selbstbinder** 4.40
gewalt. Mengen zu unerhört billigen Preis, z. T. reine Seide M. 1.95, Pf. 95.
- Oberhemden** 1.95
weiß, mit guten Popeline-Einsätzen, unserer großer Jubiläum-Schlager M.
- Sporthemden** 3.95
Schatten-Popeline m. festem Kragen, feine Pastellfarben, hervorrng preisw.
- Herrenhaarhüte** 3.75
viele Formen und Farben, z. T. mit kleinen Schönheitsfehlern . M. 5.75,
- Coupékoffer** 6.90
echt Vulcanfiber mit guten Schlössern, Deckelrandnaht, 70 cm 7.50, 65 cm
- Besuchstasche** 4.90
große Form in div. apart. Ledernorb. sowie mit modernen Auflagen . . M.
- Nachmittagstasche** 6.75
sehr elegant, m. echt. Cham.-Eidechspalte, m. Bodenfaite, Vortasche etc. M.
- Elegante Halsketten** 9.95
das Modernste in Farbe und Form, außergew. billig, M. 2.90, 1.90 u. Pf.
- Klapp-Kamera** 17.50
für Rollfilm 6x9 mit Rapid-Apl. 1:7.7, Lederbalgen, Rahmensucher . . M.
- „Vollklang“** 25 cm ø 1.00
die unzerbrechliche, biegsame Schallplatte, reichhalt. Repertoire, jetzt nur M.
- Wassertanks** 2.25
aus starkem Zinkblech, für 5 Ltr. Inhalt M. 3.20 für 3 Ltr. Inhalt M.
- Hauszelte** 39.50
aus Militärzeltbahn DKV. 180x180 x50x130 cm, inkl. Zubehör . . M.

Flottes Kleid aus reinseidenem Tussah, helle moderne Farben, mit kl. Mustern bedr.
Nachm.-Kleid aus kunstseidenem Marocain, in schwarz, marine, kl. Mustern bedr.



42⁰⁰

24⁷⁵

Reinw. Mantel mit apart. echtem Feskragen, ganz gefüllt, bis Gr. 52
Damen-Mantel englischer Art, ganz gefüllt bis Größe 52



39⁰⁰

19⁵⁰

Garb.-Mantel reines Kammgarn ganz auf Kunsts. gut verarbeitet fen 39.00,
Sacco - Anzug aus modernem strapaziert Stoff 29.00

Gratis sticken **Gratis gravieren**

wir alle jetzt bei uns gekaufte Bett-, Tisch- und Leibwäsche

wir alle bis 9. 5. bei uns gekauften silbernen und versilberten Bestecke

KARSTADT

Pläne der Sozialreaktion.

Zum Kampf um die Invalidenversicherung.

Die „Reform der Sozialversicherung“ ist von der Vereinigung der Arbeitgeberverbände als eine der Schicksalsfragen des deutschen Volkes charakterisiert worden. Man kann dieser Charakterisierung beipflichten; denn eine Zerstörung der Sozialversicherung würde an den Grundfesten des Staates rütteln. Auf eine solche Zerstörung laufen aber die „Reform“-Pläne der Arbeitgeberverbände hinaus. Sie wollen nicht reformieren, sondern nur abbauen. Der von ihnen geforderte Leistungsabbau soll in erster Linie dazu dienen, die innere Reparationslast, d. h. all die mit der Bekämpfung der Kriegsfolgen im weiteren Sinn verbundenen Lasten den notleidenden Massen, vor allem der Arbeiterschaft, aufzuhäufen.

Eine wirkliche Reform durch Neuorganisation und Ausbau zur Verbesserung der Leistungsfähigkeit der Zweige der Sozialversicherung fordern die Gewerkschaften. Sie würden z. B. voraussichtlich keine grundsätzlichen Bedenken gegen eine gewisse Befähigungsgemeinschaft der alten Sozialversicherung, d. h. unter Ausschluß der Arbeitslosenversicherung, geltend machen. Seit langem haben die Gewerkschaften eine

Vereinheitlichung der Versicherungswege

gefordert, die in erster Linie die gesundheitlich geschädigten Arbeitnehmer betreffen. Allein von einer solchen Reform will man weder bei den Unternehmern noch auch im Augenblick im Reichsarbeitsministerium etwas wissen. Die Unternehmer wollen einfach auf Kosten der Versicherten „sparen“, d. h. irgendwo die Renten abbauen, und die Regierung will mühsam und mühsam machen, d. h. irgendwo entstehende Defizits in der Sozialversicherung durch diese selbst decken lassen und ihr zugleich durch Abbau der Zuschüsse neue Lasten aufhalsen, für die eigentlich die Allgemeinheit zu sorgen hätte. Das gilt vor allem für die Invalidenversicherung. In welchen Ungerechtigkeiten das führen muß, wird in der neuesten Nummer der „Sozialen Praxis“ (Heft 18) von Weller-Berlin, dem Sozialversicherungsspezialisten des Allgemeinen Deutschen Gewerkschaftsbundes, aufgezeigt.

Weller stellt fest, daß

Die Finanzlage der Invalidenversicherung.

obwohl sie jetzt vom Vermögen zehren muß, bei weitem nicht so katastrophal ist, daß dadurch ein allgemeiner Abbau der Renten auch nur zum Teil gerechtfertigt werden könnte. Das Rechnungsjahr 1930 habe noch mit einem Uberschuß von etwa 50 Millionen Mark abgeschlossen. Für 1931 werde, wenn die Verhältnisse sich nicht bessern, mit einer Unterbilanz von 60 bis 65 Millionen Mark gerechnet werden müssen. Es sei also ein erstmaliger Zugriff auf das Vermögen erforderlich, und wenn 1932 die Beitragseinnahmen nicht höher seien als in dem unternormalen Beitragsjahr 1930, so sei mit einem weiteren Fehlbetrag von 130 bis 140 Millionen Mark zu rechnen. Bei ungünstiger Wirtschaftsperspektive würde demnach bis zum Schluß des Jahres 1932 das Vermögen

unter voller Aufrechterhaltung der jetzigen Leistungen

um rund 200 Millionen Mark angegriffen werden. Der Gesamtvermögensstand (Reinvermögen) habe am Schluß des Jahres 1930 im ganzen 1632 Millionen Mark betragen. Wenn auch ein starker Teil dieses Vermögens nur unter schweren sozialpolitischen Schädigungen flüssig gemacht werden könne, so sei doch der liquide Teil groß genug, um unmittelbare Sorgen für die Fortgewährung der Leistungen noch für längere Zeit auszuhalten zu können. Eine zwingende Notwendigkeit, die Leistungen sofort abzubauen, um so die Versicherung über die Zeit der wirtschaftlichen Not hinwegzubringen, bestehe also keineswegs.

Die unerwartet schnelle Verknappung der Finanzen der Invalidenversicherung ist, wie Weller zahlenmäßig nachweist, zu einem guten Teil auf den

Ausfall der Reichszuschüsse

zurückzuführen. Diese Zuschüsse aus öffentlichen Mitteln sind aber — Weller betont das besonders ausdrücklich — gerade bei der Invalidenversicherung durchaus begründet, denn sie ist mit einer großen Zahl Verpflichtungen belastet, die ihr durch politische und wirtschaftspolitische Katastrophen zugefallen sind, oder die als reine Fürsorgeaufgaben betrachtet werden müssen. Die Invalidenversicherung hat z. B. eine ganz erhebliche Rentenlast als Kriegsfolge zu tragen. Nach einer sehr vorsichtigen Schätzung kommen 100 000 Invaliden, 330 000 Waisen- und 50 000 Witwenrenten noch heute als reine Kriegsfolge in Frage. Jedenfalls ist die Last der auf schwere Kriegsverletzung zurückführbaren Invaliditätsfälle ganz bedeutend. Ferner sind, wie Weller weiter ausführt, von der Versicherung Inflations-schäden insofern zu tragen, als bei der damals vollzogenen wirtschaftlichen Umschichtung mancher kleine, bis dahin versicherte Rentner in sehr vorgeschrittenem Alter erst zur Versicherung kam, um nach knapper Erfüllung der geringen Wartezeit (200 Wochenbeiträge) Altersrente zu beziehen. Nach Wahrnehmung ländlicher Versicherungsexperten kommt noch heute manche Versicherung in

vorgeschrittenem Alter auf Grund eines Scheinarbeitsverhältnisses zustande, um zur Entlastung kleiner Gemeinden nach Zurücklegung der kurzen Wartezeit Altersrente zu beziehen.

Unter Hinweis auf diese Tatsachen betont Weller, es könne nicht Aufgabe einer Versicherung sein, mit ihrem Beitragsaufkommen solche öffentlichen Verpflichtungen zu erfüllen. Je mehr an den Reichszuschüssen gerüttelt und abgebaut werde, um so mehr würden und mühten die Versicherungsbeiträge den Charakter einer Sondersteuer der arbeitenden Schichten erhalten. Eine allgemeine Kürzung der an sich bereits viel zu geringen Rentenleistungen jedoch würde

ein Schlag gegen die Altersrenten

bedeuten — ein Schlag, der im übrigen auch von den Fürsorgeverbänden nicht pariert werden könne. Die Fürsorgeverbände brauchen einen Ausbau, nicht aber einen Abbau der Invalidenrenten, da annähernd 30 Prozent der Sozialrentner noch in öffentlicher Fürsorge stünden, weil die Sozialrente nicht ausreichte, um den allernotdürftigsten Lebensunterhalt zu bestreiten.

Man darf erwarten, daß das Reichskabinett dieser Warnung die nötige Beachtung schenkt, wenn es demnächst zu den brennenden sozialpolitischen Fragen Stellung nimmt.

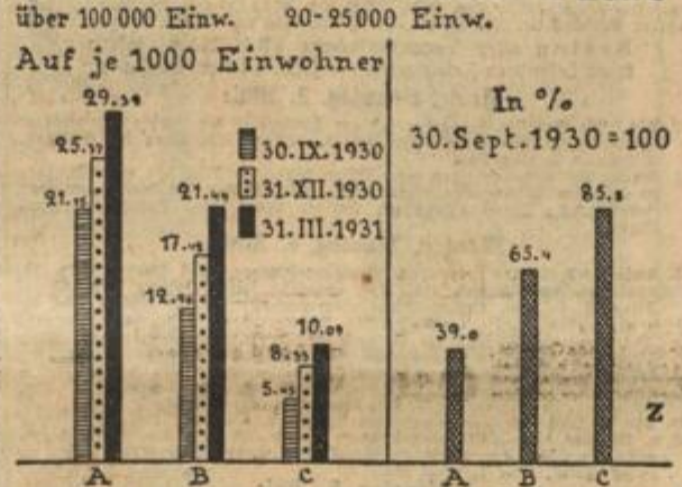
Die Lasten der Wohlfahrt.

Für die Gemeinden.

Der Deutsche Städtetag teilt mit: „Der Brauns-Ausschuß hat in mehrwöchiger Arbeit eine Anzahl von Angelegenheiten behandelt. Die große und wichtige Frage aber, von deren Lösung die Sanierung der kommunalen Finanzen abhängt, die Betreuung der sogenannten Wohlfahrtserwerbslosen und der

Zunahme der Wohlfahrtserwerbslosen in Preußen

A Großstädte B Kleinstädte C Land über 100 000 Einw. 20-25 000 Einw.



Ausgleich der Wohlfahrtslasten zwischen Reich und Gemeinden, ist von ihm noch nicht in Angriff genommen worden.

Die Gemeinden können die ungeheuerlich gestiegenen Kosten der Wohlfahrtserwerbslosenfürsorge nicht allein tragen, die Finanzlage der Gemeinden muß sich, weil die Zahl der Wohlfahrtserwerbslosen nach wie vor steigt, von Monat zu Monat verschlechtern. Die dringend erforderlichen Entschlüsse der Reichsregierung hängen von der Stellungnahme des Brauns-Ausschusses ab, jede weitere Woche der Verzögerung richtet außerordentlichen Schaden an. Deswegen hat der Deutsche Städtetag namens der deutschen Städte den Brauns-Ausschuß gebeten, vorweg an die Lösung des Problems der Wohlfahrtserwerbslosen einschließlich der Neugeschaltung der Krisenfürsorge heranzugehen, zumal diese Frage unabhängig von der eigentlichen Reform der Arbeitslosenversicherung erledigt werden kann.“

Der Notruf einer Stadt.

Gegen die strupelosen Stillelegungen.

Gelsenkirchen, 2. Mai.

Wegen der beabsichtigten völligen Stilllegung der Schachtanlagen Rheinebe-Anna in Gelsenkirchen hat Oberbürgermeister Zimmermann an den preussischen Innenminister sowie an den Handels- und Finanzminister Telegramme gerichtet, in denen darauf hingewiesen wird, daß durch die Stilllegung der Schachtanlagen 900 Arbeiter und 70 Angestellte erwerbslos würden. Gelsenkirchen könne diesen neuen Schlag nicht ertragen, da ein abermaliger Steueranfall zusammen mit dem Konsumrückgang und den zunehmenden Wohlfahrtslasten die völlige Zerrüttung der städtischen Finanzen mit sich

bringen müsse. Der Fehlbetrag für 1931 betrage jetzt schon 6,5 Millionen Mark.

In den Telegrammen werden die Minister gebeten, den Demobilisierungskommissar anzuweisen, die völlige Stilllegung der Anlagen nicht zu genehmigen, da andernfalls die Stadt ohne staatliche Hilfe ihre Existenz nicht mehr aufrechterhalten könne.

Der Streik in Niederlehme.

Die Streikenden verzichten auf Betteluppen.

Zur Beilegung des Streiks in Niederlehme, über den wir am 1. Mai ausführlich berichteten, hat der Schlichtungsausschuß in Potsdam die bisherigen Vertragsparteien zu Verhandlungen geladen. Die Front der Streikenden steht heute nach fast fünfwöchigem Kampf noch genau so fest wie am ersten Streiktag. Es ist daher hodenlos dumm und zugleich gemein von den Gewerkschafts-„Strategen“ in der „Roten Fahne“, zu behaupten, die „Gewerkschaftsbürokratie“ wolle die Streikenden „verraten“ und ihnen zumuten, für 70 oder 72 Pfennig Stundenlohn wieder in den Betrieb zu gehen. Die Gewerkschaften denken nicht daran, den Streikenden, die zu 98 Proz. freigewerkschaftlich organisiert sind, einen Abbau ihrer Stundenlöhne um 21 Pfennig zuzumuten. Diese Verleumdungslüge ist jedoch sehr verständlich, weil nämlich die SPD und ihre RGD bei den Streikenden in Niederlehme nichts zu melden hat. Die RGD ist den Streikenden in Niederlehme nur vom Hörensagen bekannt. Eine Arbeitergruppe, die fast geschlossen und schon langjährig organisiert ist, hat es auch nicht nötig, sich mit Gemeindeführern (satt machen zu lassen, wie es der kommunistische Gemeindevorsteher in Niederlehme verlangte. Die sozialdemokratischen Gemeindevorsteher haben im Einvernehmen mit den Streikenden, die von ihren Gewerkschaften ausreichend unterstützt werden, diesen kommunistischen Anbiederungsantrag abgelehnt. Dafür werden jedenfalls die Streikenden in Niederlehme zusammen mit ihren Organisationen sorgen, daß ihr Streik nicht mit einem solchen „Erfolg“ endet wie bisher alle von der RGD „geführten“ Streiks.

Für Jugendschutz.

Rundgebung der Metallarbeiterjugend.

Im Rahmen der Frühjahrswerbung der freigewerkschaftlichen Berliner Jugendzentrale veranstaltete der Metallarbeiterverband zu Donnerstagabend im Gewerkschaftshaus eine Werbefundgebung für die Metallarbeiterjugend. In ihrem Mittelpunkt stand ein Vortrag des Genossen Schliestedt vom Hauptvorstand des Metallarbeiterverbandes über die Bedeutung und Notwendigkeit des Jugendschutzes. Mit zündenden Worten umriß er die seit Jahren von den Gewerkschaften erhobenen Forderungen nach gesetzlicher Regelung des Urlaubs der Jugendlichen, ausreichender Freizeit, besserer Berufsausbildung, Bezahlung der Schulzeit, Herabsetzung der Lehrzeit usw. Seine begeisterten Ausführungen klangen aus in den Appell an die jungen Metallarbeiter und Metallarbeiterinnen, sich einzureihen in die gewerkschaftliche Front, deren Geschlossenheit in der jetzigen Zeit der Reaktion auf allen Gebieten mehr als je notwendig ist.

Der Arbeiterfängerverein Fichte-Georgina trug zum Gelingen der Veranstaltung ebenso bei, wie der Sprech- und Bewegungschor der Berliner Gewerkschaftsjugend, der die Rundgebung mit dem packenden Sprechchorwerk „Streik“ befehligte.

Niederlage der RGD.

Bei den thüringischen Staatsforstarbeitern.

Zu der Wahl des Hauptbetriebsrats für die thüringischen Staatsforsten hatten außer dem Deutschen Landarbeiterverband auch der Reichsverband ländlicher Arbeitnehmer (christliche Gewerkschaft) und die RGD Listen aufgestellt. Insgesamt wurden 1461 Stimmen abgegeben, 29 davon waren ungültig. Von den 1452 gültigen Stimmen erhielt die Liste des Deutschen Landarbeiterverbandes 1224 Stimmen, die des Reichsverbandes 165 und die der RGD 63 Stimmen. Die fünf Vertreter und fünf Stellvertreter stellt mithin der Landarbeiterverband. Reichsverband samt RGD, gehen leer aus. Im Vorjahre hatten der Landarbeiterverband vier und der Reichsverband einen Vertreter, die RGD keinen. Damit hat die RGD ihre vorjährige Position hundertprozentig behauptet.

Sonderbare Fürsorge.

Fürsorgelehrlinge, die nicht versicherungspflichtig sind.

In einem am 25. April im „Reichsarbeitsblatt“ veröffentlichten Erlass nimmt das Reichsarbeitsministerium zu der Frage der Kranken- und Arbeitslosenversicherungspflicht der Lehrlinge aus den Lehrwerkstätten der Fürsorge- oder Pflegeanstalten ablehnend Stellung.

Reichsversicherungsamt und Reichsarbeitsministerium vertreten — vorbehaltlich einer Entscheidung im Rechtswege — den Standpunkt, daß eine Lehre in den Lehrwerkstätten der Fürsorge- oder Pflegeanstalten keinen freien wirtschaftlichen Austausch von Arbeit und Lohn, sondern eine obrigkeitliche Zwangsmassnahme darstellt. Eine ausschlaggebende Bedeutung sei dem Umstand nicht beizumessen, daß zwischen dem Vorstand der Fürsorge-

Die Sensation auf dem Zigarrenmarkt

KAMPFSPIEL
die leichte milde
BOENICKE-HAVANA
Handarbeit

KISTEN ZU 100 ST. 10 M. netto

Die neue milde 10 Pf. Boenicke-Havana

stellt bezüglich ihrer feinen, milden Qualität eine Leistung dar, die für den Raucher eine Ueberraschung ist. Glückliche Tabakinkäufe aus besten Ernten, sorgfältigste Zusammenstellung durch erfahrene Fachleute und der Wille, dem sparsamen Raucher einen wirklichen Genuß zu bieten, haben es ermöglicht, diese außergewöhnliche Leistung zu vollbringen.

Dabei ist „Kampfspiel“ eine Handarbeits-Zigarre!

Kisten-Rabatt auf „Kampfspiel“ aufgehoben.

Eine weitere hohe Leistung ist mein neues Sumatra-Sortiment

Mit Verlaub

Delicados 10 cm 15 Pf.
Excelsos 10 cm 20 Pf.
Protectores Sandblatt 11 cm 25 Pf.
Grandezas 11 cm 30 Pf.
Kisten zu 50 Stück. Sämtlich in dem beliebten Oval-Format

Otto Boenicke

Berlin W 8, Französische Straße 21
HAUS AM ZOO (CAPITOL) KÖNIGSTRASSE 49 BAYERISCHER PLATZ 9
SCHLOSS-STR. 96 (STEGLUZ) KOCHSTRASSE 39 INVALIDENSTRASSE 117

Theater, Lichtspiele usw.

Sonntag, 3. 5.
Staats-Oper
Unter d. Linden
244. A.-V.
20 Uhr
Eine Nacht in Venedig
Ende g. 22 1/2 Uhr

Sonntag, 3. 5.
Stadt. Oper
Bismarckstr.
Turnes IV
20 Uhr
Cavalleria rusticana
Josephslegende
Ende n. 22 1/2 Uhr

Staats-Oper
Im Platz der Republik.
20 Uhr
Madame Butterfly
Offiz. Kartenverkauf
Ende g. 22 1/2 Uhr

Staatl. Schauspiel.
(am Gendarmenmarkt).
210. A.-V.
20 Uhr
Prinz Friedrich von Homburg
Ende 22 1/2 Uhr

Staatl. Schiller-Theater, Charlthg.
20 Uhr
Emilia Galotti
Ende nach 22 1/2 Uhr

Winter Garten
8.15 Uhr — Ztr. 2019 — Randen erlischt
Dayelma-Ballett
in neuen Tänzen, sowie weitere neue internat. Spitzen-Darbietungen.
Heute Sonntag 2 Vorstellungen
4 und 8 1/2 Uhr. 4 Uhr kleine Pr.

8 1/2 Uhr **CASINO-THEATER** 8 1/2 Uhr
Lothringer Straße 37.
Einzig in Berlin
Für wenig Geld das Beste vom Besten
Ein großer bunter Teil
dann das entzückende Theaterstück
Graf Koks
Billig! Sommerpreise! Billig!
0,60, 0,75, 1,— Mk. bis 1,50 Mk.

Volksbühne
Theater am Bülowplatz.
3 1/2 Uhr
Die Komödie der Irrungen
8 Uhr
Die Ehe
Staatl. Schiller-Th.
8 Uhr
Emilia Galotti

Deutsches Theater
8 Uhr
Der Hauptmann von Köpenik
v. Carl Zuckmayer
Regie: Heinz Hilpert

8 1/2 Uhr
Die Komödie
8 1/2 Uhr
Dienst am Kunden
von Carl Holz und Max Hansen
Regie: Hans Deppe

Kurfürstendamm-Theater
Bismarck 449
8 1/2 Uhr
Morgen z. 25. Male
Alles Schwindel
von Marcelus Schiff.
Musik von Mischa Spoliansky.
Regie: Gustaf Gründgens

SCALA
Tägl. 8 u. 8 1/2 Uhr. 8 5. Barb. 9256
Nachm. 50 Pf. — 3 M. Abends 1—6 M
Unsere Original **Alfred Jackson-Girls**
Togo, Peter Piet, Lord Alin etc

Metropol-Theater
Täglich 8 1/2 Uhr
Nur noch 4 Tage!
Das Veldien v. Montmartre
Operette v. Kalman
Sonntag 4 Uhr
Kleine Preise.
Das Veldien von Montmartre

Elite-Sänger
Kottbuser Str. 6
Tägl. 8 1/2 Uhr
Sonntag 8 1/2 Uhr
FRITZI
Danz Gespiel
Lotte Hand
u. d. Komp.
Siegwart Ehrlich.
Reduz. ermäßigte Preise

PLAZA
Weichsel 27. 4031
Täglich 5, 8 1/2 Sonntags 2, 5, 8 1/2
Nachm. 50 Pf. bis 1 M. Abds. 1 bis 2 M
3 Wiere Bros.
Ballett Gérard etc.

LUNA PARK
ist eröffnet
In seiner idyllischen Lage und Schönheit, seinem erstklassigen Konzert, seinem prachtvollen Feuerwerk, seinen vielen Attraktionen, seinem fröhlichen Leben und Treiben
noch immer unerreicht!

Reichshallen-Theater
Abends 8 Sonntags nachm. 8 1/2
Stettiner Sänger
Das wundervolle **MAI-PROGRAMM.**
Populäre Preise:
60 Pf. bis 2 M., auch Sonntags!
Nachmittags ermäßigte Preise!

Trabrennen Ruhleben
Montag, den 4. Mai
nachmittags 3 Uhr

Theater im Admiralspalast
Täglich 8 1/2 Uhr
Der lustige Krieg
Oehmann, Ahlers, Trautenhagen u. G. u. a. m.

GROSSES SCHAUSPIELHAUS
Täglich 8 Uhr im weissen Saal.
In der Premierenbesetzung nur noch 4 Wochen
Regie: Erik Charell.

HOPPEGARTEN
Erste Prüfung der Derbyferde
HEUTE SONNTAG 3. Mai
3 1/2 Uhr nachm.
Preis von Dahlwitz

Theater d. Westens
Täglich 8 1/2 Uhr
Kürses Gastspiel
Mistigoet
mit ihrem eigenen Revueensemble
Sonntags 4 Uhr
Kleine Preise.
Mistigoet-Revue

ROSE THEATER
Von Montag bis Freitag: 8 1/2
Sonn-Abend: 7 00 10 15
Heute Sonntag 3 x
2 30 5 45 9 00
Sonntag, 10. Mai
Zum vorletzten Male 5 45
Zum 50. Male 9 00
Traute Hans Paul
Willi ROSE
in
„Die Sache, die sich Liebe nennt“
Amerikanische Komödie von Edwin Burke
Ab 11. Mai:
Die fünf Frankfurter
Große Frankfurter Straße 132
U-Bahn Strausberger Platz
6stägiger Vorverkauf täglich von 11—1 Uhr und 4—9 Uhr
Telephonische Bestellung: 57 Weichsel 5422

HAUS VATERLAND
KURFÜRSTENSTR. 2460
Vergnügungs-Restaurant Berlins
BETRIEB KEMPINSKI

Lessing-Theater
Täglich 8 1/2 Uhr
Husarenfleber
Guido Thielscher, Kastner, Arnstadt, Vespermann

Komische Oper
8 1/2 Uhr
Alt-Heidelberg
Lada Englich, Westermeyer, L. I. Wackit, Puckert

Neues Theater am Zoo
Am Bahnh. Zoo. Stpl. 6554
Heute 8 1/2 Uhr
Ueber 150 Mal:
Voruntersuchung
von Max Alsborg u. Otto Ernst Nease

Wer hat Stoff?
Wir fertigen eleg. Anzug und Mantel für 20 M. mit uns. sämtl. Zutaten, Roßhaarverarb., tadellos. Sitz. Aus unseren Stoffen 15 M. Maßst. „Chic“, Oranienstraße 85, Potsdamer Str. 43 a, Eingang Steglitzer Str., Frankfurter Allee 39, Turmstr. 76 a, Prenslauer Straße 46 (Alexanderplatz).

Grosser Preisabbau Fahrräder
Fahrrad- u. Motorrad-Zubehörsorte zu noch nie dagewesenen Preisen. Neue Halbrenner u. Tourenräder schon für 36,—, 35,—, 48,—, 45,—, 55,—. Neue Damenräder 45,—, 55,—, 65,—. Orig. Brennabor-Räder 75,—. Stern Räder jetzt bedeutend billiger Mk. 65,—, 75,—, 85,—. Arcona Räder die Präzisionsmarke jetzt Mk. 95,—. Ballon-Touren Mk. 60,—, 65,—, 75,—, 85,—, 95,—. Ballon-Touren, Ballon-Damenmaschinen Mk. 60,—, 65,—, 70,—, 80,—. Original-Brennabor-Ballonräder Mk. 85,—. B. KRäder 75,—, 85,—, 95,—. Transport-Zweiräder v. 95,— an. Gebrauchte Fahrräder Mk. 15,—, 20,—, 25,—, 30,—, 35,—, 4000 Kinderräder Mk. 7,50, 10,—, 15,—, 19,—. Jugendräder Mk. 35,— an. Rahmen Mk. 15,—, 18,—, 20,—, 25,—, 30,—. Motor-Fahrräder mit Sachs-Motor mit Zweiganggetriebe, Touren- u. Sportmodelle. Fahrradzubehörsorte bedeutend billiger. Auto- und Motorradzubehörsorte, größte Auswahl. Grosser Posten neue erstklassige Nähmaschinen Mk. 85,— mit Elektro-Motor Mk. 110,—. Sprechmaschinen Mk. 10,—, 12,—, 14,—, 20,—, 25,—, 30,—, 35,—. Schallplatten 0,45, 0,50, 1,—. 15 000 erstklassige Doppelfedersehneckenwerke Mk. 7,50 bis 12,—. Sämtliche Zubehörsorte, Federn alle gangbar. Grössen Mk. 1,—, 1 50. Tonarme, leere Gehäuse u. alle Zubehörsorte z. Selbstbau. Radio größte Auswahl. Radio-Zubehörsorte, sämtl. Bastiermaterial usw. Katalog, 300 Seiten stark, nach auswärts gratis und franko.
Ernst Machnow, BERLIN C. Weinmeisterstrasse 14.
Grösstes Fahrradhaus Deutschlands.
Filiale: Charlottenburg, Windscheidstr. Ecke Kantstr. 2. Filiale: Kantstr. 54.

ERÖFFNUNG
BERLINER SOMMERSCHAU
1 9 3 1
AM **9. Mai**

DEUTSCHE BAU AUSSTELLUNG

BERLINS GRÖSSTE AUSSTELLUNG SEIT 1896 ZEIGT:
INTERNATIONALE AUSSTELLUNG FÜR STÄDTEBAU UND WOHNUNGSWESEN • DAS BAUWERK UNSERER ZEIT • DIE WOHNUNG UNSERER ZEIT • DAS NEUE BAUEN • BILDENDE UND BAUKUNST • DER LÄNDLICHE SIEDLUNGSBAU • GARAGEN-AUSSTELLUNG RING DER FRAUEN IM DEUTSCHEN DORF
GEÖFFNET TÄGLICH VOM 9-8 • FUNKTÜRNGARTEN U. DEUTSCHES DORF - BIS MITTERNACHT

Endlich wieder Brunnenkuren
im Zoo (Waldschänke) mit natürlichen Heilquellen
im Lietzenseepark (Eingang Königsweg)
Täglich von 7-10 Uhr morgens
Kurkapelle Schwiff
Auskunft durch die Brunnenvertriebs-AG. (Hauptniederlage für sämtliche natürlichen in- und ausländische Heilquellen) Berlin SW, Yorckstraße 59 / Bergmann 3536-38, 6177

Etwas Außergewöhnliches!



Pumps
aus haselnussfarbig.
Chevr.-Leder mit
echter Reptilgarnitur
8,75



Spangenschuh
aus mode-
farbigem
Chevr.-Leder, mit eleg.
echter Reptil-
verzierung
8,75



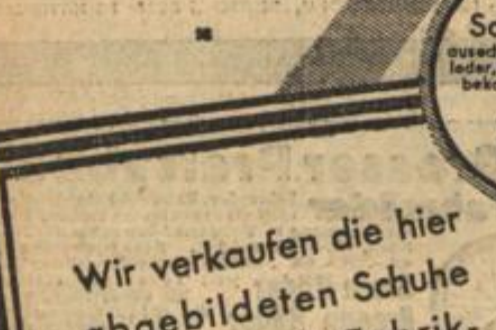
Spangenschuh
Traiteur-
absatz,
aus feinem dunkel-
mod. Chevr.-Leder
u. braun. Lada-garn.
8,75



Spangenschuh
mit Treppenabsatz, aus
dunkelbeige Chevr.-Led.
mit echter Reptilouff.
8,75



Spangenschuh
aus braunem Boxcalf-
Leder, in echter Rahmen-
arbeit, ein praktischer
Strapazienschuh
8,25



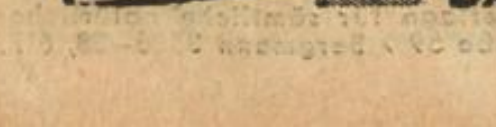
**Damen-
Schnürschuh**
aus edl., braunem Boxcalf-
Leder, Rahmenverarbeitg.,
bekanntes u. beliebtes
Sportmodell
8,25



**Herren-
Sportschuh**
braun, mit Watterrand,
echte Rahmenarbeit, in
ganz vorzügl. Passform
9,70



**Herren-
Halbschuh**
aus echtem Boxcalfleder,
in schwarz u. braun sowie
in Lackleder, in eleg.
ganzer Form, echte
Rahmenarbeit
9,70



**Herren-
Halbschuh**
aus braun oder schwarz
Boxcalfleder, in besonders
gut ausgearbeiteter Form,
Rahmenarbeit
9,70

Original-Fabrik-Preise
Damen- und Herren-Schuhe

Wir verkaufen die hier
abgebildeten Schuhe
zu Original-Fabrik-
preisen, wie sie von
der Fabrik aus an
Wiederverkäufer ab-
gegeben werden.

Kein Verkauf an
Wiederverkäufer
Mengenabgabe vorbehalten!
Verkauf soweit Vorrat!

HERMANN

DAS WARENHAUS BERLINS IN ALLEN STADTTTEILEN

Verkehr am Himmelfahrtstage.

500—600 Sonderzüge für Ausflüge.

Für den starken Verkehr am Himmelfahrtstage hat die Reichsbahndirektion Berlin auf der Stadt-, Ring- und Vorortbahn umfassende Vorbereitungen getroffen. Außer den fahrplanmäßigen Zügen werden der Berliner Bevölkerung 500 bis 600 Sonderzüge für Ausflüge ins Freie zur Verfügung stehen. Auf der Stadtbahn wird alle zwei Minuten ein Zug fahren und auf den elektrischen Vorortstrecken — besonders zwischen Berlin und Wannsee, Friedrichshagen und Grünau — wird der fünfminutenverkehr eingerichtet werden.

Für den Verkehr nach den weiteren Ausflugszielen sind genügend Einzelfzüge vorgesehen, insbesondere zur Baumbühl auf der Strecke Berlin Potsdamer Fernbahnhof—Werder 100 Züge, auf der Strecke Schleißer Bahnhof—Strausberg 14 Züge, vom Elettiner Bahnhof nach Bernau 14 Züge, nach Oranienburg 20 Züge, nach Velten 8 Züge, vom Potsdamer Vorortbahnhof nach Zossen 10 Züge, vom Grlitzer Bahnhof nach Königswusterhausen 30 Züge, vom Lehrter Bahnhof nach Wustermark und Rauen 9 Züge. Der Rückverkehr auf diesen Strecken wird nach Bedarf im zehnminutenverkehr bedient werden. Nach Scharmützelsee und zurück sollen drei direkte Züge als Verstärkung gefahren werden. Bei dem Himmelfahrtstage weiter gesteckt hat, benutze die beliebigen Sonntagsrückfahrkarten; sie gelten von Mittwoch 12 Uhr bis Freitagmorgen 9 Uhr.

Von der Mutter totgesagt.

Wiedersehen im Gerichtssaal nach 25 Jahren.

Eigenartige Familienverhältnisse ergaben sich in einem Bigamieprozess vor dem Schöffengericht Berlin-Mitte. Der Arbeiter M. hatte im Jahre 1904 eine Frau geheiratet, die ihn zwei Jahre später nach der Geburt eines Sohnes verließ. Die Ehegatten ließen gegenseitig nicht mehr von sich hören. Erst im Jahre 1920, als er aus der Kriegsgefangenschaft zurückkehrte, besuchte M. mit seinem Sohne an dessen Einsegnungstag seine Schwiegermutter, um nach dem Verbleib seiner Frau zu fragen. Hierbei soll ihm die alte Frau gesagt haben, ihre Tochter sei längst ins Wasser gegangen. M. fuhr wieder nach Haus und heiratete daraufhin seine Haushälterin. Erst gestern im Gerichtssaal unter der Anklage der Bigamie sah er seine erste Frau wieder, die dem Gericht erklärte, daß auch sie die ganze verlassene Zeit nichts von ihrem Manne gehört hätte. Nun sollte die 80jährige Mutter der ersten Frau darüber gehört werden, wie sie zu jener Erzählung gekommen sei. Die Greisin verweigerte ihre Aussage gegen ihren Schwiegersohn, weil sie sich nicht aufregen wollte. Das Gericht kannte die Angaben des Angeklagten, daß er von dem Tode seiner Frau überzeugt gewesen sei, daher nicht widerlegen und sprach ihn aus subjektiven Gründen von der Anklage der Doppelheirat frei.

Berlinern darf man's bieten.

Saattartoffeln für Laubentolonisten.

Die agrarischen Zeitungen bieten alles auf, die Entfremdung zwischen Stadt und Land zu vergrößern. Den Landbewohnern wird der Glaube eingeflößt, daß die städtischen Verbraucher den Landwirten verunbillige Preise mißgünstigen, und verschwiegen wird, daß noch niemand so viel für die Bauern wirklich getan hat, wie die Arbeiterklasse und die Verbraucherorganisationen.

Ein Beispiel solcher Irreführung bietet ein Aufsatz „Den Berlinern darf man's bieten“ in der „Deutschen Tageszeitung“ vom 29. April 1931. Es wird dort behauptet: In einem Kaufhaus in der Nähe des Alexanderplatzes werden Saattartoffeln zu folgenden Preisen an die Laubentolonisten verkauft: „Blaue Obenwälder“ 1,40 M., „Industrie“ 1,40 M., eine andere Sorte sogar 1,50 M. je 10 Pfund. In längeren Ausführungen werden daran Betrachtungen geknüpft über die Ausnutzung der Bauern, um den Unwillen gegen die Städter zu steigern. Auffälligerweise wird das „Kaufhaus am Alexanderplatz“ nicht näher bezeichnet, was eine Nachprüfung erschwert.

Wir wollen dazu bemerken, daß kein Laubentolonist Berlins es notwendig hat, derartig überhöhte Saattartoffelpreise zu zahlen, denn die Konsumgenossenschaft Berlin und Umgebung, in der jedermann die Mitgliedschaft erwerben kann, vermittelt an ihre Mitglieder dieselben Saattartoffelorten zu einem Drittel der genannten Preise. Wir haben auch lebhaften Zweifel an den Angaben des agrarischen Blattes, dessen Methoden verurteilt werden müssen.

Erziehung zum Helfen

Der Nachwuchs unserer Schupo

Ein so gewaltiger Beamtenkörper wie die preussische Schutzpolizei muß fortwährend seinen Personalstand verändern und der Abgang von Kräften muß durch einen entsprechenden Zugang ersetzt werden, wobei die Leistung dauernd bemüht ist, den körperlichen und geistigen Standard der Beamtenschaft zu heben. Zu diesem Zwecke bemüht man sich seit Jahren, ein möglichst vollkommenes Eignungs- und Prüfungsverfahren für den jungen Nachwuchs herauszufinden. In früheren Zeiten sind hierfür rein militärische Grundsätze maßgebend gewesen. Das war um so selbstverständlicher, als der Sicherheitsbeamte oder damalige Schupmann durchweg aus dem Heere kam. Die Leute, die zwölf Jahre gedient hatten, waren mit ihrem Zivildienstorgangsschein die Anwärter auf den Polizeidienst. Heute muß die Polizei sich ihre Anwärter unter den Zivilisten suchen. Das ist auch deshalb so wichtig, weil nur auf solche Weise der innige Kontakt zwischen Polizei und Publikum geschaffen werden kann, den die öffentliche Sicherheit braucht und weil eine im Volkstum wurzelnde Polizei die beste Stütze unserer jungen Republik ist.

Die Prüfung des Polizeinachwuchses geschieht nun in den sechsdreißig Prüfstellen der preussischen Polizeiverwaltung, die, kombiniert mit den Polizeischulen, über das Land verstreut sind. Die Zentrale dieser Prüfstellen bildet das Polizeieinstitut in Charlottenburg, Schloßstraße 1, das in einer der beiden früheren Garde-du-Corps-Kasernen beheimatet ist, die allerdings zu diesem Zweck umgebaut und völlig neu gestaltet wurde. Diese Zentrale dient vor allem einer wissenschaftlichen Durchdringung des gesamten Polizeiwesens, als da sind Schutzpolizei, Kriminalpolizei, Verwaltungspolizei, Verkehrspolizei und Landjäger. Die beiden Hauptziele des Polizeieinstituts, das unter der Leitung des Präsidenten von den Berg seine wenig an die Öffentlichkeit bringende, aber um so bedeutungsvollere Tätigkeit ausübt, sind Forschung und Lehre. Die Forschungsarbeit gliedert sich in verschiedene Sachgebiete:

- 1. Polizeirecht;
2. Berufspsychologie und Pädagogik;
3. Soziologie, einschl. Geschichte der Polizei und Beobachtung fremder Polizeien;
4. Organisation und Verwendung;
5. Kriminologie und Kriminalistik.

Diese trodene Aufzählung der Forschungs- und Lehrgegenstände bekommt sofort Leben und Anschaulichkeit, wenn man den ersten Abschnitt, nämlich „Berufspsychologie und Pädagogik“, menschlich betrachtet. Es melden sich jährlich etwa vierzigtausend Bewerber um Polizeistellen; nur dreitausend können pro Jahr eingestellt werden. Doch schon die Untersuchung auf körperliche Tauglichkeit scheidet mehr als die Hälfte von diesen vierzigtausend aus. Denn die Leitung will nicht allein einwandfreie, gesunde, körperlich wie geistig intakte Leute haben, sondern sie legt auch Wert darauf, gutaussehende, auf den ersten Blick vertrauenswürdige Leute einzustellen.

Um man im alten Polizeistaat davon aus, den Bürger einzuschüchtern und ihm in der bewaffneten Polizeimacht ein drohendes Abschreckungsinstrument vor Augen zu stellen, so ist man heute zu einer ganz gegenteiligen Auffassung gekommen. Das Volk in seiner breiten Menge soll nicht allein das Vertrauen haben, daß die Polizeimacht ihm seine Sicherheit gewährleistet, sondern gerade der einfache Mann soll sich als Freund und Bruder des Polizeibeamten fühlen; daneben soll er ihm Achtung entgegenbringen. Wir haben heute leider so viel mehr unbotmäßige Elemente, als früher, daß die Persönlichkeit des Beamten sich vor allem durchsetzen muß. Das sind die Gesichtspunkte, nach denen die Auswahl getroffen werden muß. — Bis vor kurzem wurde die Eignung im wesentlichen von dem Nachweis eines bestimmten schulmäßigen Wissens abhängig gemacht. Damit entstand auch in der Polizei so eine Art Bildungsprivileg, denn es kamen viele höhere Schüler ins Amt. Das hat sich nicht vorteilhaft ausgewirkt, weder für die Polizei selbst, noch auch in sozialer Hinsicht. Gerade die Polizei braucht frische und

hell ins Leben blickende junge Leute aus allen Volksschichten und — was früher so sehr vernachlässigt wurde! — auch aus der Arbeiterschaft. Wenn diesen jungen Menschen auch noch manches an schulmäßigem Wissen fehlt, das können sie in einer unserer Polizeischulen nachholen. Wichtig ist nur, daß sie hinreichend bildungsfähig sind, offene Augen für ihre Umwelt und eine positive Einstellung zu dem Staat haben, dem sie dienen. Nicht zum wenigsten aber muß Verständnis für das arbeitende Volk vorhanden sein, dem die aus diesem Volk selbst hervorgegangenen Beamten natürlich weit näher stehen. Wissen ist gewiß gut, aber man darf nicht vergessen, daß solches bis heute noch in unserer kapitalistischen Welt wesentlich vom elterlichen Geldbeutel abhängt.

Was hier besonders interessiert, ist

Die geistige Tauglichkeit des Schupo- und des Kriminalbeamtenanwärters.

Da hat nun das Polizeieinstitut ein Prüfungsverfahren ausgearbeitet, das, nachdem es in Schlesien und Brandenburg auf seine Anwendbarkeit ausprobiert und wertvoll befunden worden ist, nunmehr in ganz Preußen durchgeführt wird. Der junge Mann, der geprüft wird, muß sich zuerst einer körperlichen Untersuchung, die sich auch auf seine Seh- und Hörfähigkeit, auf die Festigkeit seiner Nerven, die Wendigkeit des Körpers und der Muskeln usw. erstreckt, unterziehen. Dann kommt das Geistige an die Reihe, und hierin liegt die bemerkenswerte Veränderung gegen früher. Der prüfende Psychologe und Pädagoge setzt sich mit dem Prüfling zu einem freundlichen Gespräch an den Tisch und läßt so sich den inneren Menschen vor ihm aufsteigen. Er sieht da, ohne daß es der Geprüfte eigentlich merkt, dessen Charaktereigenschaften hervortreten. Der Prüfling erkennt z. B., daß der Prüfling einen Mangel an Selbstvertrauen und dadurch Hemmungen besitzt, die ihn verhindern, die in dem Beruf so notwendige Autorität geltend zu machen. Oder aber im Gegenteil: Es wird deutlich, daß der junge Mensch an einer Selbstüberschätzung seiner Fähigkeiten leidet, die im Konfliktfall zu unangenehmen Konsequenzen führen muß. Zwischendurch führt der prüfende Lehrer den zu Prüfenden vor eines der vielen Bilder, die im Zimmer hängen, läßt den Prüfling das Bild eine kurze Zeit betrachten und fragt ihn danach über die Vorgänge auf dem Bilde, über die vorhandene Personenanzahl und über andere, weniger auffällende, aber doch wichtige Merkmale der Darstellung aus. Es ist klar, daß sich hier die Auffassungsgabe, ein rasch zugreifender Intellekt und die für den Polizisten wichtige Beobachtungskontrolle ergeben müssen. Dieser Feststellung dienen auch gewisse schematische Darstellungen von wirr durcheinander laufenden Strichen, eng gedruckten Buchstabenreihen, der mehr oder weniger raschen und sicheren Erkennung, was wiederum einen Schluß auf die Geistesfähigkeit des Prüflings zuläßt. Durch solche Prüfungsmethoden stellt sich heraus, wer, abgesehen von seinen erlernten Kenntnissen, seinem Wesen nach die Befähigung für den Polizeiberuf mitbringt. Es ist das eine ganz andere Methode wie beispielsweise die psychotechnische, bei der an Maschinen, Schrauben, Hebeln und Schaltern die Grundfähigkeit eines Menschen für eine bestimmte maschinelle Leistung festgestellt werden kann.

Es muß ohne weiteres klar werden, daß auf solche Art die körperlich und geistlich (denn darauf kommt es hauptsächlich an) geeigneten jungen Leute herausgefunden werden und daß gerade die arbeitende Bevölkerung hier besondere Berücksichtigung finden wird. Nicht etwa aus irgendeiner politischen Einstellung, sondern einzig und allein, weil die Söhne des Proletariats von Jugend auf gezwungen sind, sich mit einem rauen und harten Leben abzufinden und ihre seelischen Fähigkeiten wach und lebendig zu halten.

Besonders aber wird das Problem „Polizei und Publikum“ als Lehrgegenstand gepflegt und psychologisch unterbaut. Die Republik und ihre Führer arbeiten eben an der Befestigung einer Volkspolizei. Ueberzeugt von der Wichtigkeit dieses Rieseninstrumentes für das Volk und zur Abwehr aller Volksfeinde ist die preussische Regierung unablässig bemüht, alles, was unserer Polizei noch anhaftet, von den Eierschalen des Polizeistaates und des Militarismus zu entfernen, um so der Bevölkerung in jeder Weise ihr Recht zu geben. Hans Hyan.

58. Abt. Charlottenburg!
Mittw., 6. Mai, 19^{1/2} Uhr, Logenhaus, Kleiststr. (Gartensaal)
Oeffentliche Frauenversammlung
„Volkabewegung gegen § 218.“ Referentinnen: Dr. Käthe Frankenthal, M. d. L., und Frau Assessor Dr. Klausner.

Wahl des Bezirkssekretärs für Berlin
Die Wahl ist auf den Genossen Georg Wendi, Berlin-Schöneberg, gefallen. — Allen Bewerbern sage im Auftrage des Bezirksvorstandes den besten Dank. Franz Künstler.



Echte Villiger Stumpen für 10¢ In Deutschland

Die beispiellose Einmütigkeit, mit welcher sich die Raucherwelt in Deutschland für Villiger-Stumpen entschieden hat, begann in dem Augenblick, als Villiger die Fabrikation seiner Stumpen auf ausgesprochen mild umstellte.

Jetzt sind Villiger-Stumpen auch in Berlin erhältlich. Sie wollen kritisch geprüft werden, denn sie können Prüfung vertragen. Alle Raucher, die für 10¢ einen milden reinen Rauchgenuß aus feinsten Überseetabaken suchen, werden zu Villiger-Rauchern werden.

Generalvertretung u. Fabriklager: **Brüder Blau, Berlin SW 61**
Belle-Alliance-Platz 6 / Telefon: Dönhoff 1202

Villiger wird Berlin erobern!

Der Lunapark ist eröffnet.

Alle Jahre wieder — erstrahlt der Lunapark im alten und neuen Glanze. In diesem Stück Berlin findet jeder der alljährlich unzähligen Besucher etwas für seinen Geschmack. Ein ausserordentliches Programm artistischer Leistungen wird auf dem Mittelpodium der Gartenanlagen zur Vorführung gelangen. Das Brillantfeuerwerk soll in diesem Jahre in ganz besonderen Schönheitsformen auf dem Salenfee abgebrannt werden. Und nun der eigentliche Vergnügungspark. — Hier grüßt die bekannte und beliebte Berg- und Talbahn in einem neuen Gewande. Auf dem Hydrodrom warten Motorboote und laden zur Regatta ein. Für begeisterte Golfspieler ist ein Miniatur-Golf-Spielplatz vorgesehen. Neuartig sind die lustigen Vettern, die stürmisch stürmische Heiterkeitsausbrüche auslösen werden. Auch Hugo Haase dominiert in diesem Jahre mit seiner neuen Karussell-Erfindung, „Schwing-freisel“, im Lunapark. Ferner ist eine Neuheit aus Paris eingetroffen, ein Illusionspalast. Was hier das Auge des Besuchers erblickt, ist so verblüffend, daß es an schwarze Magie erinnert. Ein Afrikaner ist entstanden und wartet auf seine Bevölkerung, die aus dem fernen Erdteil erwartet wird, um hier dem Europäer Leben und Treiben im Orient zu zeigen. Die unzähligen Buben mit ihren Tausenden von Gewinnen werden wieder ihre Anziehungskraft ausüben und die Besucher zu Glücks- oder Geschicklichkeitsspielen verleiten. — Das Hausboot „Runde“ hat seine Freunde und Gönner mit einer Piratenschänke überrascht. Nicht zu vergessen seien die großangelegten Restaurationstrassen mit schönen Ausblicken.

Allgemeine Wetterlage.



In der Ostseite des umfangreichen europäischen Depressionsgebietes herrscht am Sonntag im größten Teil Deutschlands trüblich-mäßig warmes und vielfach heiteres Wetter. In Mitteldeutschland steigen die Temperaturen bis 19 Grad Celsius, am oberen Rhein stellenweise über 20 Grad Celsius. Nur in Ostpreußen war es weiterhin kühl (Höchsttemperatur 10 Grad Celsius) und es kam dort auch zu einzelnen Regenfällen.

Über Mitteleuropa und Frankreich zeigt sich zur Zeit der schon am Freitag eingeleitete Druckfall ein. Damit wird das erwähnte Tiefdruckgebiet seinen Wirkungsbereich auch über Deutschland ausdehnen. Wir müssen daher für Sonntag in unserem Gebiet mit allmählicher Wetterverschlechterung rechnen. Zunächst dürfte es jedoch verhältnismäßig warm bleiben.

Wetteraussichten für Berlin. Weiterhin mäßig warm, Bewölkungszunahme und später Niederschlagsneigung. — Für Deutschland. Im Nordosten wärmer und vorwiegend trocken. Im übrigen Deutschland noch mäßig warm, aber allmähliche Wetterverschlechterung; anfangs im Westen, später auch in Mitteldeutschland Niederschläge.

Sozialistische Arbeiterjugend Groß-Berlin

Abteilungsgleiter! Wenn ihr noch Mai-Blattchen habt, verteilt sie heute, es ist noch noch rechtzeitig danach. Die Abrechnung der Blätter nach unten allen Umständen zwischen 17 und 18 Uhr im Sporthaus des Volksparks Redirec erfolgen. Später werden Blätter nicht mehr zurückgenommen.

Heute Mai-Jugendtag in den Rehbergen!

14 1/2 Uhr Eröffnungssitzung, 15-18 Uhr Spiel, sportliche Wettkämpfe, 18 Uhr Schlusssitzung im Stadion.

Treffpunkte der Abteilungen:

- Arnsweiler Platz I: 10 Uhr... Arnsweiler Platz II: 10 Uhr... Kottbuscher Platz: 10 Uhr... Kottbuscher Platz: 10 Uhr... Kottbuscher Platz: 10 Uhr...

Abteilungsmittgliederverfammlungen morgen, 19 1/2 Uhr:

- Arnsweiler Platz I: 19 1/2 Uhr... Kottbuscher Platz: 19 1/2 Uhr... Kottbuscher Platz: 19 1/2 Uhr... Kottbuscher Platz: 19 1/2 Uhr...

Wochenprogramm des Berliner Rundfunks.

- Sonntag, 3. Mai: 6.30: Funkgymnastik. Anschließend: Fröhkonzert. 8: Für den Landwirt. 8.55: Morgenfeier. Anschließend: Glockengeläut des Berliner Doms. 10.05: Wettvorbergabe. 10.40: Aus Wien: Einweihung der „Heldenorgel“.

der Deutschen Bau-Ausstellung 1931. 12.30: Wettermeldungen für den Landwirt. 14: Schallplattenkonzert. 15.20: Jugendkonzert. 15.45: Zum Muttertag am 10. Mai. 16.05: Schachtelrunde. 16.30: Unterhaltungsmusik. Anschließend Zehn Minuten Film. 18: Reportage aus Paris. 18.25: Deutschlands Stellung in der Welt. 18.50: Konzert. 19.15: Erich Kästner liest Reimabenteuer. 19.35: Die Erzählung der Woche. 20: Orchesterkonzert. 21: Tages- und Sportnachrichten. 21.10: Bunter Abend. Danach: Tanz- und Unterhaltungsmusik. Als Einlage: Aus dem Hotel Adlon: Vom Bankett der Ausländischen Presse.

Königswusterhausen

- Sonntag, 3. Mai: Ab 6.30: Uebertragung aus Berlin. 15: Stunde des Landes. 15.50: Eine botanische Plauderei. 15.55: Elisabeth Barrett-Browning „Sonette aus dem Portugiesischen“. Anschließend: Uebertragung aus Berlin.

Vorträge, Vereine und Versammlungen.

- Reichsbanner „Schwarz-Rot-Gold“. 6.30: Reichsbanner... 7.30: Reichsbanner... 8.30: Reichsbanner... 9.30: Reichsbanner...

Briefkasten der Redaktion.

Der Briefkasten der Redaktion ist ein Ort, an dem die Leser ihre Briefe schreiben können. Die Redaktion wählt die interessantesten Briefe für den Briefkasten aus. Die Briefe werden in der Reihenfolge ihrer Einnahme veröffentlicht.

Advertisement for Enver Bey VALUTA, featuring the brand name in large stylized letters and the text 'ist die Enver Bey VALUTA dick u. rund 0/M. Packg. 30'.

Unsere Kinder sind unsere Zukunft!

Eltern, sorgt für Eure Kinder!

Sichert ihnen schon jetzt eine bestimmte Summe für

Lehrzeit, Auszubildung oder Aussteuer!

Wir bieten außerdem

Begräbnisversicherung und Alters- und Hinterbliebenenversorgung.

Tretet dem Deutschen Herold bei!

Er zählt heute über 1 Million 500 000 Versicherte. Seine Leistungen betragen allein im Jahre 1930 7 200 000 Reichsmark.

Verlangen Sie kostenlose Zusendung unserer Werbeprospekt. Geschäftsstellen in allen Stadtteilen Groß-Berlins und in allen Teilen Deutschlands.

Deutscher Herold

Volk- und Lebensversicherungs-V.G.

Berlin SW 46 • Friedrichstr. 219-220

Tüchtige Mitarbeiter, auch nebenberuflich, überaus gesucht.

Deutscher Metallarbeiter-Verein

Wahlkörper-Versammlungen der arbeitslosen und invaliden Mitglieder

Wahlkörper I: Dienstag, den 5. Mai, vormittags 11½ Uhr, im Sitzungssaal des Verbandshauses, Clienstr. 53/55: Bau- und Verputzmeister, Anstreichler, Autogewächser, Drahtarbeiter, Hüftmonteur, Elektromonteur, Essenshelfer, Hausanwärter, Industriehilfsarbeiter, Aufschneider, Aufschneider, Wagen- und Fassmacher.

Wahlkörper II: Mittwoch, den 6. Mai, vormittags 11½ Uhr, im Sitzungssaal des Verbandshauses, Clienstr. 53/55: Eisenkonstruktions-, Auto-, Maschinen-, Bau-, Schwereblech- und Karosseriearbeiter.

Wahlkörper III: Donnerstag, den 7. Mai, mittags 12½ Uhr, im Sitzungssaal des Verbandshauses, Clienstr. 53/55: Eisen-, Metall-, Revolver-, Korsett- und Schmierfabriker, Schraubenmacher, Randschleifer, Einrichter, Automatenmacher, Rohrleger, Rohrlegerhelfer.

Wahlkörper IV: Freitag, den 8. Mai, vormittags 9 Uhr, im Sitzungssaal des Verbandshauses, Clienstr. 53/55: Gewerke, Metzgerei, Bäcker, Friseur, Schleifer, Galvaniseur, Eisenformer, Metallformer, Kettenschleifer, Arbeiterinnen, Feilenmacher, Schreiner- und Hilfsarbeiter, Aggregatmaschinenführer, Betriebsbahnarbeiter, Anstreichler.

Wahlkörper V: Freitag, den 8. Mai, nachmittags 2 Uhr, im Sitzungssaal des Verbandshauses, Clienstr. 53/55: Schlosser, Bohrer, Stößer, Fräser, Schweißarbeiter, Holzwerker, Gold- und Silberarbeiter, Mechaniker, Optiker, Uhrmacher, Werkzeugmacher, Scharfschleifer, Arbeiterinnen.

Tagesordnung:

Beratung der Anträge und Wahl der Delegierten zur Generalversammlung am 18. Mai 1931.

Zurück haben nur diejenigen Mitglieder, die im Verbandsbuch die Berufszugehörigkeit haben, für welche die Versammlungen einberufen sind. Ohne Mitgliedsbuch und Arbeitslosenkarte kein Zutritt.

Dienstag, den 5. Mai, abends 7 Uhr, im Sitzungssaal des Verbandshauses, Clienstr. 53/55 II
Brandien-Versammlung der Elektromonteur

Tagesordnung:
1. Besprechung Angelegenheiten.
2. Berichtlesen.
Ohne Mitgliedsbuch kein Zutritt.
Das Erscheinen aller Kollegen ist notwendig.

Dienstag, den 5. Mai, abends 7 Uhr, im Gewerkschaftshaus, Engelstr. 24-25 (Großer Saal)
Brandien-Versammlung der Mechaniker, Optiker, Uhrmacher, Eichen- und Eisenarbeiter

Tagesordnung:
1. Bericht:
a) Wirtschaftliche und 40-Stunden-Verhältnisse.
b) Bericht: Rat. S. Schlichter.
2. Bericht:
a) Brandienangelegenheiten.
Mitgliedsbuch, mit einem der obigen Berichte versehen, legitimiert.
Es ist Pflicht jedes Kollegen, pünktlich zu erscheinen.

Achtung, Funktionäre!
Die Vertrauensmänner-Konferenz des 21. Bezirks findet von jetzt ab im Lokal „Brüdernd“, Inhaber Kabe,

Vorzüge der Heinzel-Parzellen:

1. Verkauf ohne Anzahlung.
2. Monatsraten von 10.- M. an.
3. Schuldenfreie Auflassung.
4. Bauerlaubnis ohne Zwang.
5. Weitgehende Bauhilfe macht es möglich, für 7-8000 M. ein massiv. Landhaus von 3 Zimm. u. Zubehör zu schaffen. Monatliche Zahlungen sind geringer wie Miete.

Zepernick
Schnellbahnstrecke Bernau 23 Min. Fahrt, Nähe Bahnhof, Lehm Boden qm v. 1.50 M. an. Zwei Haltestellen d. künftigen Autobahnlinie C am Gelände.

Mahlsdorf-Hönow
Stadt, Ring- u. Untergrundbahn m. Umst. Friedrichsfelde auf Autobus 39, Endhaltestelle, Lehm Boden qm 1.- M. an.

Wustermark-Ort
nicht Verschleppbahnort.
Stadt, Ringbahn über Spandau-West, gegenüber dem Bahnhof, 3 verl. Heerstraße, Röhrenboden qm 1.- M. an.

Verkauf jeden Sonn- und Feiertag. Vertreter an den Bahnhöfen. Auskünfte und Prospekte täglich 9-6 Uhr im Hauptbüro.
C. Heinzel & Co. W8 Friedrichstr. 158
Zentrum 6513/14

PERTRIX



Pertrix-Batterien sind durch längste Lebensdauer im Gebrauch am billigsten!

Ueber 100

Wasser-, Landhaus- und Gartenparzellen von 600 qm an in schönster Lage pro qm von 4.50 an bei geringer Anzahlung zu verkaufen.
Franz Lipky, Bin.-Köpenick
Wendenhofstr. 89-91, Tel. Köpenick 4.1357

RADIO AGONSLOEWE

Lautsprecher-Netzempfänger

für Wechselstrom dreistufig

Type EB 100

Hohe Empfangsleistung
Große Tronschärfe
Klangvolle tonreine Wiedergabe

Preis ausstufbar mit Abtrieb nur **M. 137,50**

Erhältlich in allen Fachgeschäften

RADIO AGONSLOEWE

Radioaktiengesellschaft D. S. Loewe, Berlin-Steglitz

Waldparzellen

Auch ohne Anzahlung. Direkt vom Eigentümer! Sofort. Baueinsatz. u. Baumung. Reine Wertzukunft. 21. Monatsraten, qm v. 2.25 an

Siedlung „Walderode“ b. Senzig, nahe dem großen See 30 Minuten vom Bahnhof

Königswusterhausen kurz vor Dorf Senzig am Waldweg, der zur Siedlung führt: großes Schild! Jahressatz vom 1. April 1931 bis 30. September 1931 40 Hekt. 1. Etage 20 Hekt.

M. Graupner, Berlin SW. 29, Solmsstr. 37, Tel. Bergmann 270. Täglicher Verkauf in der Siedlung. Verkaufs-Büro: Tel. Rosen. 521

Parteilosen erhalt. Vergünst.

Inserate im Fortwärts sicheren Erfolg!

Waldparzellen
Auch ohne Anzahlung. Direkt vom Eigentümer! Sofort. Baueinsatz. u. Baumung. Reine Wertzukunft. 21. Monatsraten, qm v. 2.25 an

Siedlung „Walderode“ b. Senzig, nahe dem großen See 30 Minuten vom Bahnhof

Königswusterhausen kurz vor Dorf Senzig am Waldweg, der zur Siedlung führt: großes Schild! Jahressatz vom 1. April 1931 bis 30. September 1931 40 Hekt. 1. Etage 20 Hekt.

M. Graupner, Berlin SW. 29, Solmsstr. 37, Tel. Bergmann 270. Täglicher Verkauf in der Siedlung. Verkaufs-Büro: Tel. Rosen. 521

Parteilosen erhalt. Vergünst.

Boba-Parzellen

1) Diefenwerder: Landhaus-Siedlung, mitten im Ort, Rehm-boden, qm 175. Zustand: Restaurant-Gesellschaftshaus.

2) Borgsdorf: direkt am Bahnhof, inmitten Bodmoor, nur noch eine kleine Anzahl Parzellen, Zustand: Weiher, etc.

3) Gartenstadt Oranienburg: direkt am Bahnhof Lehnig, ganz erstklassige Garten-Parzellen zu 1 Hekt. per qm. Verkauft am Bahnhof.

4) Alt-Glienitz: bei Hohenhof, direkt am Ort. Die letzten 30 Bauparzellen, fast u. Wasser vorhanden. Verkauf im Verkaufshaus an der Schönefelder Straße, 700 Hekt. von der Straßenbahn 84. Preis per Quadratmeter ab 1.75.

Ich der allerbilligsten Preise nach wie vor kleine An- und Abzahlungen.

„Boba“
Boden- u. Bau-Ges. m. b. H.
Berlin SW. 68, Friedrichstr. 43
Dönhof 8114 und 8262

5 Minuten
v. Bf. Dallgow-Döberitz, links südlich der Bahn

Gartenstadt Dallgow
Wasserig, Gas, elektr. Licht. Parzellen qm von M. 2.- an. Ohne Anzahlung, Monatsrate M. 25.-

Kolonie Neu-Rohrbeck
15 Min. v. Bahnhof Dallgow-Döberitz. Parzellen qm von M. 1.- an. Ohne Anzahlung. Monatsrate M. 15.-

Kein Verkaufstand am Bahnhof.
Auskunft: Dallgow, Bahnhofstr. 15 (Falkensee 388) und Bin.-Lankwitz, Dillgstraße 34 (Lichterfelde 2110).

Müller-Worgi.

Der wirtschaftl. Kollaps entsprechend im ersten Vertragsjahr erheblich herabgesetzte Mieten für unsere

großen 2-, 2½-, 3-Zimm.-Wohn. mit Loggia oder Balkon

in Neukölln — Treptower Straße — Ecke Köpenicker Ufer, mit besten Verbindungen

Berzugsfertig 1. & 31., wenn gewünscht auch späterer Einzug ohne Vorzahlung

Wohnberechtigungsschein — kein Mieterdarlehen oder Baugeldzuschuss — größtes Entgegenkommen

Vermittlungsbüro im Neubau wachstüchlich 14-16 Uhr, Sonn- 10-13 U. Tel. Aesk. Oberspree 1833 Verwaltungsbüro

Von der Reise zurück
Dr. med. Leopold Moses
Adlerstraße 135 (Heyerhof)

Geben Sie acht!

**Mäntel
Blusen
Kleider
Kostüme**

in unübertrefflicher Auswahl in „Bernhard“-Qualitäten, zu äußerst billigen Preisen! Wer bietet das?

Das altbekannte Spezialhaus für Damenkonfektion

W. Bernhard Nachf.
Belle-Alliance-Straße 105 u. 101 am Halleschen Tor

Wollen Sie billig bauen?

Kommen Sie zu uns. Nur gering. Eigenkapital erforderlich. Arch. Wasse u. Planchet, Berlin O. 17, Persiusstraße 3 (Am Bahnhof Stralau-Rummelsburg)

BETT FEDERN erster Hand

Spann 0,90, 0,75, 0,60
Weite 5.-, 4.-, 3,50, 1,00
Länge 9.-, 7.-, 4.-
Dankoff gefüllt 12.-, 9,50, 7,50, 6,00
Kissen gef. 5,50, 3,50, 2,40
Dankoff gefüllt . . . 11,50

und andere Sorten in großer Auswahl.
Schnelllieferung für unsern Kunden gilt.

SACHSEL & STADLER
Ruhmsches Bettfedern-Special-Haus
C. 25, Landsberger Str. 43/47 (Königsplatz)

Danksagung

Für die herzliche Teilnahme bei der Beerdigung meiner lieben Frau, unserer guten Mutter

Frieda Oehlke

legen auf diesem Wege unsern tiefgefühltesten Dank

Johannes Oehlke und Kinder
Zin-Brandenborf-Str.

Krankleiden

und Heilung! Kostenlose Broschüre über Seig-Pasta. Durch diese Kur in Kürze wunderbar geheilt. - K.K.

Tausende Dankschreiben über geheilte Flechten, Ekzeme, Miltesser, Pickel, Hautjucken. Proben gegen 70 Pf. (Briefmarken). Kurpackung 3 Mk.

General-Depot: Kaufhaus-Apothek, Düsseldorf 37.

In Berlin: Elefant-Apothek, SW 19, Leipziger Straße 74.

Von der Reise zurück

Dr. H. Köhn

Facharzt für innere Krankheiten
Neukölln
Bergstraße 35/36

8-10 4-6 F. II 8644

Die richtige Wahl

eines systematischen und vorteilhaften Sparens ist die Voraussetzung für eine gesicherte Existenz u. für einen sorgenfreien Lebensabend! Gewählt haben Tausende nach reiflicher Prüfung eine wertbeständige und wertsteigende Parzelle in

Seebad Miersdorf-Zeuthen

Weil diese Großsiedlung die einzige im SO in Seen- und zugleich Vorortlage mit besonderen Vorzügen wie z. B. Seebad- und Bootstegrecht ausgestattet.

1. Ideale Wochenend-Parzellen am 500000 qm gr. Kurpark **qm 1.65**
Anzahlung stets 10% = 165 RM; mtl. Einheitsraten nur 12 = 16.50 RM. Keinerlei Extrazahlungen für Notariat, Vermessung usw.

2. Ideale Geschäfts-Parzellen an der Groß-Zeuthener Allee **qm 1.95**
die neue Hauptstraße inmitten der Großsiedlung mit bereits 1200 Familien.

3. Ideale Dauerwohn-Parzellen an den Corso-Promenaden **qm 1.95**
bis 235 RM mit Kulturboden, am Hochwald, wenige Gehminuten v. Bahnhof Zeuthen und der Dahme.

Auch Sie sollten sich über den Weg zum Wohlstand an Ort und Stelle überzeugen sollten dieses Gebiet großer Entwicklung u. Naturschönheit kennenlernen.

Propaganda-Rundfahrten ab Bahnhof Zeuthen Sonntags 9-7 Uhr.

Für Parzellen - nur Schrobdsdorff

C3 WESTEND 6726-31

Horbert Jacques:

Arbeiter in allen Weltheilen

Ein Bahnhof in Hamburg wird verlegt.

Einige Nacht Schnellzüge waren schon durchgeführt. Von Viertelstunde zu Viertelstunde schleppte noch ein langer Güterzug vorbei, oder ein Vorortzug kam oder eine einsame verspätete Rangierlokomotive ratterte über die Schienen eilig nach Haus. Dann hielt ein Schnellzug an dem alten Holzbahnhof, fuhr in das flache, breite Maul des neuen nahen Bahnhofs hinein weiter. Nun gingen einzelne Minuten dort unten über die breite Schar der im Dunkeln liegenden Gleise. Und dann plötzlich um Mitternacht 12 Uhr stürzten 2000 Arbeiter zwischen die Gleise. Aus Karbidbehältern schossen jähzornige Feuerspieße. Sie blieben grell und steil in der Nacht stehen.

Eine Reihe um die andere brannte auf. Die Flammen leuchteten mit einer schrillen Leidenschaft auf den schwarzen Boden und in die dunkle Nachtluft. Man sah die Schienen den Boden in staubigen Strahlen durchfurchen.

Auf Brücken und Böschungen über dem Bahnkanal wogten Scharen von Zuschauern und verärgerten sich. Ihre Gesichter, die von unten herauf von den Karbidflammen einiges Licht bekamen, schlossen sich wie zu mächtigen Trauben duster und verhalten leuchtender Perlen zusammen.

Am Nachmittag war der neue Bahnhof von Hamburg feierlich eingeweiht worden, und in der Frühe sollte er an Stelle des alten den Verkehr schon übernehmen. Die Schienenstränge mühten auf neue erhöhte Dämme geworfen, verlegt, anders zusammengeschlossen und zu den Steigen des neuen Bahnhofs geleitet werden, und zu dieser gewaltigen Arbeit waren nur die 3 Stunden und 20 Minuten frei zwischen dem letzten Schnellzug um 24 Uhr 12 und 3 Uhr 35, wo der erste Morgenfernzug durchgelassen werden mußte.

In den Leuchtkegeln, deren Dunst sich um die stehenden Karbidflammen ballte, schoben sich die Arbeiter in festen Gruppen zusammen und spannten sich ohne Bezug ins Werk. Zuerst fuhren die Eisengriffe der Haken unter die Lager. Die Hämmer lauten mit wütendem und heftigem Geschrei auf Schienen und Eisenschwellen. Die Schraubendreher verbißten sich in lautlos dickköpfiger Arbeit in die angerosteten Eisengliederchen, und dann stiegen die Stahlhebel unter den Strang. Mit anfeuernden Rufen warfen sich die Rotten auf die Riesenarme der Hebel, stießen, zerrten und wüteten, lockerten ...

In der dunklen Höhle der großen neuen Halle drüben hinter der Brücke glühen zwei Augen heran. Es stöhnt und poltert langsam. Ein helles Horn schreit und Rufe warnen erregt. Die gebückten Arbeitergruppen schnellen auf und stiegen auseinander, und langsame und vorsichtig schleicht über die schon gelockerten Schienenleitungen eine Lokomotive, die irgendwo unerwartet gebraucht wurde. Hinter ihr hastig schließt sich wieder der wogende Strom der Arbeiter. Die Hebel beissen von neuem unter die Eisen. Die Körper spannen sich auf die Hebelarme ... hō ... hō! hō ... hō! gehen die Rufe aus den Mäulern durch den Mund, und jach fährt der Strang aus seinem alten festgestampften Lager, heftig losgerissen. Die Schienen lösen sich einzeln. Bierzig Arme greifen unter jede, hō ... hōh! und a ... ah! Und mit vor Wut drohnendem Aufschrei stiegen sie kurz gellend auf den Haufen der schon befestigten.

Die Rücken biegen sich auf den langen lockern Sandhaufen. Die Schaufeln stoßen zu Hunderten, die Rücken pendeln auf, die Schaufelmäuler fliegen und der Sand fliebt in den Lichtkegeln, wirbelt plumpsend nieder und langsam und sicher baut sich aus ruheloser steter Arbeit der Damm, das Lager für die neuen Stränge.

Dann begann ein Werk in umgedrehter Reihenfolge des vorhergegangenen. Bestimmte Arme hasteten mit den Schwellen auf den Damm. Ketten von Männern tragen Schienen herbei, lassen sie nieder. Vollständig pressen die Stahlbalken die Schwellen in das weiche Rissen des Damms. Die Schraubendreher pressen sich wieder in die Eisenglieder. Die Hämmer schreien und lauten und schreien. Die Körper der arbeitenden Scharen wühlen sich zusammen, liegen in die Schienenstränge verbißen und verloren. Die Karbidflammen schießen in einem fauchenden Pulsschlag schrille Lichter in sie hinein. Und die Arbeit rundet sich in sicherer Wut und gespannter Steigigkeit durch viertausend ineinanderstießende Menschenarme.

Derweil war begonnen worden den alten Bahnhof auszuräumen. Man hängte Türen aus, trug Tische und Gestelle davon. Unbrauchbar gewordene Papiere streuten sich über den Boden. Sie lockten zunächststehende Zuschauer, die die Bündel aufhoben und sie als ein Scherz und Spiel über die hinter ihnen Drängenden warfen.

Und nun mit einemmal waren von der Arbeit der 2000 unter dem fauchenden Spiel der Karbidlampen, dem Unvorhergesehenen, der Bewegung der Arbeitenden Massen in der Heimgleichheit zwischen Nacht und Beleuchtung, von dieser ganzen Nachtballade alle Phantasten in Taumel gefehrt worden. Aus dem Werk der 4000 Arme strömten elektrisierende Ströme in die Muskeln, und mit johlenden Nidern ging die Masse, die so lange müßig zugehört hatte, an die Zerstörung des alten Holzgebäudes, das 40 Jahr lang seinen Dienst treu getan.

Der erste Frühzug lief auf neuer Bahn an den Ruinen des alten Stationshauses vorbei und in den neuen hinein, wie in das Heiligum einer verjüngten Gottheit. Von dem Spud der Nacht und den 4000 Armen sah er nichts mehr als das vollendete schweigende Werk.

Kaffeeträger in Santos.

Am Morgen legten wir an den Kai von Santos an, gleich fast mitten in der Stadt. Und kaum hatten wir den Dampfer verlassen, so gerieten wir sofort wie in eine unheimliche Schlucht in die einzige große Ader, die in Santos zwischen den Kaffeelagern in der Stadt und dem Hafen pulst. Schwermüde Mausekarrern mit zwei hohen Rädern verstaun die Straße. Man schlüpf mit Mühe durch Säcke mit Kaffee stößen von allen Seiten auf einen los. Ab und zu schiebt ein Karren mitten im Bewühl an, pufft sich an Menschen und Rädern vorbei. Wild und wüst knatternd wie Gewehrfeuer sagt er, frei geworden, über die unebenen harten Steine des Pflasters hinweg. Auf den hochgeschichteten Kaffeeballen liegen ein paar Caboclos auf dem Bauch, in den Gesichtern alle Mischungen von gelb zu schwarz.

Der Treiber läßt an der Straßenecke den zwei Ringer breiten die gestochenen Lederriemen klatschend auf die Tiere springen. Sie rasen ihm nicht genug. Ein Rad prallt über eine Trottoirerde der bedrohlich engen und menschenbedrängten Gasse. Dem Führer genügt die Lederpeitsche bald nicht mehr. Er schleibt sich nach vorn, läßt von oben herab die Mausekel mit den Schuhen in die Fronten.

Wut lockt durch die halsstarrige Leidenschaftlichkeit des Maulablaus. Aber der Carreador gerät immer tiefer in seine Grausamkeitsektase. Sein Riemen saust, knallt und klatscht. Er dreht sich in einem sinnbenennenden Tanz des Schlagens, Stößens, Schimpfens.

So saust der Karren in knallendem Schops zu den Hafensarmazems. Deren Hallen trachen und rauschen von dem Värm wahnwitzig schreiender Schiffswinden, brodelnder Kräne, wärmend johlender Lokomotiven, puffender Eisenbahnwagen. Eisen beißt in Eisen, hart.

Aber dann auf einmal mit der Minute, wo diese Tausende von Kaffeebällen in den Lagern sind, gibt man jedem Sack eine geradezu ängstliche Sorgfalt. Hier empfangen und umarmen ihn Berufsleute, zunächst die Träger. Sie heben sich einen Ballen in den Nacken, oft zwei auf den Kopf, manche Artisten fünf übereinander (ein jeder im Gewicht von 60 Kilo) und eilen in langen geschlossenen Ketten hinaus über den kurzen gepflasterten Kadamm an den stoßenden Jügen vorbei. Sie hüpfen mit ihrer Last die steilen polternden und schaufelnden Siege hinan zu den Schiffsdecks. Dort oben steht die Luke offen und bereit. Aber Matten sind über die Kanten gedeckt. Gemächlich und weich rutschen die Säcke ins tiefe Innere des Schiffsbaues. Ein Feldsher steht mit Radel und Zwirn bereit, um jede Kaffeelackwunde sofort zu schließen. Ein natter, schwarzer, schweißglänzender Körper taucht aus der Tiefe herauf und zieht

Marcella d'Arle: Das Gesetz des Lebens

Schneidende Kälte umfing sie, als sie aus dem großen Saal auf die offene Veranda traten. Sie verkrochen sich tiefer in die Pelze und schlugen den Weg ein, der durch den Tannenwald auf das „Belvedere“ führte, wie sie es alle Tage zu tun pflegten, seit drei Jahren. Zum erstenmal nahm er nicht ihren Arm. Nach längerem Schweigen sagte sie sanft:

„Du sollst nicht so sein. Das ist ungerade.“ Aber er ging weiter neben ihr, ohne sie anzusehen, die Augen auf die schneebedeckten Tannenzweige gerichtet, die sich traurig erdwärts senkten.

„In wenigen Minuten reife ich ab. Du siehst es ja, ich habe schon mein Reisefeld an“, begann sie wieder. „Warum bist du so zu mir? Was habe ich getan?“

„Ja, du reist ab, natürlich ... Du bist gesund und reist ab ... Aber ich ... ich bleibe hier ...“, sagte er endlich. Und als hätte die kalte Luft in seinen Lungen ein schlafendes Tier aufgestört, fing er zu husten an, heiser, krampfhaft, als müßte er ersticken. „Wir ist fast, gehen wir zurück“, sagte er hart, als der Anfall vorüber war.

„Ich weiß wohl, was du denkst“, flüsterte sie leidenschaftlich. „Du meinst, daß ich dich vergesse, wenn ich wieder unten, unter den Befunden lebe ... daß ich einen anderen liebe ... Aber, ich schwöre dir ... bei ... Wobei soll ich dir schwören, sage es mir?“

„Rein Gott, wie romantisch! Wir sind doch im zwanzigsten Jahrhundert.“

Sie zuckte verlegt und schweig. Dann fuhr sie leise fort:

„Wenn es dir recht ist, komme ich einmal in jedem Monat ... oder so oft du mich haben willst ... Du brauchst nur zu schreiben oder zu telegraphieren. Ich werde dir jeden Tag schreiben. Und dann ... was wollte ich dir noch sagen? Ich weiß nicht mehr ... ich möchte ... Aber Carlo, warum siehst du mich so an ... so, als ob du mich haßtest ... Mein Geliebter! Warum?“

Da packte er sie bei den Schultern, mit verzweifelter Heftigkeit, zog sie an sich und schluchzte auf:

„Reise nicht ab ... bleibe hier ...“ Dann standen sie lange so, aneinandergedrückt, ohne zu sprechen. Ein greller Glodeston stürte sie auf: es war Zeit zur Liegekur. Sie nahmen sich stillschweigend an der Hand und gingen ins Sanatorium zurück. Das große Auto wartete vor dem Tor; das Handgepäck war schon aufgeladen. Sie empfand einen körperlichen Schmerz, blind und verzweifelt: „Warum bin ich gesund geworden? Wäre es nicht besser, hier bei ihm zu bleiben, für immer?“ sagte sie sich und wollte sich an ihn klammern, daß nichts und niemand sie je trennen könnte ... Aber er machte sich plötzlich los und ging weg, seinem Zimmer zu, ohne ein Wort zu sagen.

„Gehen Sie ihm nicht nach, mein Kind, es ist besser so.“ Der alte Chefarzt — wo war er nur auf einmal hergekommen? — nahm sie beim Arm und führte sie sanft zum Auto. „Alles, was Sie ihm sagen wollen, können Sie ihm schreiben. Lassen Sie ihn jetzt allein. Steigen Sie ein, seien Sie kein Kind. Denken Sie an den Chauffeur, der seit einer Stunde in der Kälte wartet.“

„Herr Doktor, nehmen Sie sich seiner an. Und telegraphieren Sie mir, wenn etwas geschieht. Und schreiben Sie mir jeden Monat. Das müssen Sie versprechen ...“

„Ja, mein Kind, aber Sie dürfen sich nicht so ängstigen. Vor dem Frühjahr wird sicher nichts passieren ... Weinen Sie nicht mehr. Sie werden sehen, das Leben ist besser, als es Ihnen heute scheint ...“

Langsam setzte sich das große Auto in Bewegung. Aus den Fenstern des Sanatoriums stredten sich viele Köpfe heraus und sahen ihm nach, bis es in der schneebedeckten Ferne verschwand.



Im Hause der Tante, in Mailand, verdrachte das junge Mädchen keine Tage, ohne das Zimmer zu verlassen. „Du wirst wieder krank werden“, sagte die Tante kopfschüttelnd. Jeden Monat, wie er versprochen, gab der Chefarzt Nachricht über den Kranken, immer schlechtere; das Fieber stieg und die Kräfte sanken. Jeden Tag schrieb sie dem Sterbenden lange Briefe, in denen sie von der Vergangenheit sprach, von ihrer großen, süßen, traurigen Liebe. Aber es kam keine Antwort.

Troßdem lebte sie in dem reichen Hause ihr einsames Leben horrender Treue. Nur ein Freund aus der Kinderzeit besuchte sie, der ihr treulich geschrieben hatte, solange sie im Sanatorium war, ihr Mut zugeprochen, als sie sich krank fühlte und so entsetzliche Angst vor dem Sterben hatte.

Er war ein blonder, schüchtern, breitschulteriger Bursche, der geduldig zuhörte, wenn sie stundenlang von ihrem Kranken sprach. Nur manchmal zuckte es ein wenig um seine Lippen. Eines Tages, als sie meinte, wie sie oft tat, nahm er sie in die Arme und streichelte ihre Haare, mit einer Lieblosung, die brüderlich war und sein wollte. Ohne ihn anzusehen, bat sie ihn, sie allein zu lassen.

Und kaum, daß sie allein war, eilte sie zum Spiegel und betrachtete sich lange, bestürzt. Dann ging sie zum Tisch, um zu

widerstrebende Säcke hinab, indem er zugleich eiligt vor den nachstürzenden Lasten flüchtet, die die Träger, ohne seiner zu achten, ins Loch hinein werfen.

Durch die Stadt aber geht es derweil wie ein einziger roher Schrei: Geld!

Ganze Straßen lang liegen hinter großen dunklen Fenstern tiefe Räume, aus denen ähend scharf der Geruch grünen Kaffees strömt. Zwischen den Stapeln der Ballen und dem lauchenden Hin und Her hängen in Verschlägen über Registern, Kurszetteln, Telegrammen die aus allen Wäldern stammenden Gesichter der heimlichen Arbeiter, deren Kalks die schäumende Wut der atembrechenden Kaffeestürme in Hasen und Straßen erzeugen.

So brandet hier der Weltmarkt des Kaffees. In jedem Augenblick hebt er sich in einer Welle hoch und wird in jedem Augenblick mit einer kaum merkbaren Bewegung von den Tischen des Kontors in den riechenden und ärmlichen Räumen hinaus in die Welt geschoben. Trocken aussehende Zahlenreihen lösen den Kontakt zu wildromantischen Kombinationen, und etliche dürftige Wörter unterstützen die Zahlenreihen.

Kaltes Hirn und taumeliges Waggelgieber setzen die paar schnellen Schläge von Telegrammen Geheimnissen ab, die die Welt zusammenbinden. Und diese Arbeit, von der tropischen Hitze des Tages durchbrüht, streut sich immer von neuem über die ganze Erde, und die jungen und die alten Männer, die sich hembärmelig an den Tischen des Kontors bücken, sind Riesen. Mit einem Minimum an Bewegung füllen sie hühnerhafte Schiffe und stoßen sie in alle Meere. Ab und zu kommt durch die Rua Sto Antonio aus dem Hafen der dunkle Urton einer Schiffspfeife in die Kontore wie zu einer kurzen nachdrücklichen Bestätigung.

Schreiben, aber zum erstenmal kamen ihr die Worte nicht, und der angefangene Brief blieb viele Tage unbeeidigt.

Aber er kam weiter wie bisher, aber jetzt sprachen sie wenig und nie über den Kranken. Auch sahen sie einander nicht mehr in die Augen.

Sie verbrachte lange schlaflose Nächte, um sich über das Neue klar zu werden, das in ihrer Seele aufstieg, und dagegen anzukämpfen. Eines Morgens sagte sie dann der Tante, daß sie ein Telegramm bekommen hätte und ins Sanatorium müßte. Sie würde am selben Tage zurückkommen, spätestens am nächsten. Und so fuhr sie ab.

Im Auto lebte sie nur der Erwartung. Sie wollte schnell ankommen, ihn wiedersehen, die Gewißheit haben, daß sie ihn noch liebte, und daß das andere, das Neue, Freundschaft war, Sympathie, aber nicht Liebe, nicht Liebe ...

Und als sie endlich ankam, eilte sie an dem verblüfften Portier vorbei direkt auf sein Zimmer, trat ein, ohne die Antwort auf ihr Klopfen zu erwarten, und lehnte sich erschöpft gegen die Tür, den Blick auf das Bett geheftet. Er sah aus wie früher, nur war das Gesicht beinahe grau. Er hatte schon die Farbe der Erde.

Sie schwiegen lange, dann setzte sie sich neben das Bett, und sie sprachen von gleichgültigen Dingen. Sie waren einander so fremd, daß ihnen sogar das gewohnte „Du“ schwer fiel. Aber in seinen Augen war noch immer jenes merkwürdige Feuer, das sie als Liebe und Verweisung gedeutet hatte. Aber es war Reid und Haß, der Haß des Kranken gegen den Gesunden, und jetzt verstand sie es.

Und sie verstand es noch mehr, als sich die Tür öffnete und ein junges Weib eintrat, blaß und überglänzt — auch von ihr sagte der Chefarzt gewiß, daß vor dem Frühjahr nichts passieren würde. Aber das Antlitz des Mannes leuchtete plötzlich in einem Lächeln auf, wie sie es nie in seinen Zügen gesehen hatte. Da verstand sie, daß er die Todgeweihte liebte, wie er sie selbst niemals geliebt hatte, mit wahrer, heiliger, letzter Liebe. Und sie verstand auch, daß sie schnell wieder weggehen sollte, um die beiden allein zu lassen, denen nur noch so wenig Zeit blieb, beieinander zu sein ...

Aus den großen nackten Fenstern des Korridors sah sie auf die Tannen hinaus, die der Schnee nicht mehr bedeckte, dann ging sie die Treppen hinunter, und der Chefarzt, der sie in der Vorhalle erwartete, war verwundert über den freien, leuchtenden Ausdruck ihrer Augen.

„Ich fahre gleich wieder fort. Es war gut, daß ich gekommen bin. Sie hatten recht, Herr Doktor, ich danke Ihnen.“

Aber kaum war das Auto in Bewegung, warf sie sich in die Kissen und weinte bitterlich. Wie aus einem unerhörlichen Quell kamen die Tränen, unstillbar. Ihr Gesicht war noch feucht und die Augen gerötet, als sie schon die Treppen ihrer Wohnung hinaufeilte. Sie blieb einen Augenblick stehen und lauschte ihrem langsamen, ruhigen Atem, den das schnelle Steigen nicht beschleunigt hatte. Sie fühlte sich gesund, kräftig, zum Leben berufen. Traumhaft ungewiß über sich selbst und über alles, trat sie in das Zimmer, wo er wartete, wie täglich um diese Zeit.

Sie lehnte sich gegen die Tür, mit derselben Bewegung, mit der sie vor wenigen Stunden sich gegen die andere Tür gelehnt hatte ...

Er war aufgeprungen und sah sie erwartend an ... Wie gesund er war, kräftig, zum Leben berufen, auch er, wie sie.

Ja, das war das Heilige, Wahre, Letzte, wie für die beiden da oben, die sterben mußten.

Sie trocknete die letzten Tränen ab und lächelte.

(Kulturreise-Veröffentlichung aus dem Stauffenberg.)

Rückgang der Schmetterlinge

In den entomologischen Fachblättern wird öfters festgestellt, daß die Zahl der Schmetterlinge in den letzten Jahren sehr zurückgegangen ist. Solche Beobachtungen werden u. a. aus der näheren und weiteren Umgebung Berlins, aus Pommern, Schlesien usw. berichtet. Es gibt z. B. Arten, von denen man früher mit Leichtigkeit 1000 Raupen sammeln konnte, die aber jetzt kaum noch anzutreffen sind. Die Ursache des Rückgangs wird nicht auf die Schmetterlingsjäger allein zurückgeführt, wenn auch einzelne Seltenheiten stark durch sie beeinträchtigt sein mögen. Zum großen Teil schreibt man die Ursache natürlichen Erscheinungen zu, so der Ueberhandnahme von Schlupfwespen, und auch Witterungseinflüssen. Außerdem dürfte der Rückgang gewisser mildwachsender Pflanzen, die bestimmten Raupen zur ausschließlichen Nahrung dienen, mit zu der Abnahme der Falter beigetragen haben.

In Irland gibt es weder Schlangen noch Kröten. Nicht einmal die unschuldige Blindschleiche, eine Eidechsenart, kommt auf der smaragden Insel vor.

Ivan Heilbut: Non-Violenz

Es war einmal ein struppiger, grauer Hund mit schwarzen Flecken, der das Glück hatte, noch nicht davon gehört zu haben, daß es edel ist, tapfer zu sein und feige, zu fliehen. Von wem hätte er es auch erfahren sollen? Mit den Menschen hatte er nur den bekanntlich äußerlichen Umgang; er lebte so naiv sein Leben dahin, daß er nicht einmal von seinem Namen wußte, der „Hund“ war. Ja, im Hinblick auf dies Tier wäre es geradezu eine Pervertität gewesen, ihn zu einer Art von Standesbewußtsein erwecken zu wollen. Er lebte ganz ohne Befehle als der, der er war, nicht darüber und nicht darunter, nach seinen Rechten, Pflichten und Bedürfnissen, die alle ihm nicht ein Mensch eingepflanzt hatte, sondern die Natur.

Dieser treue Diener seines Herrn wurde einmal in noch toller Jahreszeit Nacht für Nacht allein von seinem Besitzer allein in der armseligen Hundehütte gelassen, zwecks Bewachung einer bedeutend ansehnlicheren Behausung. Da er sich kalt, einsam und mittelungsbedürftig fühlte, fing der struppige Wächter an zu heulen, Nacht für Nacht. Sein Herr, der sich ganz wo anders aufhielt, konnte von diesem Klageheulen seines Hundes nichts wissen; wenn er am nächsten Morgen wieder das Grundstück betrat, sah er den Hund mit freudigen Sprüngen in seinem engen Kreis tanzen. Von seinem nächtlichen Schmerz erzählte das Tier ihm nie, vielleicht hatte es selber jedesmal am Morgen nach dem Schlaf seinen Kummer vergessen.

Aber die Bewohner der Umgegend vergaßen nicht von einem Tag auf den andern diesen Lärm, der nächtlich zum Himmel klang. Jemandwoher aus der Weite der Laubkolonien erscholl es Nacht für Nacht, niemand wußte richtig, von welchem Garten, von welchem Hause es eigentlich seinen Ursprung nahm. Es war gerade so, als ob das schreiende Tier das hallende Echo für den Antwortruf eines einsamen anderen Hundes nahm, der seinerseits mit gleichen Gefühlen aus der Ferne zu ihm herüberrief.

Endlich machte sich einer auf, mit einem Knüttel, um dieser Sache ein Ende zu machen. Es war ein Bibliothekar, vom Leben menschenfeindlich gemacht und nervös; in der tiefen Nacht verließ er seine Wohnung, und während er den Weg unter den Sternen ging, stieß er sich, verbiß sich schweigend, auf den Knüttel, mit dem er den Hund durchzuprügeln gedachte. Für einige Minuten wurde es sterbensstill in der Runde, gerade so, als ob der Hund sein nahendes Schicksal begriffe... Aber dann, zu des grimmigen Mannes Befriedigung, begann es wieder, mit erneuter heulender Gewalt.

Nach einigem Herumirren im Gelände fand der Alte den Garten heraus. Er gehörte zu einem zierlichen Häuschen, das mitten in einer Kolonie verlassener, winterlich kahler Behausungen stand. Und da war auch die Hütte dieser Bestie, die für die Menschheit meilenweit in der Runde ein Grauel war. Der Mann war schon über den Zaun gestiegen. Aber der Hund war nun ganz still und sah den Besucher mit verstaubten menschlichen Augen an. Er dachte gar nicht daran, Alarm zu schlagen. O nein, der Hund meinte, dies wäre die Erlösung.

Der Bibliothekar sah mit einiger Befremdung diesen kleinen, weißgrauen, struppigen und friedlichen Hund, der offensichtlich nur Gutes von ihm erwartete. Der Mann hatte ein Tier von bärischer Größe vorzufinden erwartet, mit dem es zu kämpfen — das es am Ende totzuschlagen gelte würde. — Nein, dieser Hund, der in seiner Fernwirkung ein heulendes Ungeheuer war — in der Nähe war er ein

liebender kleiner Gefelle. Mitgefühl konnte man mit ihm haben, wenn man ihn an seine erbärmliche Hütte gefesselt sah. — Aber gerade Mitgefühl lehnte der Bibliothekar ab. Er lebte in einer Zeit, in der Mitgefühl erklärtermaßen als eine überholte Sache galt — und schließlich, war er etwa nur deshalb in der tiefen Nacht hier hinaus gewandert, um sentimental zu werden und umzukehren? Sobald er die Schritte wendete — würde der Hund nicht mit doppelter Gewalt zu helfen beginnen? Nein, nein — hier, in diesem Augenblick mußte er seinen Voratz ausführen. Er wollte ihn vorerst ja nur tüchtig verprügeln. Totzuschlagen brauchte man ihn ja nicht gleich... Und der alte Mann stellte sich innerlich so gut als es ging auf den Glauben ein, daß dies Tier ein Unwurm wäre, den man hassen und totschlagen mußte. Er schwang richtig den Knüttel.

Aber in den kleinen Hund mußte ein heiliger Geist gefahren sein. Zu seinem Glück hatte er noch niemals davon gehört, daß es edel ist, sich tapfer zu stellen. Und so dachte er gar nicht daran, dem Besucher an die Gurgel zu springen. Vielleicht auch tat er in diesen Augenblicken das, was die klugen Menschen vor lauter Tapferkeit gemeinhin vergessen — vielleicht schätzte er das Kräfteverhältnis zwischen seiner eigenen Person und dem Gegenüber ab. Oder er handelte nur nach seiner einfachen Seele... Jedenfalls, der Mann konnte nichts gegen ihn machen. Das Tier floh nicht, es wehrte sich nicht gegen den drohenden Angriff, es bellte nicht, es hatte einfach keine Furcht. Und es tat auch nicht das geringste, um den Gegner zu reizen. Das freilich war es, was den Mann am meisten reizte. Er stieß sich auf den Knüttel, sah das Hundchen an, stieß mit dem Fuß nach ihm, um einen Angriff herbeizuloden... Nein, der Hund griff nicht an. War der Hund so klug, so politisch, daß er wußte, daß er nur durch diese Methode seinem Unglück entging? Der Alte war für einen Augenblick geneigt, das zu glauben. Aber es war nicht beweisbar. Wie sie handelte — denn sie handelte, obgleich sie sich scheinbar passiv verhielt — das konnte so natürlich der Wesensart dieser Kreatur entsprechen, daß es schon nicht mehr „Methode“ zu nennen war.

Und der Bibliothekar knirschte mit den Zähnen und lehrte um. Das nächtliche Heulen hörte deshalb aber nicht auf. Im Gegenteil schien es noch ärger zu werden. Es drang durch doppelte Fenster und verklebte Rigen. — Der kleine Hund wurde eine Woche nach dem ersten Besuch des Mannes mit dem Knüttel durch einen zweiten beehrt, der ganz genau so wie der erste verlief. Das Tier sah den Mann an, und der Mann stand wieder vor ihm, wartend und auf den Stoß gefaßt. Aber mit seinem scharfen, fragenden, verständigungsuchenden Blick brachte der Hund es fertig, den Bibliothekar auf denjenigen Gedanken zu bringen, auf den die Menschen bekanntlich immer erst am Ende oder auch niemals kommen — nämlich auf die Idee einer hinterhältigen Aussprache von Mensch zu Mensch. Die gesamte Umgegend, die unter der Ruhestörung zu leiden hatte, war einig darin, daß es sich im Falle dieses Hundebesitzers um einen böswilligen Tüfeler und Deuter handelte, der all seine politisch gesicherten Rechte ausnützte und sie bis zum letzten verteidigen würde... und der nun mit einer gewissen Bonne diesen Hund auf die Menschheit losließ.

Als der Bibliothekar am folgenden Tage den Hundebesitzer kennen lernte, erlebte er eine nicht kleinere Überraschung als bei der ersten Bekanntschaft mit dem kleinen Hund. Es trat ihm kein Satan mit grinsenden Zähnen entgegen, sondern ein lebenswürdiger

Herr, der bis zum Haufe erstarrte, als ihm — bei dieser Gelegenheit zum erstenmal — zu Ohren kam, welche einen Jammer er unwissentlich über die ganze Umgegend gebracht. Er hatte bis zu diesem Tage noch gar nicht bemerkt, daß die Hundehütte schlecht, und daß der struppige Bewohner selber höchstens sehr einsam war.

Unwissentlich... Es geschieht so vieles, was eine halbe Welt elend macht, unwissentlich... In der Zeitpanne, die ein Gedanke braucht, um sich zu entwickeln, war das nächtliche Schicksal vieler Menschen entschieden.

Aber auch das Schicksal des Hundes! Er kam zu einem warmen, behaglichen Heim und ab und zu zu einer Gefährtin. Seine Seele war zufrieden und bellte nicht mehr.

Der Bibliothekar aber hat bis heute noch bei sich nicht die Frage entschieden, ob die Non-Violenz dieses kleinen Hundes Politik oder Sanftmut gewesen war?

Bauhöchstgrenze für Turmhäuser

Die Frage, ob der Bau von Turmhäusern wirtschaftlich und ästhetisch berechtigt ist, hat bei uns schon längst ihre Antwort gefunden, daß man überall Hochhäuser, wenn auch keine Turmhäuser baut. Man kann vorderhand unsere kontinentalen Verhältnisse nicht mit amerikanischen vergleichen, doch sind die drüben gemachten Erfahrungen auch für uns lehrreich. Das Sonengefetz, das die Bauhöhe von der Grundstücksgröße abhängig macht und stufenförmiges Zurücktreten des Haustörpers fordert, scheint sich dahin auszuwirken, daß der Bau von Hochhäusern mit mehr als 80 Stockwerken unwirtschaftlich wird. Man wird wohl nach größeren Gebäuden, aber nicht nach höheren streben. Zwei wichtige Momente bestimmen die Höhe: Die Steifigkeit und die Aufzugsfrage. Stahl, der das Gerüst für diese Häuser abgibt, ist ein elastisches Material und Turmhäuser neigen dazu, zu schwingen wie Stimmgabeln. Um diese Vibration zu beseitigen, muß man mehr Gewicht in die Häuser verbauen, als konstruktiv nötig wäre. Ehe also nicht schwingungshemmende Baustoffe und Bauteile gefunden werden, verbietet sich die weitere Vergrößerung der Bauhöhe. Hemmender noch ist die Aufzugsfrage. Der Raumbedarf der zahlreichen Aufzugschächte macht einen sehr großen Teil des Innenraumes aus, verschlechtert also die Wirtschaftlichkeit. Als Abhilfe hat man schon in einem Gebäude versuchsweise mehrstöckige Förderbahnen verwendet, wie man sie im Bergwerk benützt. An anderer Stelle benützt man zwei unabhängig voneinander in einem Schacht laufende Fahrflüßle, die vor dem Zusammenstoß mit automatischen Streckenblöcken und Bremsen gesichert sind, wie die Züge auf den Untergrund-Bahnstrecken. Man denkt bereits an Bahnhöfe in Zwischengeschossen zum Umsteigen, um in Schnellzüge und Nahzüge scheiden zu können, ganz wie beim New-Yorker U-Bahn-Verkehr. Aber auch auf der Straße selbst wirkt sich das Problem der Verkehrsdränge soweit aus, daß man zu mehrstöckigen Straßen wird greifen müssen, um eine einwandfreie Verkehrsregelung zu sichern.

Die kanadischen Wälder nehmen einen Raum von über 3 Millionen Quadratkilometer ein, bedecken also eine Fläche, die fast siebenmal so groß ist als Deutschland. Damit hat Kanada mehr Wald als ganz Europa, wo 2,8 Millionen Quadratkilometer mit Wald bedeckt sind.

Gesamtlänge der Seekabel. Es gibt auf der Erde insgesamt 643 000 Kilometer Seekabel, also einen „Strich“, den man sechzehnmal um den Äquator wickeln könnte.

Der Bietschke Komet wurde zuletzt 1852 beobachtet. In Jahre 1879 tauchte er nur noch als Meteorstrom auf.

Ausgabe

von 150 Millionen Reichsmark 6%iger Schatzanweisungen der Deutschen Reichspost

rückzahlbar zum Nennwert am 1. Oktober 1933

Zinslauf ab 1. April 1931

Durch das unterzeichnete Konsortium werden hiermit

RM 150 000 000.—

6 % Schatzanweisungen der Deutschen Reichspost

rückzahlbar zum Nennwert am 1. Oktober 1933

zur öffentlichen Zeichnung aufgelegt. Der Erlös soll zur Einlösung der am 15. Juni und am 15. Juli d. J. fällig werdenden unverzinslichen Postschatzanweisungen sowie zur Beschaffung weiterer Mittel für die Ausgestaltung des Betriebes der Reichspost dienen.

Die Deutsche Reichspost ist nach dem Reichspostfinanzgesetz vom 18. März 1924 (Reichsgesetzblatt Teil I, Seite 287) eine Reichsanstalt. Ihr Sondervermögen ist ein Teil des Vermögens des Reichs, der von dem übrigen Reichsvermögen getrennt verwaltet wird. Das Sondervermögen beträgt rund RM. 2,5 Milliarden und ist nur mit rund RM. 450 Millionen belastet. Es haftet für die obige Schuld, nicht aber für die sonstigen Verbindlichkeiten des Reichs.

Die Schatzanweisungen werden in Stücken von RM. 500, 1000, 5000, 10 000 ausgefertigt. Der Zinslauf beginnt am 1. April 1931. Den Schatzanweisungen sind halbjährige Zinsscheine beigegeben, fällig am 1. April und 1. Oktober, erstmalig am 1. Oktober 1931.

Der Zeichnungspreis beträgt **96 %**

zuzüglich Stückzinsen vom 1. April d. J. einschließlich bis zum Einzahlungstage. Börsensatzsteuer wird gemäß § 42 c K.V.G. nicht erhoben. Zeichnungen werden in der Zeit

vom 4. bis einschließlich 11. Mai d. J.

bei den im Anhang zu dieser Zeichnungsaufforderung genannten Banken, Bank-

fürmen und deren deutschen Zweigniederlassungen während der üblichen Geschäftsstunden entgegengenommen. Vorzeitiger Schluß der Zeichnung bleibt vorbehalten.

Die Zuteilung der Stücke auf Grund der Zeichnung erfolgt baldmöglichst nach Ablauf der Zeichnungsfrist und bleibt dem Ermessen der Zeichnungsstellen überlassen. Anmeldungen auf bestimmte Stücke können nur insoweit berücksichtigt werden, als dies mit dem Interesse der anderen Zeichner verträglich erscheint. Ein Anspruch auf Zuteilung kann aus etwa vorzeitig eingezahlten Beträgen nicht hergeleitet werden.

Die Bezahlung der zuteilten Stücke hat

am 20. Mai d. J.

bei derjenigen Stelle, welche die Zeichnung entgegengenommen hat, zu erfolgen. Auf Zahlungen vor dem 20. Mai d. J. werden Zinsen nicht vergütet.

Die Zeichner erhalten zunächst Kassenquittungen, gegen deren Rückgabe später die Stücke durch die Zeichnungsstellen ausgegeben werden.

Die Lieferung der Stücke wird baldmöglichst erfolgen.

Die 6 % Reichspost-Schatzanweisungen sollen an den deutschen Hauptbörsenplätzen alsbald nach ihrem Erscheinen eingeführt werden.

Die Schatzanweisungen sind als verbrieft Schuldverbindlichkeiten des Reichs gemäß § 1807 BGB. mündelsicher.

Sie können im Lombardverkehr der Reichsbank beliehen werden und sind auch im Lombardverkehr bei der Preussischen Staatsbank (Seehandlung) als Deckung zugelassen.

Berlin, im Mai 1931.

Berlin, Braunschweig, Breslau, Dresden, Düsseldorf, Essen (Ruhr), Frankfurt (Main), Hamburg, Karlsruhe (Baden), Köln (Rhein), Leipzig, München, Nürnberg, Weimar.

Reichsbank.	Preussische Staatsbank (Seehandlung).	Bank der Arbeiter, Angestellten und Beamten, A.-G.	Berliner Handels-Gesellschaft.
S. Bleichröder.	Commerz- und Privat-Bank Aktiengesellschaft.	Darmstädter und Nationalbank Kommanditgesellschaft auf Aktien.	Delbrück Schickler & Co.
Deutsche Bank und Disconto-Gesellschaft.	Deutsche Girozentrale — Deutsche Kommunalbank —	Deutsche Landesbankenzentrale, A. G.	Dresdner Bank.
J. Dreyfus & Co., Hardy & Co., Gesellschaft mit beschränkter Haftung.	Mendelssohn & Co. Preussische Zentralgenossenschaftskasse.	Reichs-Kredit-Gesellschaft Aktiengesellschaft.	Eichhorn & Co.
Lazard Speyer-Ellissen Kommanditgesellschaft auf Aktien.	Brunschweigerische Staatsbank (Leihhausanstalt).	Eichhorn & Co.	E. Heimann.
Sächsische Staatsbank.	Barmer Bank-Verein Hinsberg, Fischer & Comp. Kommanditgesellschaft auf Aktien.	Simon Hirschland.	Gebr. Arnhold.
Deutsche Effecten- und Wechsel-Bank.	Lincoln Menny Oppenheimer.	Jacob S. H. Stern.	L. Behrens & Söhne.
Veit L. Homburger.	Straus & Co.	A. Levy.	Sal. Oppenheim jr. & Cie.
Bayerische Hypotheken- und Wechsel-Bank.	Bayerische Staatsbank.	Bayerische Vereinsbank.	Merck Finck & Co.
			Anton Kohn.
			Thüringische Staatsbank.

Offizielle Zeichnungsstellen in Berlin sind: Reichsbank, Zeichnungs-Abteilung, Hausvogteiplatz 14. — Preussische Staatsbank (Seehandlung). — Gebr. Arnhold. — Bank der Arbeiter, Angestellten und Beamten, A.-G. — Berliner Handels-Gesellschaft. — Berliner Stadtbank-Girozentrale der Stadt Berlin. — S. Bleichröder. — Brandenburgische Provinzialbank und Girozentrale. — Commerz- und Privat-Bank Aktiengesellschaft. — Darmstädter und Nationalbank Kommanditgesellschaft auf Aktien. — Delbrück Schickler & Co. — Deutsche Bank und Disconto-Gesellschaft. — Deutsche Effecten- und Wechsel-Bank. — Deutsche Girozentrale — Deutsche Kommunalbank. — Deutsche Landesbankenzentrale A. G. — Dresdner Bank. — J. Dreyfus & Co. — Hardy & Co., Gesellschaft mit beschränkter Haftung. — Mendelssohn & Co. — Preussische Zentralgenossenschaftskasse. — Reichs-Kredit-Gesellschaft Aktiengesellschaft. — Lazard Speyer-Ellissen Kommanditgesellschaft auf Aktien. — A. E. Wassermann.